

Noch nicht genehmigt

Protokoll 12

Stadtratssitzung

Donnerstag, 29.06.2023, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 13.30 bis 16.25 Uhr.....	688
2023.SR.0112.....	689
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	
2023.SR.000019.....	692
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokolle 08 vom 27.04.2023 und 09 vom 11.05.2023).....	
2021.BSS.000055.....	692
3 Wahlen in diverse Schulkommissionen.....	
2022.FPI.000077.....	693
4 Jahresrechnung 2022.....	
2013.SR.000100.....	710
5 Geschäftsprüfungskommission: Bericht über die Verwaltungskontrollar- beit im Jahr 2022.....	
2004.SR.000166.....	712
6 Ombudsstelle und Datenschutzaufsichtsstelle: Tätigkeitsbericht 2022.....	
2023.TVS.0108.....	714
7 Entsorgung + Recycling Monopol (PG870100): Ersatzbeschaffung Ser- vice- und Einsatzfahrzeug; Kredit.....	
2014.TVS.000217.....	715
8 I5100385, Fr. 500 000.00, Einführung eines öffentlichen Veloverleihsys- tems für die Stadt Bern; Nachkreditbegehren.....	
2019.TVS.000134.....	716
9 I8700149, Fr. 931 605.00, Entsorgung + Recycling Monopol (PG870100): Beschaffung zweiter Lastwagen mit Hakenaufnahme und Kran; Nachkredit- begehren.....	
2020.BSS.000049.....	717
11 Anpassungen an die Änderungen des kantonalen Volksschulrechts (besonderes Volksschulangebot): Reglement vom 30. März 2006 über das Schulwesen (Schulreglement; SR; SSSB 430.101); Teilrevision; 2. Lesung.....	
2022.PRD.000061.....	721
16 Provisorium Volksschule Steigerhubel; Projektierungs- und Baukredit.....	
2005.SR.000129.....	722
17 Motion Fraktion SVP/JSVP (Beat Schori, SVP) - übernommen durch Erich Hess (SVP): Keine Steuergelder für Abstimmungskämpfe; Abschrei- bung.....	

2022.SR.000046	725
18 Postulat Tabea Rai (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Fasadengrünung; Fristverlängerung	
Schluss der Sitzung: 16.25 Uhr	727
Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr	728
2012.GR.000481	729
10 Reglement vom 24. April 2003 über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (Mitwirkungsreglement; MWR; SSSB 144.1): Teilrevision; 2. Lesung	
2021.SR.000092	741
12 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, FDP/JF (Bettina Stüssi/Fuat Köçer, SP/Ursula Stöckli/Claudine Esseiva, FDP): Schulraumkrise nie wieder!	
2021.SR.000114	741
13 Interfraktionelle Motion GB/JA!, AL/GAP/PdA (Regula Bühlmann, GB/Eva Gammenthaler, AL/ Ruth Altmann, FDP): Nötige Infrastruktur im Schulkreis Länggasse rasch sicherstellen	
2022.SR.000017	745
14 Interfraktionelles Postulat GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Jelena Filipovic, GB): Sind Kinder und ältere Menschen vor kommenden Hitzewellen geschützt?	
2018.SR.000118	750
15 Motion Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Die Stadt Bern vergibt Stipendien für die Nachholbildung des Verkaufspersonals am Bahnhof Bern und setzt sich für angemessene Arbeitsbedingungen ein	
2016.SR.000238	755
20 Motion Fraktion GLP (Melanie Mettler, GLP) - übernommen durch Lionel Gaudy (Mitte): Baudirektion statt Präsidialdirektion	
2021.SR.000041	760
21 Motion Fraktion GLP/JGLP (Corina Liebi, JGLP/Michael Ruefer, GLP): Erwerbsanreiz statt Ruhestandsrente – Anpassung der Gemeinderatsrenten	
Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.	764
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 21.50 Uhr	765
2019.SR.000041	766
19 Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): PEQ: die Energie-Strategie für die zukünftigen Areale in Bern	
2020.SR.000257	768
22 Postulat Fraktion GLP/JGLP (Marianne Schild, GLP) - übernommen durch Claude Grosjean (GLP): Chancen und Risiken gesenkter oder erhöhter Unternehmenssteuern	
2022.SR.000050	770
23 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, Mitte, FDP/JF (Marcel Wüthrich, GFL/Therese Streit, EVP/Sibyl Eigenmann, Mitte/Tom Berger, FDP): Eindämmung der Propaganda-Flut im Wahl- und Abstimmungscouvert	
2020.SR.000016	774
24 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Millionendefizit in der Stadt Bern: Auf den teuren Ausbau des Kirchfeldschulhauses für 46 Millionen mit zwei unterirdischen Turnhallen und den Abriss der bestehenden Turnhalle ist zu verzichten, stattdessen ist die	

ursprüngliche unbestrittene Sanierungsvorlage (ca. 26 Millionen) als neue Vorlage dem Stimmbürger zu unterbreiten.	
2017.SR.000266	776
25 Motion Stefan Hofer (SVP) - übernommen durch Thomas Fuchs (SVP): Transitplatz Schützenmatte	
2018.SR.000116	778
26 Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) – übernommen durch Lionel Gaudy (Mitte): Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofes	
2018.SR.000031	780
27 Motion Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) – übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Stopp der einseitigen Gemeinderats-Propaganda mit Steuergeldern im «Anzeiger Region Bern»	
2020.SR.000139	783
28 Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, SVP (Tabea Rai, AL/Luzius Theiler, GaP/Alexander Feuz, SVP): Transparente Qualitätskriterien bei der Beantwortung von Interpellationen und kleinen Anfragen	
Eingänge.....	787
Schluss der Sitzung: 21.50 Uhr.	787

Anwesenheit in der Sitzung von 13.30 bis 16.25 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Valentina Achermann	Franziska Geiser	Tanja Miljanovic
Lena Allenspach	Thomas Glauser	Dominic Nellen
Ruth Altmann	Claude Grosjean	Barbara Nyffeler
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Halua Pinto de Magalhães
Mirjam Arn	Erich Hess	Mirjam Roder
Tom Berger	Thomas Hofstetter	Sarah Rubin
Diego Bigger	Matthias Humbel	Vanessa Salamanca
Lea Bill	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Laura Binz	Ueli Jaisli	Judith Schenk
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Florence Schmid
Michael Burkard	Anna Jegher	Nicole Silvestri
Eva Chen	Raffael Joggi	Chandru Somasundaram
Dolores Dana	Nora Joos	Ursula Stöckli
Milena Daphinoff	Barbara Keller	Irina Straubhaar
Sibyl Eigenmann	Ingrid Kissling-Näf	Therese Streit-Ramseier
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Michael Sutter
Alexander Feuz	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Maurice Lindgren	Janosch Weyermann
Thomas Fuchs	Simone Machado	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Matteo Micieli	Paula Zysset
Lionel Gaudy	Szabolcs Mihalyi	

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Bernadette Häfliger	Michael Ruefer
Janina Aeberhard	Fuat Köçer	Kurt Rügsegger
Timur Akçasayar	Salome Mathys	Sara Schmid
Gabriela Blatter	Simone Richner	Bettina Stüssi
Francesca Chukwunyere	Claudio Righetti	

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin Mago Flück, Ratsweibe- rin	Cornelia Stücker, Sekretariat
---	-------------------------------

2023.SR.0112**1 Begrüssung und Mitteilungen**

Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur 12. Sitzung 2023. Wir haben heute einen Sitzungsmarathon vor uns, der schon um 13 Uhr 30 anfängt, um die Jahresrechnung 2022 in einem Schnurz durchbesprechen zu können. Wie gesagt, wir stehen im Zeichen der ganzen Jahresrechnung 2022, parallel dazu wird heute ab 18 Uhr in nicht allzu weiter Entfernung in Ostermundigen die Diskussion über das Sachgeschäft Fusion mit der Stadt Bern geführt. Wir werden deshalb, und das ist wichtig, weil es nicht ganz reglementskonform ist, gewisse Sachgeschäfte nach den eingereichten Vorstössen behandeln, um sicherzustellen, dass wir die Sachgeschäfte trotzdem heute behandeln können; aus dem Grund, dass gewisse Gemeinderäte aus verständlichen Gründen dort vor Ort sein müssen, aber nach dieser Sitzung oder nach dieser Diskussion wieder zu uns zurückkommen. Ich bitte um Verständnis. Ich komme zu den Entschuldigungen. Auch da wird es ein paar Entschuldigungen haben, welche wegen der entsprechenden Diskussion nicht anwesend sind. Ich möchte aber an dieser Stelle diesen Abwesenden meinen Dank aussprechen, dass wir wenigstens eine gewisse repräsentative Vertretung vom Stadtrat dort vor Ort haben, um zu zeigen, dass uns das Thema ebenfalls wichtig ist.

Wir haben ein Rücktritt zu vermelden. Sie haben das bereits schon in der Zeitung lesen können. Ich lese das entsprechende Rücktrittsschreiben vor: «Rücktritt als Stadtrat per 4. Juli 2023: Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, Oscar Wilde sagt es einmal treffend: «Jeder Erfolg, den man erzielt, schafft uns einen Feind. Man muss mittelmässig sein, wenn man beliebt sein will.» In diesem Sinne darf ich als persönlichen Erfolg verbuchen, wenn einige meinen Abschied nun begrüssen oder ihn in der Reitschule gar ausgiebig feiern werden. Nach reiflichen Überlegungen habe ich mich entschlossen, mein Amt als Stadtrat der Bundesstadt früher als geplant niederzulegen. Mein letzter Rücktritt aus diesem Rat liegt bereits 21 Jahre zurück. Der schlechte Stil von Links hat sich in dieser Zeit leider noch verstärkt. Man hört 2023 einander noch weniger zu als 2002, daran wird auch eine allfällige Eingemeindung von Ostermundigen nichts ändern. Aber noch haben es die Ostermundiger ja selber in der Hand, diesem demokratiepolitischen Unort fern zu bleiben. Am schlimmsten fand ich in den vergangenen Jahren jedoch, dass unterdessen selbst die absurdesten Ideen in diesem Rat eine Mehrheit finden. Ja, man ist sogar so weit, dass kriminelle Tätigkeiten verharmlost oder gar gutgeheissen werden. Vermissen werde ich insbesondere die Diskussionen mit den vernünftigen und gesprächsbereiten Mitgliedern der rot-grünen Ratshälfte und mit denjenigen Leuten, welche nicht jeden Vorstoss der bürgerlichen Mehrheit schon vorgängig als unbrauchbar ablehnen. Die Zahl dieser Personen ist gegenüber 2002 leider auf ein noch kleineres Grüppchen zusammengeschmolzen; und diese wenigen Vertreter des offenen Meinungsaustausches geraten in den eigenen rot-grünen Reihen zunehmend unter Druck. Die linksgrüne Toleranz bewegt sich unterdessen in Bahnen, die enger als ein Velostreifen sind. Vorbildlich war in diesem Zusammenhang mehrheitlich die Arbeit in der RWSU, der Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt. Schade ist, dass diese Zusammenarbeit im Stadtrat nur selten möglich ist, oft nur auf Stufe Gemeinderat praktiziert wird. So oder so, das politische Leben geht weiter. Die Stadt Bern wird finanziell jedoch noch weit grössere Probleme bekommen, als es heute bereits der Fall ist. Da nützen alle Sparprogramme nichts mehr. Aber solange man es sich leisten kann, teure Baulandparzellen für Kinderspielplätze und Begegnungszonen im Industriequartier zu kaufen, solange man dem städtischen Denkmalpfleger wie Gott

huldigt, und Steuergelder mit beiden Händen ausgibt, habe ich mich wirklich bedauert. Ich wünsche allen Ratskolleginnen und -kollegen, - die mit Genderstern sind natürlich mitgemeint, immerhin erhalten sie ja im Lorrainebad bald eine eigene Liegewiese -, sowie dem Gemeinderat in Erfüllung der für Bern wichtigen und vielseitigen Aufgaben viel Kraft und Erfolg. Bedanken möchte ich mich bei den Fraktionsmitgliedern der SVP sowie bei den verbleibenden bürgerlichen Vertreterinnen und Vertretern, für die in Teilen gute Zusammenarbeit im Kampf für gesunde Stadtfinanzen, für den Erhalt der letzten Parkplätze, für die Anliegen von Hauseigentümern und Gewerblern sowie für die Anliegen derjenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit gesundem Menschenverstand. Ich konzentriere mich nun auf mein Grossratsmandat sowie auf die finanzielle Unterstützung von bürgerlichen Abstimmungen, Wahlkämpfen und Wahlkampagnen. Sie werden also meinen Namen dereinst in den öffentlichen Listen der städtischen Politikfinanzierung wiederfinden. Nötigenfalls werde ich zu einem späteren Zeitpunkt wieder antreten und eines Tages in den Stadtrat zurückkehren, um zu prüfen, ob die Klima-Sekte Vernunft angenommen hat. Man soll die Hoffnung ja bekanntlich nie aufgeben. In diesem Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen, Thomas Fuchs.»

Thomas, ich danke dir herzlich für die kurze, intensive Zeit, die du bei uns im Stadtrat verbracht hast. Ich habe aus den Kommissionen, mindestens von meinen Leuten oder von den Leuten, mit denen ich geredet habe, auch sehr Positives gehört. Du bist sehr kooperativ gewesen in der Kommission, auch von dieser Seite her ein Merci vielmals. Hinweisen möchte ich die «Mandelfüchsl», die, wie der Name schon sagt, aus bekanntem Ursprung stammen. An dieser Stelle herzlichen Dank für dein Abschiedsgeschenk. Thomas Fuchs hat mich noch gebeten, darauf hinzuweisen: Wenn jemandem der Geschmack, der ihm zugeteilt ist, nicht zusagt, kann man bei ihm noch tauschen. Er hat noch Alternativen, die man umtauschen kann. Im Namen von mir, und auch ein bisschen als Vertreter, also teilweiser Vertreter, der Klima-Sekte: Merci vielmals für dein Engagement.

Wir kommen zu den Geburtstagen: Es ist heute kein Geburtstag bekannt, aber gestern hat Halua Pinto Geburtstag gehabt. Von dem her: Herzliche Gratulation im Nachhinein an dich zum Geburtstag.

Weitere Mitteilungen. Entschuldigung, ich bitte um Applaus für Thomas Fuchs. Dank an den als Stadtpräsidenten. Merci Alec für den Hinweis. Entschuldigung fürs Durchrauschen.

Applaus im Saal.

Der Gemeinderat wird heute - es ist eine Premiere – einen weiteren Schritt machen in der Digitalisierung, das muss man so sagen. Er wird sich künftig auch wie alle anderen Stadträte in diesem Saal für Voten anmelden. Und nicht mehr am Pult stehen. Das Pult ist nicht mehr aufgestellt vor Ort, weil Sie alle sich beim einheitlichen Sprechpult anmelden. Das bringt für uns den Vorteil, dass auch Personen, die den Audiostream mitverfolgen, erkennen können, wer vorne gerade redet. Sprich: Sie sind neu auch mit grüner Schrift ersichtlich und so transparenter oder besser dargestellt. Zusätzlich oder ursächlich ist die Neuerung aber eher für uns im Büro, denn durch diese neue Spracherkennungssoftware, mit der Ihr schon lange arbeitet, die Schweizerdeutsch erkennt und automatisch protokolliert in sehr adäquater Lösung, wird es neu möglich sein, dass auch dem Gemeinderat sein Votum automatisch transkribiert wird, und dass nicht, wie das bis anhin hat passieren müssen, noch in Handarbeit. Also in dem Sinn: Merci vielmals an die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen für die Bereitschaft, dass Sie mitmachen, damit wir so weiter automatisieren können und digitalisieren in unserem Ratsbetrieb.

Ich möchte noch auf zukünftige Ausflüge hinweisen. Sie werden oder haben bereits Einladungen dazu erhalten. Ich habe nicht kontrolliert. Sie hätten - wenn, dann heute Nachmittag – hinausgehen sollen oder spätestens morgen. Es geht um den Stadtratsausflug nach den Sommerferien am 17. August. Die entsprechende Einladung und Anmeldung, die wird euch, wenn noch nicht erfolgt, zeitnahe verschickt. Plus möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass auch der Termin festgelegt worden ist für das alljährliche Treffen mit der Burgergemeinde; dieses wird dieses Jahr am 31. August stattfinden. Auch dafür gibt es noch eine separate Einladung.

Dann die Mitteilungen zum heutigen Tag: Wir haben – wie gesagt – drei Sitzungen. Es wird an der ersten Sitzung, sprich in der ersten Pause, ein Zvieri offeriert. Das ist gratis, das Konsumieren ist inklusive Kaffees gratis bis um 17 Uhr. Ab 17 Uhr dann bitte wie ganz normal bei den üblichen Sitzungen für Kaffee oder Mineralwasser etc. ist das Twinten nicht zu vergessen. Auch weiterhin das Badgen nicht vergessen für alle Sitzungen. Dieses Mal für die drei Sitzungen immer wieder ein- und ausstempeln. Bezüglich der Vorstösse: Dringliche Vorstösse wie immer bis um 21 Uhr und die restlichen Vorstösse bis spätestens um 21 Uhr 30 bei Valentina Achermann einreichen.

Wir kommen zu den Ordnungsanträgen wie immer. Wir sind noch nicht durch mit unseren eingereichten Vorstössen zu den reduzierten Debatten, die wir nach und nach abarbeiten werden. Wir stimmen auch da wieder darüber ab, dass wir in diesem Fall heute die Traktanden 12 bis 14 und 19 bis 28 mit der sogenannten reduzierten Debatte führen. Wir stimmen über den Antrag des Büros ab.

Ordnungsantrag Büro des Stadtrats

Die Traktanden 12 – 14 sowie 19 – 28 werden unter folgender Verhandlungsordnung beraten:

BERATUNG:

1	Einreichende der Motion / des Postulats	3 Min.
2	Fraktionserklärungen	3 Min.
3	Einzelvoten	1 Min.
4	Gemeinderat	3 Min.

ABSTIMMUNG:

Über die Erheblicherklärung der Motion / des Postulats	
--	--

Abstimmung

2023.SR.0112: Ordnungsantrag Büro des Stadtrats	
Annahme	
Ja	56
Nein	0
Enthalten	0
	Namensliste 004

Präsident: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke vielmals. Wir kommen zum Traktandum Nummer 2, das ist die Protokollgenehmigung.

2023.SR.000019

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokolle 08 vom 27.04.2023 und 09 vom 11.05.2023)

Präsident: Zu den Genehmigungen der Protokolle vom 27. April und vom 11. Mai 2023 sind bei uns keine Änderungsanträge eingegangen. Ist das Protokoll oder sind die Protokolle bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann betrachten ich die Protokolle so als genehmigt und danke den Verfasserinnen für das Erstellen.

Stillschweigende Annahme

Wir kommen zum Traktandum 3, den Wahlen in diverse Schulkommissionen.

2021.BSS.000055

3 Wahlen in diverse Schulkommissionen

Präsident: Wahlen gehen neu gemäss Reglement zuerst in die SBK. Darum gebe ich das Wort Tom Berger als Kommissionssprecher.

Tom Berger (FDP) für die SBK: Die SBK ist ihrer Aufgabe nachgegangen. Sie hat die Dossiers angeschaut und kann euch alle Kandidierenden, die heute zur Wahl vorgeschlagen sind, zur Wahl empfehlen. Bei einer Kandidatur ist in der SBK noch kurz die Frage aufgekommen, was denn die Motivation ist, gerade in eine Schulkommission gewählt zu werden. Und es ist diskutiert worden, ob es in dem Sinn legitim ist, Leute zu wählen, die nicht im Quartier wohnen. Diese Frage hat die SBK klar bejaht. Es soll möglich sein, dass die Leute in eine Schulkommission Einsitz nehmen, obwohl sie nicht selber in dem Quartier wohnen. Gleichzeitig weist die SBK aber alle Kandidierenden und halt auch die Parteien, die die Leute nominieren, darauf hin, dass es gut wäre, wenn in den Motivationsschreiben auch ein bisschen konkret Bezug auf die Arbeit in der Schulkommission genommen wird. So, dass man auch wirklich halbwegs seriös prüfen kann, ob die Leute motiviert und geeignet sind oder nicht. Im Grossen und Ganzen bleibt es aber Sache der Parteien, die Vorschläge zu prüfen. Denn zum Schluss werden die Leute ja von den Parteien nominiert. Wir können als SBK alle Leute zur Wahl empfehlen. Sollten diese Leute gewählt werden, gratuliere ich ihnen zu dieser Wahl. Danke für Ihren Einsatz in den Schulkommissionen.

Präsident: Tom, ich lese schnell vor, worum es geht. Es geht in der Schulkommission Bümpliz um Ersatz für Yvonne Thomet, die ersetzt würde gemäss Nomination durch Moritz Amrein. In der Schulkommission Kirchenfeld und Schlosshalde wäre das Abtreten von Jürgen Schulz, der ersetzt würde durch Marc Baumeler. Und in der Schulkommission für die Heilpädagogische Schule Bern wäre es die Demissionierung von Josue Jabola, der ersetzt würde durch Frauke von Biberstein. Sind die Nominationen bestritten? - Denn sonst würde ich vorschlagen, dass wir in globo wählen. Wenn das nicht bestritten ist, ist gut. Dann würden wir mit Handerheben abstimmen. Wer dafür ist, dass wir die drei Kandidaten wählen, würde das mit Handerheben bezeugen. Gibt es Enthaltungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann gratulieren wir diesen drei neuen Mitgliedern der Schulkommissionen herzlich.

Einstimmige Wahl

Wir kommen zum Traktandum Nummer 4, dem Hauptgeschäft vom heutigen Abend.

2022.FPI.000077

4 Jahresrechnung 2022

Präsident: Die Jahresrechnung 2022. Ich möchte darauf hinweisen, es gibt zu diesem Traktandum Nummer 4 eine spezielle Sitzungsordnung oder Verhandlungsordnung mit speziellen Redezeiten. Die Unterlagen zu diesem Jahresbericht habt Ihr rechtzeitig in digitaler Form oder sonst in Druckform für insgesamt 9'000 Franken zugestellt bekommen. Ich übergebe das Wort dem Kommissionssprecher Raphael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die FIKO: Ich werde mich kurzhalten. Im Namen der Finanzkommission (FIKO) fasse ich die wichtigsten Punkte der Jahresrechnung zusammen, gebe Abstimmungsempfehlungen, unterbreite und erörtere ein paar Diskussionspunkte. Zuerst einmal zum Allgemeinen: Was gibt es dort Interessantes zu lesen? – Sicher interessant sind die grössten Abweichungen zwischen dem Budget und der tatsächlichen Rechnung. Man sieht in der Erfolgsrechnung, dass die grössten Posten, die sozusagen die grössten Diskrepanzen ergeben, beim Personalaufwand, beim Fiskalertrag, bei den Entgelten und bei den ausserordentlichen Aufwänden, beim Personalaufwand sind. Bei den Entgelten und beim ausserordentlichen Aufwand hat das alles unter anderem mit Kühlewil zu tun. Der Verkauf hat die Rechnung ein bisschen durcheinandergebracht. Ich gehe später noch schnell darauf ein. Beim Fiskalertrag gibt es auch Fluktuationen, allerdings eher bei den juristischen Personen. Das sei normal so. Das ist schwieriger einzuschätzen als die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen. Dort haben wir jetzt Fluktuationen gehabt. Aber alles in allem betrachtet auf die Gesamtsumme ist das wohl ein normales Rauschen. Es gibt einen resultierten Ertragsüberschuss von 14,8 Millionen. Das ist Ihnen wohl bekannt. Es geht im Antrag auch um die Ergebnisverwendung. Dafür gibt es kantonale Vorgaben, nämlich: Wenn die Abschreibungen kleiner sind als die Investitionen, sollte man die Ertragsüberschüsse den Abschreibungen zuführen. Hier schlägt der Gemeinderat vor, die Abschreibungen in die Reserven zu tun. Wir werden das eigentlich unterstützen. Es gibt aber, und es ist wichtig darauf hinzuweisen, eine Alternative: Der Stadtrat könnte rein theoretisch das auch in eine Spezialfinanzierung überführen lassen, zum Beispiel. Allerdings sind dort schon über 90 Millionen Franken geäufnet, konkret bei der Spezialfinanzierung Schulbauten.

Dann haben wir die grössere Flexibilität, wenn wir das eigentlich diesen Reserven so, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, zuführen. Genau, das ist eigentlich das zur Ergebnisverwendung. Ansonsten: Die Produktgruppenrechnung und den Bericht der externen Revisionsstelle nimmt die FIKO so zur Kenntnis und empfiehlt euch, mit 7 Ja zu 1 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, die Anträge des Gemeinderats anzunehmen. Es hat aber Diskussionspunkte gegeben oder vielleicht sogar Kritikpunkte: Der eine ist Kühlewil. Dazu ein Fun Fact: Im ersten Band wird Kühlewil 51-mal genannt. Also Kühlewil hat einen grossen Einfluss auf die Jahresrechnung gehabt, offensichtlich dieser Verkauf. Und die FIKO stellt sich ein bisschen die Frage, wie geht man mit politischen Prognosen um? Wird ein Ja für Kühlewil oder ein Nein für Kühlewil kommen? Das macht einen Riesenunterschied für die Jahresrechnung. Die FIKO hat die Frage diskutiert, ob es da allgemeine deterministischen Regeln gibt: Wie plant man eigentlich mit offenen

politischen Entscheidungen? Wie werden diese Prognosen getroffen? Die FIKO hat den Eindruck gehabt, dass dies im Zweifelsfall zugunsten - wenn man dem so sagen kann – der Jahresrechnung ausgelegt wird. Es gibt andere Beispiele, beispielsweise die Feuerwehersatzabgabe oder das Referendum gegen die Parkgebührenerhöhung. Es ist nicht immer ein Ja. Es ist nicht immer ein Nein. Wie wird das gemacht? Das sind Fragen, die sich die FIKO auch noch in Zukunft stellen oder die sie noch weiterverfolgen wird. Was wir mit Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen haben, ist die Lohndifferenz. Die ist nach wie vor nicht gut zwischen den Geschlechtern: 2017 ist sie bei 1,8 Prozent gewesen, 2021 bei 3,8 Prozent. Das ist aufgrund von einem Kalkulationsfehler schlechter geworden. Das Problem ist bekannt. Das Problem ist alt und es scheint nicht wegzugehen. Genau das ist sicher etwas, was man mit Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen hat. Aber ansonsten haben wir das so besprochen und für gut befunden. Wir empfehlen Ihnen also, die Anträge anzunehmen.

Präsident: Kurz und bündig: Merci vielmals, Raphael. Dann hätte jetzt als nächstes das Wort für die Geschäftsprüfungskommission GPK, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die GPK: Der Jahresbericht 2022 Band 3 Statistik ist so wie letztes Jahr aufgeteilt. Es gibt einen allgemeinen Teil und einen, der detaillierter die verschiedenen Dienststellen durchleuchtet. Ich fange gerademal bei Ziffer 3 vom ersten Teil an: Dort sind die Vorstösse aufgelistet, die der Gemeinderat in diesem Jahr, also im 2022, verabschiedet hat. Der schon letztes Jahr beobachtete Trend setzt sich fort mit 126 verabschiedeten Vorstössen per Ende 22 sind es 41 weniger als im Vorjahr, was eigentlich noch viel ist. Auch wenn man bedenkt, dass schon Ende 2021 54 Vorstösse weniger verabschiedet worden sind als noch 2020. Gleichzeitig ist die Zahl von den eingereichten Vorstössen mit 168 im Vergleich zu 2021 praktisch gleichgeblieben. Dort sind es 161 gewesen. Das sind also ungefähr 1/4 weniger verabschiedete Vorstösse, bei gleich vielen eingereichten Vorstössen. Gleichzeitig hat die Zahl der behandelten Geschäfte im Vergleich zum Vorjahr stark zugenommen. Wir haben in 47 Teilsitzungen 473 Geschäfte behandelt, vor allem deutlich mehr Motionen und Interpellationen. Im 2021 haben wir mit zwei Sitzungen weniger über 100 Geschäfte weniger behandelt. Die TVS ist auch dieses Jahr die Direktion, die am meisten Vorstösse verabschiedet hat. Aus der FPI und der Stadtkanzlei sind am wenigsten gekommen. Die Fristen wurden grundsätzlich gut eingehalten, aber es hat ein paar Auffälligkeiten gegeben. Wir haben die betreffenden Direktionen auf die Fristüberschreitungen aufmerksam gemacht und wurden danach auch über die Gründe informiert. Warum hat es so lange gedauert oder dauert es immer noch? An der Gestaltung des Jahresberichts hat auch wieder einiges gebessert, aber es ist immer noch sehr mühsam, die Fristen genau zu überprüfen, vor allem bei Ziffer 3 und 6, weil man eigentlich jedes Geschäft im Suchfeld online eingeben muss, um zu schauen, ob die Frist dann wirklich eingehalten wurde. Es hat sich zwar gebessert, denn bei Ziffer 4 und 5 sind jetzt die Fristen drin. Das war früher noch nicht so, aber bei den anderen ist es immer noch sehr mühsam und ich glaube, das könnte man ziemlich einfach anpassen. Bei Ziffer 4 und 5 geht es nachher um noch nicht verabschiedete Antworten respektive Motionen und Postulate, denen noch nicht Folge geleistet oder zu denen noch nicht Bericht erstattet worden ist. Da hat es teilweise auch recht lange Fristüberschreitungen gegeben. Wie gesagt, die betroffenen Stellen sind informiert. Bei Ziffer 6 geht es nachher um die versendeten Prüfungsberichte von Postulaten. Auch hier ist es grösstenteils eigentlich okay, aber auch hier gibt es Überschreitungen. Auch hier haben wir darauf hingewiesen. Insgesamt kann man sagen: Man kann hier gewisse Sachen feststellen und zwar, dass die Vorstösse,

bei denen es lange dauerte, bis ein Prüfungsbericht vorgelegen ist, sehr oft verschoben worden sind, bis sie überhaupt einmal traktandiert wurden und nachher erheblich erklärt werden konnten. Worauf es dann auch noch Dutzende Fristverlängerungen gegeben hat. Das ist zwar sehr ärgerlich, kann aber natürlich manchmal schon auch in der Natur der Sache liegen. Wir hoffen aber trotzdem, dass solche Situationen auf ein Minimum reduziert werden können, vor allem auch, weil die Fristverlängerungen in der Tendenz sehr spät oder sogar zu spät beantragt werden, also wenn die ursprüngliche Frist abgelaufen ist. Auch hier kann man sagen, dass es manchmal unberechenbar ist oder so. Aber das ist dann doch irgendwie ein bisschen problematisch und auch da würden wir gerne eine Verbesserung sehen. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Fristen mehr oder weniger gut eingehalten worden sind, dass Fristverlängerungen aber oft sehr knapp oder zu spät oder manchmal auch gar nicht eingereicht werden, und dass die Fristen in den Ziffern 3 und 6 weiterhin fehlen. Es gibt noch einiges zu verbessern, aber eigentlich ist alles okay.

Präsident: Wir wären bei den Fraktionsvoten.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Zuerst werdet Ihr überrascht: Ich danke allen Mitarbeitern der Stadt Bern, die teilweise sehr gute Arbeit geleistet haben. Aber jetzt komme ich halt gleich zu diesem Jahresbericht: Ich möchte gerade klar festhalten, dass die SVP den Jahresbericht seit Jahren ablehnt. Für uns ist es eine Bauernblenderei. Ihr seht nachher, was im Jahresbericht steht. Und Ihr habt jetzt vor Kurzem gesehen, was im Budget drin war, was wir hier für Probleme haben. Ich sage hier: mehr Schein als Sein. Es ist eine Bauernblenderei. Und insbesondere an die Adresse der Ostermundiger möchte ich klar sagen: Sie müssten jetzt dann diesen Jahresbericht genau lesen, auch zwischen den Zeilen. Und dann sehen Sie, worauf es hinausläuft. Sie haben es immer gesehen bei der Debatte in Ostermundigen. Ich habe nie gesagt, die Berner müssten viel Geld dorthin geben. Ich kann damit leben, wenn es eine gute Sache ist. Aber ich warne die Ostermundiger: Wir nehmen zwar dann Ihre Schulden, aber Sie müssen dann all das, was die Stadt Bern verblödet, nachher auch bezahlen. Und Ihr wisst, ich bin einmal angegriffen worden, wegen der Wirtschaftspolitik, wegen «sowjetischem Denken». Ich möchte klar festhalten, ich habe an der Uni Bern beim emeritierten Professor Walter Hess eine Vorlesung besucht zur Wirtschaftspolitik, wo man gewisse Grundsätze gelernt hat. Und ich bin ja der Meinung ... Ich mache ein Beispiel: Wenn Ihr einen Kinderwagen für 300 Franken oder 310 Franken restauriert und investiert, und dann tut Ihr ihn zwei Wochen später für 120 Franken verkaufen, dann habt Ihr wahrscheinlich ein schlechtes Geschäft gemacht. Was hat die Stadt Bern gemacht? Das Wort Kühlewil ist schon gefallen. Man kann jetzt hier noch x-mal darüber reden, aber ich möchte einfach festhalten: Man hat diese Hütte für 30,7 Millionen restauriert bis 2022, und hat sie nachher für 12,8 Millionen verkauft. Und wenn man so geschäftet, kann es natürlich nicht rentieren. Es kann nicht rentieren, wenn man ein Kirchenfeld-Schulhaus, ich sagte es schon mehrmals ... Wenn man zuerst tut, als wolle man die Turnhallen sanieren und dafür ein Projekt machen, und nachher tut man acht Jahre später die ganze Hütte abreißen, also die Turnhalle und baut nachher eine unterirdische Turnhalle. Das ganze Projekt kostet nun fast das Doppelte. So kann es nicht rentieren. Und wenn man nachher gross sagt, wie man sich einsetze eben für Schulen und für die Schulraumplanung. Ihr seht alle die Problematik, die wir haben. Ihr seht alle die Probleme mit der Schulinformatik. Und jetzt zeige ich Euch den Bericht entlang der Legislaturrichtlinien. Ich gehe Punkt für Punkt durch und weise sie auf die schwachen Ziele hin, was dort drinsteht. Da heisst es: «Pulsierende Hauptstadt und Partizipation».

Das tönt alles wunderbar. Sie haben jetzt schon gesehen, in Ostermundigen, wie es geht. Ich habe das letzte Mal gesagt, man hätte dort dem Gemeinderat eine Chance geben können, dass der irgendwie für eine Übergangsfrist noch gewählt wird in Ostermundigen und nachher bleiben kann, aber das hat man nicht gewollt. Die anderen Gemeinden – der Stadtpräsident soll hier nur zuhören – die anderen Gemeinden Allmendingen etc. sind abgesprungen. Muri will nicht mit Bern zusammengehen. Das sind eben all die Sachen. Man will nicht und ich hoffe, die Ostermundiger riechen den Braten bei dieser Braut, die viel höher leben tut. Die Swissskills sind etwas Gutes. Da bin ich auch gewesen. Das habe ich unterstützt. Das finde ich gut. Aber jetzt sagt man gross: «Pulsierende Hauptstadt und Partizipation». Man redet von den Frauenfußball-Europameisterschaften, für die man einen Verpflichtungskredit von 6 Millionen eingegangen ist. Tagespolitik! Das sage ich den Ostermundigern: Man hat kein Geld, um für den Abendeintritt in der KWD mehr zu bezahlen. Da ist man zu eng und zu knapp drin. Für das hat man kein Geld. Aber grossartig geht man praschallern, man setze sich für die Frauen-Euro ein. Aber für das Kleine hat man kein Geld. Sie werden dann unter dem rot-grünen Joch leiden, wenn all das passiert. Sie haben die Nachhaltigkeitstage und was auch immer. Ich sage Ihnen, genau gleich wie auf der Seite 10, wo man redet von Base4Kids 2: Das ist ein Debakel gewesen. Ankündigung eines angekündigten Ereignisses. Wenn Ihr immer ein Leuchtturmprojekt selber machen wollt und das wird nachher ohne grosse Kenntnisse getan, und dann muss jemand vom Schulamt, der nicht Informatiker ist, das Zeug machen, das könnte ich auch nicht. Das ist mir auch klar. Aber da ist etwas falsch an der Organisationsverantwortung. Und wenn es so läuft ... in ein solches Gemeinwesen kann man eben nicht investieren. Wir haben das nächste Kapitel: «Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Chancengleichheit», das ist dort aufgeführt. Ich kann gerade sagen im gesellschaftlichen Zusammenhang: Ihr wisst, ich habe es schon mehrmals gesagt, wir SVP-ler haben nach wie vor Hausverbot in der Reithalle. Der Stadt ist das egal, aber wir bezahlen dort gleichwohl Subventionen. Ihr seht, hier wird mit ungleichen Ellen gemessen. Man hat eine Kulturkommission gehabt, die ihre Arbeit eigentlich gut gemacht hat. Das will man zentralisieren, das wird nun alles zentral bei der Kulturstelle gemacht. Ich weiss auch, dass man andere Projekte von Uraufführungen in der Stadt Bern nicht unterstützt. Das ist alles wieder zentralisiert worden. Das, was man will, wird gefördert. Beispielsweise – ich habe es immer bekämpft – das «Aua wir leben». Und dann geht es eben wiederum schief. Ihr seht auch auf der Seite 11: Man tut wiederum sagen, die Euro-Games seien grossartig. Gebührenbefreiung, aber für das Kleine – ich sage es noch einmal – für die KWD habt Ihr kein Geld. Die Schulhäuser verlottern. Die Bäder verlottern. Dort habt Ihr eben kein Geld. Und dann Klimaschutz und Klimaanpassung: Wenn man wirklich für Klimaschutz und für Klimaziele wäre, dann müsste man weniger Leute nach Bern holen. Und das ist für mich eben eine verfehlte Nachhaltigkeitspolitik. Ich hoffe, der Stadtpräsident nimmt dies zur Kenntnis. Wenn man immer mehr Leute nach Bern holt, dann wird man die Klimaziele nicht erfüllen können. Das ist genau das: Mit einer 10 Millionen-Schweiz schaffen wir die Klimaziele nicht. Genau dasselbe ist, wenn man noch die letzten Grünflächen kaputt macht. Das kommt nachher weiter hinten bei der Stadtentwicklung. So wird man die Sache nie erreichen. Wir haben jetzt wieder, aber das ist jetzt noch nicht in dem Jahresbericht, das kann ich dann nächstes Jahr kritisieren, wieder Geld ausgegeben, was wir uns nicht leisten können, auch für das Personal. Das ist alles der falsche Grund. Auch «Öffentliche Räume und Biodiversität»: Wir haben immer gesagt, das gehe nicht, man müsse die Bäume dort im Bereich vom Bubenbergplatz ... der Plan der Stadt Bern gehe nicht auf. Aber nein, man wollte das machen. Man wollte auch durchstieren – das ist ja jetzt das Neuste -, dass man bei der Schütte nicht mehr mit dem Auto durchfahren

darf, durch die Hodlerstrasse, weil der Mäzen an dieser Strasse, weil unser Mäzen Wyss das eben lieber nicht will. Dort misst man dann mit anderen Ellen. Eine Menge Grünraum tut man mutwillig zerstören: Das Viererfeld, das Gaswerkareal und auch das Springgartenareal kommt jetzt dran. Und jetzt reden wir von «Stadtentwicklung und Wohnungsbau»: Lest ein wenig die Zeitung. Man ist nicht einmal in der Lage, wenn man einen Wettbewerb durchführt, dass man nachher schaut, nachdem das Siegerprojekt ausgeführt ist, wie es ist. Schaut doch das Tramdepot am Burgernziel, schaut den Fleischkäse, schaut die schöne Allee an! Schaut mal die Wohnungen, die es gegeben hat! Schaut die Vereinbarkeit mit dem Wettbewerb an: Man hat alles nicht erfüllt. Und jetzt seht Ihr auch wiederum: Grossartig wird das Viererfeld genannt. Eben die Verpflichtungskredite, auf die man ganz stolz sein soll. Was passiert? Die Baurechte tut man verscherbeln. Man tut sie verkitschen. Und dass es so nicht rentieren kann, ist ja klar. Wenn man dann schon einmal irgendwo gute Areale hat, dann sollte man sich wenigstens nachher darum kümmern, dass der Steuerzahler noch eine Rendite hat und nicht, dass nur gewisse Leute davon profitieren können. Ich habe es immer beanstandet, dass man dort nicht auf die wirtschaftlichen Leistungs- und Ertragsmöglichkeiten schaut. Wenn jemand den Beschäftigungsgrad reduziert, dann kann er eben dann auch mit staatlichen, städtischen Subventionen noch günstig leben in diesen Liegenschaften. Und so kommt man nicht auf einen grünen Zweig. Ich warne die Ostermundiger: Schauen Sie zu Ihrem Geld! Wenn das so kommt, dann können wir noch viel machen. Das Geld schmilzt wie Eis an der Sonne, wenn man so machen tut. Ich halte auch ganz klar fest, dass es jetzt noch keine Steuererhöhung gibt. Ich habe das wunderbare Papier vom Ostermundiger HIV gesehen. Ich würde sagen, das ist nicht einmal das Papier wert, auf dem es geschrieben ist. Man verpflichtet sich für nachher darauf, man setze sich dafür ein, dass es keine Steuererhöhung gebe. Das sagt auch der Betrüger, wenn er sagt: «Ich setze mich dafür ein, dass es dann mit dieser Firma gut kommt». Wir von der SVP sind ganz konsequent: Wir lehnen den Jahresbericht klipp und klar ab. Der Fluch der bösen Tat. Ich möchte klar festhalten, dass die Zahlen stimmen können, da lasse ich mich gar nicht auf die Äste hinaus. Das ist häufig so. Aber: Der Inhalt, die Legislaturziele sind verfehlt. Wir haben gewaltige Folgelasten. Man muss hier ganz klar Nein sagen und ich würde auch die anderen bürgerlichen Parteien klar dazu aufrufen. Das ist der Fluch der bösen Tat. Das Budget, gehe ich davon aus, werden wir dann klar ablehnen. Aber wir von der SVP haben immer gesagt, man müsse den Jahresbericht ablehnen mit den Legislaturzielen, die man hier geschaffen hat. Damit kommt man auf keinen grünen Zweig. Darum sagen wir von unserer Seite ganz klar Nein. Wir werden diesen Jahresbericht negativ zur Kenntnis nehmen. Und im Rahmen der Debatte werden allenfalls noch gewisse Fraktionsangehörige von uns nachher noch zu einzelnen Sachgebieten Stellung nehmen.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA-Fraktion stellt erleichtert fest: Es sind noch keine Kantonspolizisten, zumindest nicht in diesem Zusammenhang, auf der Strasse am Patrouillieren. Wir sind noch nicht unter Zwangsverwaltung. Es hat sogar einen kleinen Überschuss gegeben in dem Jahr. Ja, ich glaube, das bürgerliche Schreckgespenst, dass es jedes Jahr eine röttere Zahl gibt, grössere rote Zahlen gibt, ist zumindest für ein weiteres Jahr gebannt. Gleichzeitig kann man lesen, dass Schulhäuser gebaut und weitere Investitionen getätigt werden müssen. Die Schulhäuser müssen gebaut werden. An kann man sich also tatsächlich – vielleicht für die nächsten vier bis acht Jahre – auch ein bisschen zurücklehnen und akzeptieren, dass das Geld eines Tages auch mal ausgegeben werden muss, und dass es in dem Sinn nicht Selbstzweck ist, einfach Geld auf die hohe Kante zu legen. Daher wird unsere Fraktion ein

emotionsloses Ja einlegen und die Anträge annehmen. Was uns aber doch in dem Sinn noch aufgefallen ist, ist die sogenannte Finanzstrategie, auf die auch an einzelnen Orten in der Jahresrechnung hingewiesen wird. Es gibt natürlich vom Kanton Vorschriften und auch überkantonale Vorschriften zu den Finanzkennzahlen, wie man eigentlich Finanzpolitik betreiben sollte. Aber der Gemeinderat hat auch eine eigene Finanzstrategie. Dort drin sind Sachen zu lesen wie in der Einführung: «Nachhaltige Finanzpolitik ist daher eine Grundlage jeglichen politischen Handelns.» Das sehen wir eigentlich anders. Weiter kann man da lesen: «Jeder Haushalt, ob privat oder öffentlich, kann über eine längere Zeitperiode nicht mehr Geld ausgeben, als er einnimmt». Wir sind auch offen für die Frage: Was machen denn andere Industrienationen? Politische Gefässe häufen Schulden an, nach der New Monetary Policy? - Ich weiss es nicht. Auf jeden Fall so alternativlos, wie das in dieser Finanzstrategie vom Gemeinderat formuliert ist, scheint uns das nicht zu sein mit dieser sogenannten schwarzen Null. Zumal nicht, wenn wir solche Investitionen schultern müssen. Was aber alternativlos scheint, ist das bürgerliche Lamento, dass gespart werden muss. Jedes Jahr wird ein neues Streckgespenst an die Wand gemalt und am Schluss ist es dann gar nicht so schlimm, wie man eigentlich gedacht hat. Wir fragen uns ein bisschen, was mit dieser Finanzstrategie bezweckt werden soll. Frappanterweise ist sie sogar noch strenger als die kantonalen und überkantonalen Vorgaben in einzelnen Kennzahlen, obschon schon klar ist, dass man die kantonalen und überkantonalen Kennzahlen nicht einhalten kann. Also die Stadt Bern schnürt sich selber eigentlich ein strengeres finanzpolitisches Korsett, als das nötig wäre, beharrt aber gleichzeitig auch darauf, dass es nötig ist, damit ihre Bonität nicht in den Keller fällt. Also so Finanzkennzahlen scheinen gut sein, um die Ratingagenturen zu befriedigen oder um bürgerliche Politikerinnen aufzuschrecken. Aber ob es wirklich für uns ist, also einem breit abgestützten Wähler*innenwillen entspricht, da haben wir doch grosse Fragezeichen. Von dem her fragen wir uns, was ist das Papier – die Finanzstrategie – wert? Wie ist sie überhaupt zustande gekommen? Darüber könnte man eigentlich mal diskutieren. Das ist so weit alles zum Jahresbericht. Einzig noch: Wir sind froh, dass die FIFA-Kredite geschlossen wurden. Sie wurden offensichtlich zurückgezahlt. Wir freuen uns, wenn dies das nächste Jahr nicht weiter mehr im Bericht zu finden ist.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Wir reden heute über die Rechnung 2022. Das ist ein sehr guter Zeitpunkt, um ganz grundsätzlich über die Rechnungsabschlüsse der Stadt zu sprechen, vor allem über das Verhältnis von Budgetierungen und effektiven Abschlüssen. In den letzten 10 bis 15 Jahren hat die Stadtrechnung, also die städtische Rechnung, mit wenigen Ausnahmen immer zwischen 20 bis fast 70 Millionen positiver als budgetiert und mit Überschüssen abgeschlossen. Letztes Jahr hat das budgetierte Defizit von 50 Millionen mit einem Plus von 67 Millionen besser abgeschlossen. Wir sind auch in einem Überschuss von 15 Millionen Franken gelandet. Wir haben die Zahlen gehört, das sind ziemlich eindrückliche Zahlen und das sind eindrückliche Fakten, die schwerlich mit dem Aufschrei der bürgerlichen Seite zusammengebracht werden können, wie er jedes Mal kommt, wenn ein Budget veröffentlicht wird. Ihre Polemik um budgetierte Defizite und Ihre Behauptungen über tiefrote Stadtfinanzen ziehen völlig an der Realität vorbei. Der Haushalt ist stabil unterwegs. Die Stadt verfügt über finanzpolitische Reserven von 97 Millionen. Seit 2020 hat der Bilanzüberschuss wieder aufgebaut werden können und wir haben zwei volle Töpfe für Vorfinanzierungen von Eis- und Wasseranlagen und für Schulhäuser. Es ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft die Rechnungen besser abschliessen als budgetiert, zum Beispiel auch im laufenden Jahr. Jetzt kann man sich fragen, warum eigentlich die Rechnungen immer viel besser

abschliessen als das Budget. Das ist offensichtlich ein Muster, wenn man die Fakten anschaut. Dieses Muster beruht grösstenteils auch auf sehr nachvollziehbaren Gründen. Zum Beispiel werden seitens des Gemeinderats die Kredite in den allermeisten Fällen mit guten Reserven berechnet und eingestellt, um zu vermeiden, dass es Nachkredite braucht. Dadurch liegen Jahr für Jahr in den Budgets recht hohe Summen brach, die eingestellt, aber effektiv nie ausgegeben werden. Das blockiert andere Budgetposten im Gesamtbudget. Der Effekt verschärft sich jetzt vermutlich noch, weil das Investitionsvolumen so hoch ist wie noch fast nie in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Deshalb wird der Effekt wahrscheinlich auch noch ein bisschen grösser werden. Und dann kommt die Frage dazu, ob die budgetierte Realisierungsquote auch umgesetzt werden kann. Das haben wir jetzt in der Rechnung 2022 gesehen: Sparmassnahmen, Personalabbau und Fachkräftemangel und andere Verzögerungsmechanismen bei konkreten Projekten haben zu einem tieferen Realisierungsgrad als budgetiert geführt. Auch das gerade bei einem hohen Investitionsvolumen – wir reden da von geplanten 180 Millionen –, die dann heruntergerechnet werden um den Realisierungsgrad. Das ist ein sehr hoher Posten, gerade in dieser Kombi. Auch mit der Logik, wie man Kredite aufstellt mit guten Reserven, liegt wahrscheinlich in den Budgets ziemlich viel brach. Dann die Steuereinnahmen, das wissen wir alle, vor allem bei den juristischen Personen. Es ist extrem schwierig, diese ganz genau zu budgetieren und darum gibt es dort auch immer Schwankungen und Ungenauigkeiten. Wenn die gegen oben ausschwenken, kann das recht schnell einmal noch Einschenken in der Abweichung zu den Budgets. Beim anderen Teil der Gründe, warum es so positive Abweichungen gibt, ist nachher auch die Frage nach der Vorsicht oder des Muts in den Budgetierungen zu stellen. Die Chance, dass in Zukunft auch die Rechnungen besser ausfallen werden als das Budget, ist sehr gross. Wir sind darum jetzt ein bisschen erstaunt gewesen über die Vorsichtigkeit des Gemeinderats in der aktuellen stabilen Finanzlage hinsichtlich des Budgets 2024, aber das ist ja heute Abend noch nicht das Thema. Die polemische Fokussierung auf budgetierte Defizite, das ist eine politische Strategie von der bürgerlichen Seite. Das kennen wir auf allen Ebenen. Das hat aber leider mit den Fakten sehr wenig zu tun. Vor allem hilft es sehr wenig, die tatsächlichen Herausforderungen anzupacken. Der Haushalt ist stabil, das kann ich wirklich nur wiederholen, aber auch wir finden, dass in Anbetracht der aktuellen Herausforderungen, wo wir im Moment drin sind, noch mehr finanzieller Handlungsspielraum vorhanden sein müsste. Wir sind auch als Stadt in der Verantwortung, mit aller Kraft in die Bekämpfung der Klimakrise und der wachsenden Armut zu investieren. Ihr auf der Gegenseite werft Rot-Grün die ganze Zeit eine verantwortungslose Politik gegenüber der nächsten Generation vor und zwar lauthals. Ihr habt in letzter Zeit oft das Argument gebracht, dass man halt in guten Zeiten Geld auf die Seite hätte legen sollen. An dieser Stelle wird eure Logik wirklich recht absurd. Schauen wir einmal hin, wo die finanzpolitische Debatte vor wenigen Jahren noch gestanden ist: In den Zehnerjahren hat die Stadt wiederholt sehr hohe Überschüsse gemacht. Es wäre sehr super gewesen, wenn wir die alle einfach hätten nehmen und auf die Seite legen können. Dann hätten wir jetzt mit dem die notwendigen Investitionen, die wir jetzt machen müssen; mit diesem Volumen hätten wir das noch viel besser bewältigen können, als wir es jetzt hinbringen, ohne dass wir einer Sparlogik verfallen. Der Witz ist aber: Es hat die berühmte Motion Gubser gegeben. Diese Motion ist von bürgerlicher Seite gekommen. Sie hat verlangt, dass ab einem Eigenkapital von über 100 Millionen Franken eine Steuersenkung gemacht werden soll. Also, dass die Stadt in guten Jahren eben nicht Geld auf die Seite legt für spätere Jahre, wo es mehr Geld braucht, sondern nämlich das Gegenteil, dass man weniger Einnahmen in Kauf nimmt in guten Zeiten für eine Steuersenkung, die im Portemonnaie der Einzelpersonen kaum

spürbar gewesen wäre. Diese Motion ist zum Glück ohne Wirkung geblieben und ist dann abgeschrieben worden. Stattdessen sind die zwei berühmten Spezialfinanzierungstöpfe geschaffen worden, die man mit Überschüssen dann geäufnet hat. Die sind jetzt voll und von diesen profitieren wir auch. Wären der Gemeinderat und der Stadtrat eurer Logik damals gefolgt, dann würden uns jetzt diese Einnahmen fehlen. Und es wäre tatsächlich schwieriger, die vielen Investitionen jetzt zu stemmen, von denen wir uns bei den meisten doch einig sind, dass sie jetzt notwendig sind. Es wäre ja sehr interessant, was Ihr jetzt sagen würdet, wenn das damals so passiert wäre. Wie Ihr dann argumentieren würdet. Aber sicher sehr widersprüchlich ist, wenn Ihr jetzt mit Aussagen kommt wie: Das Geld, das man ausgeben will, hätte man halt zuerst verdienen müssen. Aber jetzt sind wir ja im Jetzt und wie schon ausgeführt, haben wir in den letzten zwei Rechnungen sehr hohe Abweichungen von den Budgetierungen gehabt. An dieser Stelle wollen wir noch kurz festhalten seitens GB/JA-Fraktion, dass die Höhe der Abweichungen von 46 Millionen plus in der Rechnung 2021, und jetzt eben in der Rechnung 2022 die 67 Millionen, dass die auch ein bisschen die Absurdität der Spardebatten, wie wir sie in den letzten Jahren geführt haben, aufzeigen. Das Personal hat während einer anstrengenden Pandemiezeit mit FIT II jeden Franken umgedreht und angeschaut und hat Riesenlisten von Sparvorschlägen präsentiert. Wir haben die FIT-Liste auswendig gelernt und haben hier im Rat um Kleinstbeträge gestritten. Viele Aufgaben, die einzeln nicht viel kosten, aber doch eine grosse Wirkung haben, waren schmerzhaft zu streichen. Und in der Gesamtsumme hat der Stadtrat dann, im Vergleich jetzt zu diesen riesigen Abweichungen, dann doch nur recht wenig an dem massiven Sparvolumen herumgeschraubt. Für uns ist klar, dass die Sparpakete, die geschnürt wurden, zu gross waren. Viele Aufgaben sind gebremst. Das abgebaute Personal ist unter Druck, zum Teil auch nicht mehr gesund und kann viele Aufgaben nicht bewältigen. In vielen wichtigen und dringlichen Bereichen wie in der Klimapolitik geht es nicht vorwärts; immer mit dem Argument, dass sich die Stadt das halt nicht leisten kann. Eine Finanzierung für die Massnahmen zur Erreichung unserer eigenen Klimaziele ist irgendwie nirgends sichtbar. Dort muss es jetzt aber dringend vorwärtsgehen. Noch einmal: Der Haushalt ist stabil. Wir haben Reserven von fast 100 Millionen. Wir haben gefüllte Spezialfinanzierungen, die Zinslast ist aufgrund des hohen Investitionsvolumens zwar am Steigen, aber bewegt sich immer noch in einem tragbaren Bereich. Der Zinsbelastungsanteil zum Beispiel, das ist eine Kennzahl, befindet sich wieder auf dem Niveau von 2017. Der Selbstfinanzierungsgrad ist wieder etwa auf dem Niveau von 2016/17. Gleichzeitig stehen wir vor grossen Herausforderungen, die wir jetzt dringend anpacken müssen. Anstatt uns selbst ohne Not zu beschränken, sollten wir besser hinschauen und zusammen diskutieren, wie wir zu noch mehr finanziellem Spielraum kommen. Und damit zur Finanzstrategie. Das hat Raffael Joggi vorhin auch schon ausgeführt. Wir sind ziemlich ähnlicher Meinung. Ich glaube, wir sind uns sogar im Stadtrat sehr einig, dass wir es alle ein bisschen seltsam finden, dass sich der Gemeinderat eine Finanzstrategie auferlegt, bei der irgendwie klar ist, dass er sie nicht einhält. Die GB/JA-Fraktion hat diese Strategie schon immer kritisiert, weil sie in ihrer technokratischen Form weder irgendwie gross politisch aussagekräftig ist, und vor allem, weil sich die Stadt selbst ein Korsett auferlegt, das enger ist als die sowieso eigentlich schon recht strengen Korsette des Kantons. Wir bewegen uns ja innerhalb dieser kantonalen Eckwerte überall in einem Bereich, der recht okay ist. Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum wir in Zeiten mit grossem Investitionsbedarf freiwillig so auf die Bremse stehen. Wir müssen doch Jahr für Jahr zusammen schauen, wie sich was entwickelt, und dann politisch aushandeln, wohin die Reise gehen soll. Parallel dazu müssen wir mittel- bis langfristige Wege suchen, wie wir eben den Handlungsspielraum noch weiter ausweiten

können. Wir schlagen deshalb vor, dass das Papier in der Schublade verschwindet, und dass der Gemeinderat aufgrund der beruhigten Lage einmal darüber nachdenkt, welche Spielräume neu zu erschliessen sind, um eben diese wichtigen Aufgaben bewältigen zu können; und darüber dann mit uns zusammen zu diskutieren. Sie haben gehört, auch wir wollen mehr finanziellen Spielraum für die Stadt, einen zusätzlichen. Wir sind überzeugt, dass das mit Mehrinvestitionen in die Bekämpfung der Klima - und der Armutskrise oder auch in die psychische Gesundheit der Menschen in dieser Stadt möglich ist. Das muss jetzt angepackt werden, sonst wird das bald sehr teuer, auf verschiedensten Ebenen und für die kommenden Generationen. Konkret braucht es zum Beispiel Druck auf den Kanton, der ja schon lange am Steuernsenken ist, und gleichzeitig immer mehr Lasten und Aufgaben abbaut und auf die Gemeinden überwälzt. Da müssen wir, glaube ich, alle zusammen mithelfen, den Druck aufrechterhalten. Und wir finden auch, wir können darüber diskutieren, ob das vom Gemeinderat vorgeschlagene Tempo bei dem grossen Investitionsvolumen bei Infrastrukturprojekten wirklich so sinnvoll ist. Und da braucht es jetzt einmal eine Diskussion über eine zeitliche Priorisierung, so dass die Kurven des Volumens noch ein bisschen abflachen könnten. Damit wäre wieder ein bisschen Spielraum gewonnen, zusätzlicher Spielraum.

Was aber wirklich nicht zielführend ist, ist weiterhin so eine faktenbefreite, polemische Diskussion zu führen, die auf einen Aufgabenabbau abzielt. Die Sparpolitik muss jetzt aufhören und zwar jetzt. Die GB/JA-Fraktion wird allen Anträgen des Gemeinderates folgen und nimmt alle Berichte zur Kenntnis.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion: Wir haben es gehört, die Rechnung 2022 schliesst 66,6 Millionen über dem Budget und immerhin mit 14,8 Millionen im Plus. Das ist doch super. Was wollen wir noch mehr? Genau das haben wir jetzt von Links die ganze Zeit gehört, auch der Gemeinderat übertitelt seine Medienmitteilung mit «Überschuss bestätigt finanzpolitischen Kurs». Schaut man aber genauer hin, hat nicht der finanzpolitische Kurs, sondern das pure Glück zu diesem Ergebnis geführt. Glück ist gewesen, dass 45 Millionen mehr als budgetiert an Steuern eingenommen wurden. Zumindest mit dem Glück verwandt sind ausserordentliche Effekte wie die Ausgliederung von Kühlewil, die dazu geführt hat, dass es zu Minderaufwand im Umfang von 42 Millionen gekommen ist. Nicht Glück, sondern Planung sind die 28,4 Millionen Einsparungen mit den FIT-Massnahmen. Ich will an dieser Stelle der Verwaltung besonders danken für die Umsetzung, von der ich weiss, sie ist nicht einfach zu bewerkstelligen. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich der Gemeinderat mit seiner Finanzpolitik, die auf das Glück vertraut, von seinen finanzpolitischen Zielen entfernt hat. Und wenn man den AFP anschaut, muss man sagen, dass er faktisch eigentlich schon ganz von seinen finanzpolitischen Zielen entfernt ist. Wollen wir die notwendigen anstehenden Investitionen nicht über Schulden finanzieren, was in Zeiten von steigenden Zinsen dazu führt, dass wir Geld den Banken einfach nachschliessen müssen, dann müssen wir Überschüsse erzielen. Und vorhin ist gesagt worden, es habe die Motion Gubser gegeben, und man habe die Überschüsse damals gedeckelt. Wieso wollte man das deckeln, entweder durch Steuersenkungen oder durch Spezialfinanzierungen? – Weil sonst das passiert wäre, was auch passiert ist, nämlich dass man das Geld ausgibt für irgendwelche Komfortmassnahmen. Wir haben schon jetzt eine Situation in der Stadt Bern, dass der Haushalt überproportional wächst im Vergleich zur Bevölkerung. Darum war es damals der Notnagel, dass man gesagt hat: «Okay, wir machen Spezialfinanzierungen, dann ist wenigstens das Geld für solche Investitionen reserviert und nicht für anderen Luxus, den wir uns einfach nicht leisten können».

Wir fordern den Gemeinderat gerade deshalb umso mehr auf, wieder zu seiner Finanzpolitik zurückzukehren und nicht darauf zu vertrauen, dass das Glück ihn findet. Wenn er nämlich nachher auf das vertraut, dann kommt gerade der nächste Taucher – frei nach «Züri West» –, wie man aus dem AFP deutlich sieht. Um das zu vermeiden, muss der Gemeinderat insbesondere die anstehenden Investitionen priorisieren. Das passiert aus unserer Sicht noch viel zu wenig. Es ist klar, dass Investitionen in Schulraum nicht warten können, aber wenn man nachher Investitionen wie beispielsweise die auf der Kleinen Schanze sieht, muss man sich schon fragen, ob es das jetzt in diesen Zeiten braucht. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, es hilft eben einfach auch gar nichts, wenn wir im Stadtrat die Budgets, die hier reinkommen, wieder vollpacken mit dem, was der Gemeinderat herausgestrichen hat. Ich habe sogar das Gefühl, man merkt inzwischen bei den Gemeinderäten, dass sie gemerkt haben, dass sie gar nichts mehr priorisieren müssen, weil der Stadtrat ja dann alles wieder hineinpackt, wenn sie priorisieren. Beziehungsweise, dass er gar nichts mehr machen muss, weil sowieso alles drinbleibt. Wichtig scheint uns wirklich, dass der Gemeinderat wieder an seine eigene Strategie erinnert wird, dass wir hier keine falschen Signale senden, und dass wir so wieder zurück auf den Weg der finanzpolitischen Tugend finden und nicht mehr einfach dem Glück vertrauen müssen. Wir sagen zu allen Anträgen des Gemeinderates Ja, denn es geht um faktische Fragen und nicht um eine politische Wertung dieser Rechnung.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion: Die Würdigung des Jahresberichts könnte man sich einfach machen und sagen: «Tempi Passati, man kann eh nichts mehr ändern. Dank an die Verwaltung. Fertig und Schluss». Die Verwaltung hat definitiv einen guten Job gemacht. Die Zahlen stimmen hoffentlich, das ist sauberes Handwerk. Dafür danke ich der Verwaltung und auch für die Geduld, die sie hat, wenn sie unsere Fragen beantworten darf. Die Würdigung betrifft aber das, was hinter diesen Zahlen steckt. Und im Hinblick auf die Budget- und AFP-Debatte gibt das auch die Möglichkeit, den Mahnfinger aufzuhalten. Das ist Politik. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Überschuss von 14,8 Millionen ab. Das haben wir hier schon gehört; so weit so gut. Wie ist dieser Betrag zu Stande gekommen? Einerseits weniger Personalaufwand von rund 21 Millionen, wobei man als Bürger nicht viel davon gemerkt hat, andererseits mehr Steuereinnahmen als erwartet, wobei Sondereffekte dabei waren, die sich nicht unbedingt wiederholen, und mit einem Sparpaket. Ohne Sparpaket wäre die Rechnung rot. In diesem Punkt geben wir dem Gemeinderat 100 Prozent Recht. Aber auch so hat der Gemeinderat nicht einen Punkt seiner finanzstrategischen Ziele erreicht, das haben wir heute schon ein paarmal gehört, und zwar einmal mehr. Konsequenzen hat das keine. Es wird schulterzuckend zur Kenntnis genommen, und im Lohngefüge steigt man um eine Stufe und der Teuerungsausgleich kommt garantiert. Anders gesagt: Es gibt keinen Anreiz, einen Job gut zu machen. Es geht ja auch so. Im Übrigen sind seit 30 Jahren Rot-Grün sowieso die anderen schuld. In 30 Jahren bauen andere ein Imperium auf. Rot-Grün schafft trotz zehn sehr guten Jahren eine zusätzliche Verschuldung, weil man nicht hat kommen sehen, dass es auch unter anderem mehr Schüler gibt. Sorry, aber was tut man seit Jahren predigen? - Und jetzt ist man überrascht. Das ist eine ganz schlechte Planung, insbesondere auch vom Schulamt. Ihr habt selber nicht geglaubt, was Ihr gepredigt habt. Aber jetzt schauen wir uns die Steuereinnahmen an: Der Gemeinderat sagt selber, die Einnahmen von den juristischen Personen seien volatil. Ja, da spielen viele Faktoren mit. Vermutlich wird die Visana wegen eines Verlusts von rund 95 Millionen nicht viel Steuern zahlen. Sie gehört sehr wahrscheinlich zu den grösseren Steuerzahlern. Dafür bezahlt die BKW einen grösseren Batzen. Interessant sind allerdings

die natürlichen Personen, und das ist unser «Bödeli», wenn man so will: 2022 hatten wir rund 770 mehr Steuerpflichtige, aber der Einkommenssteuerertrag war pro steuerpflichtige Person nur um 18 Franken höher. Das entspricht etwa einem Mittagsgeld. Das ist nicht viel. Mit der Fusion mit Ostermundigen wird der Ertrag pro steuerpflichtiger Person noch runtergehen, aber die Verpflichtungen gehen rauf. Das ist nicht Schwarzmalerei, das sind Fakten. Die finanziellen Aussichten sind alles andere als rosig. Bern wird mit grosser Wahrscheinlichkeit kein Unternehmen anlocken, das gross Steuern bezahlt, wie das zum Beispiel in Basel der Fall ist. Unsere Wachstumsmöglichkeiten auf der Ertragsseite sind also beschränkt. Wir sind der Meinung, es ist falsch, jetzt bei der Ausgabedisziplin und beim Sparen die Zügel locker zu lassen und darauf zu hoffen, dass der nächste Gemeinderat die undankbare Aufgabe übernehmen soll, weil man ja mit gutem Beispiel voran mit 63 in Pension geht. Es gibt ein anderes Beispiel, das mit 65 in Pension geht, und dies ist in dem Fall ein schlechtes Beispiel. Und das ist eben genau das Gegenteil, was man mit dem hervorruft, auch bei den Leuten. Hätte man etwas in den guten Jahren etwas auf die Seite getan, dann hätte man jetzt vielleicht mehr Möglichkeiten und mehr Spielraum. Es ist absolut unverständlich, wie der Gemeinderat bei dieser Ausgangslage ein neues Sparpaket schnüren will. Wir werden im Rahmen des Budgets und des AFP verlangen, dass ein neues Sparpaket geschnürt wird. Auch wenn der Gemeinderat den Steuerertrag als solid darstellt, sind wir nicht in der Lage, die Ausgaben selber zu finanzieren. Das heisst, die Stadt hat sich um zusätzliche 110 Millionen verschulden müssen, und jetzt steigen auch noch die Zinskosten Jahr für Jahr. Der allgemeine Haushalt schuldet rund 1,3 Milliarden. Hier sind EWB und Bernmobil nicht inbegriffen. Das einfach so als Erinnerung. Also zur Jahresrechnung 2022: Die finanzstrategischen Ziele sind nicht eingehalten. Ohne mehr Steuerertrag, darunter auch Spezialeffekte, und ohne Sparpaket wäre die Rechnung 14 Millionen im Minus. Dazu noch eine zusätzliche Verschuldung von 110 Millionen und ein Ende ist nicht in Sicht. Der Gemeinderat hat schon kommuniziert, dass es kein Sparpaket gibt, trotz rotem Budget 2024. Das ist für uns nicht nachvollziehbar und nur erklärbar, weil nächstes Jahr Wahlen sind, weil man seine Wähler pflegen muss, und weil man sich wohl vor der Pensionierung nicht etwas antun will. Die heisse Kartoffel kann man dann einfach weitergeben an den nächsten Gemeinderat. Zuhanden vom Grünen Bündnis und der Jungen Alternativen: Nicht die Bürgerlichen sind für die Budgetierung zuständig, sondern der Herr da hinten, der notabene zu Ihrem Bündnispartner gehört. Es ist nicht ein bürgerliches Budget, sondern es ist ein SP-Budget. Das einfach so als kleine Erinnerung. Und das Zweite, das ich noch sagen will: Das Grüne Bündnis ist bei der Finanzpolitik etwa so die faktenresistent wie die die SVP manchmal beim Klimawandel. Gut, mit diesen Worten kann ich abschliessen. FDP und Jungfreisinn werden diese Rechnung ablehnen.

Lukas Gutzwiler (GFL) für die Fraktion: Ich möchte als erstes für das prägnante Votum des FIKO-Sprechers danken. Die GVL/EVP-Fraktion folgt der Empfehlung der FIKO und wird den Jahresbericht positiv zur Kenntnis nehmen, und auch der Verwendung vom Überschuss für zusätzliche Abschreibungen zustimmen. Wenn jetzt gesagt wird, dass man schon zum x-ten Mal wieder einen Überschuss hat, obwohl man ein Defizit budgetiert hat, ist das richtig. Wann hat man das Budget für 2022 gemacht? Das war im Winter 2021, als wir mitten in der Pandemie gewesen sind, als wir überhaupt nicht gewusst haben, wie die Schweiz und die Stadt durch diese wirtschaftlich schwierigen Zeiten kommen. Zum Glück ist die Wirtschaftssituation besser herausgekommen, als man damals befürchten musste. Insbesondere die 45 Millionen Franken an zusätzlichen

Steuereinnahmen sind nur dank dem möglich gewesen, dass die Wirtschaft nicht abge-sackt ist. Noch ein Wort zur Finanzstrategie: Man kann sich da wirklich fragen, wenn die Kennwerte eigentlich alle nicht erfüllt sind, ob der Gemeinderat die Finanzstrategie ernstnimmt und seine Arbeit macht. Und da appelliere ich an uns als Parlament, als Aufsichtsgremium über den Gemeinderat, dass wir schauen, dass man die Ausgaben priorisiert, insbesondere die Investitionen, die anstehen. Die Investitionen, die Herausforderungen nehmen nicht ab. Das heisst, es liegt auch an uns, die Investitionen zu priorisieren. Und bei den Investitionen ist es besonders wichtig, dass man hinschaut, denn wir haben im Moment steigende Zinsen. Das heisst, wenn wir zu viele Investitio-nen planen, dann könnte das ziemlich schnell zu steigenden Zinskosten führen. Es ist wichtig, dass die Stadt den Handlungsspielraum wahrt, weil - wie gesagt - die Herausforderungen nehmen nicht ab. Es ist nicht richtig, dass die Spardebatte, die geführt worden ist, die der Gemeinderat eingeleitet hat, absurd gewesen sei. Der Gemeinderat kündigt zu Recht an, dass es möglicherweise bald eine neue Spardebatte braucht.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: An erster Stelle geht unser Dank an die Verwaltung für die Arbeit. Ich habe eigentlich ein längeres Votum vorbereitet, möchte es jetzt aber kurz machen. Ich weiss nicht, wie viele von euch gerne Filme schauen. Ich habe vorhin meiner Kollegin vom Grünen Bündnis zugehört, die wie ein Mantra eine stabile Finanzlage heruntergebetet hat. Es gibt einen französischen Film, der heisst «La Haine», aus den Neunzigerjahren. Der Film hat so eine Kult-Eröffnungsszene, in der ein Mann von einem Hochhaus ganz weit runterfällt. Wie ein Mantra wiederholt er immer: «Jusqu'ici tout va bien. Jusqu'ici tout va bien.» Und er fällt und fällt und fällt, und am Schluss heisst es: «Mais l'important c'est pas la chute, c'est l'atterrissage.» Und wir sind jetzt noch im freien Fall. Wir haben jetzt vielleicht im Moment gerade 14,8 Millionen plus, aber, meine Lieben: Wir sind nicht in der Lage, unsere Investitionen selber zu zahlen. Wir machen Zweidrittel Schulden und einen Drittel können wir noch knapp aus unserer Portokasse zahlen. Wir sind weiterhin im freien Fall und es kracht jetzt dann. Aber noch können wir es aufhalten. Ich möchte nicht jetzt schon eine Budgetdiskussion führen. Aber bitte, helfen Sie alle mit, dass es uns nicht ganz hart trifft am Schluss. Wir werden die Finanzpolitik so nicht weiter unterstützen und lehnen das Budget ... – nein, jetzt habe ich Budget gesagt – ... und lehnen diesen Jahresbericht ganz klar ab.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Das ist jetzt eine allgemeine Diskussion geworden über unsere aktuelle Finanzpolitik. Der Jahresbericht ist ja immer eher ein Blick zurück und wäre eigentlich ein bisschen eine ruhige, gemütliche Sache, bei der man eigentlich damit anfangen muss, dass man der Verwaltung und dem Gemeinderat, allen, die gearbeitet haben, Merci sagt, dass es gut funktioniert in dieser Stadt. Dass die Stadt Dienstleistungen anbietet, den sozialen Service anbietet, den Service Public anbietet. Dass sehr viele Sachen möglich sind und sehr viele Sachen angegangen werden. Manchmal passiert halt auch etwas, das nicht funktioniert, aber grundsätzlich kann man sagen, wir schauen auf ein Jahr zurück, in dem die Verwaltung viel gemacht hat. Insbesondere auch unter dem Fakt, dass das letzte Jahr ja nicht ein einfaches Jahr gewesen ist. Ihr erinnert euch: Ukrainekrieg, Energiekrise, Inflation. Drei Geschichten, die durchaus auch auf das politische Tagesgeschäft in einer Gemeinde wie Bern zu-rückschlagen können und zum Teil auch zurückgeschlagen haben. Aber trotz allem kann man sagen, das hat man irgendwie gepackt, dank den guten Diensten von allen Beteiligten. Ich möchte auch nicht vergessen, zu erwähnen, dass es ein paar interes-sante Diskussionen gab. Man kann durchaus sagen, auch belebende Diskussionen im

letzten Jahr. Vielleicht ist es jetzt der falsche Punkt darauf hinzuweisen, aber ich möchte es trotzdem machen: Wir haben eine heftige Diskussion geführt über das Budget 2023. Wir haben eine heftige Diskussion geführt über das Personalreglement. Wir haben heftigste Diskussionen geführt über die Parkgebühren. Wir haben gestritten über das Viererfeld und man hat es noch einmal verhindern wollen. Und wir haben auch noch den Spielplatz in der Untermatt, der von den einen jetzt zum Anlass genommen wird, nochmal ein Referendum zu starten. Ich glaube, nach den letzten Abstimmungen wissen wir so ein bisschen, wo die Stadtberner Bevölkerung steht. Ich bin zuversichtlich, dass es auch in diesem Sinn weitergeht. Gut, das war eigentlich so ein bisschen ein Punkt. Beim Jahresüberblick gilt es natürlich auch, die Zahlen zu würdigen. Es ist tatsächlich so: Die Rechnung schliesst viel besser ab als das Budget. Das ist doch eigentlich zuerst einmal nur erfreulich und für uns eine Erleichterung. Und wenn Claude sagt: «Man hat Glück gehabt»: Ja, man hat Glück gehabt. Und es gehört einfach auch ein bisschen zur Politik dazu, dass man manchmal Glück hat, und das haben wir gehabt. Wir wollen es nicht auf dieser Basis lancieren, aber es ist ein Fakt. Und ja, es ist besser herausgekommen, als wir gedacht haben, und das ist gut. Wir hatten mehr Steuereinnahmen. Das ist gut, das ist super gewesen. Wir hatten zum Teil weniger Ausgaben im Zusammenhang mit Kühlewil. Das war ein Einzelfall, aber insgesamt hat es funktioniert. Gleichzeitig muss man einfach fairerweise auch sagen, der Blick zurück, der uns so entlastet, ist eigentlich, wie den Dessertlöffel abzulecken, weil die politische Auseinandersetzung zu den Finanzen nicht beim Jahresbericht stattfindet, sondern beim Budget. Und dort geht es immer darum, wieder sicherzustellen, dass man die Mehrheiten hat. Diese Mehrheiten müssen wir nicht hier im Saal haben, sondern: Die Mehrheiten müssen wir draussen haben, wenn darüber abgestimmt wird. Deswegen ist es für uns als SP/JUSO-Fraktion unbedingt wichtig, dass wir eine Finanzpolitik machen, die von der Mehrheit der Stadtberner Bevölkerung getragen wird. Das ist vielleicht nicht die Finanzpolitik, die Ihr euch vorstellt, mit Steuersenkungen und mit Sparmassnahmen, sondern ein Versuch, mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel herauszuholen, damit die Bevölkerung in dieser Stadt auch etwas davon hat, wenn wir hier etwas entscheiden. Ja, das ist so ein bisschen der Punkt. Wir sind dran. Und es wird eine Diskussion geben in Zukunft, wie wir es machen werden. Es wird Herausforderungen geben. Das haben wir schon diskutiert, verschiedene haben wir auch schon andiskutiert. Ich warne davon, allzu illusionsgetrieben zu sagen: «Wir haben kein Problem». Aber ich warne auch davor, zu behaupten, dass wir im Schuldensumpf versinken, wie das von rechts zum Teil formuliert wird. Ich glaube nicht, dass wir im freien Fall sind, und deswegen glaube ich auch nicht, dass wir aufprallen können. Und wir sind in diesem letzten Jahr in den Versuch involviert gewesen, irgendwie die Stadt auch in Richtung Ostermundigen zu entwickeln. Wir sind im Moment in einem wichtigen Prozess drin, der wird jetzt bald abgeschlossen. Ich finde es ein bisschen peinlich, wenn zum Teil von bürgerlicher Seite die Interessen der Stadt – der Stadt, nicht der politischen Mehrheit von RGM oder wessen auch immer, sondern der Stadt als Institution – torpediert werden, wie das vorher passiert ist. Wir von der SP/JUSO stimmen dem Jahresbericht zu und nehmen alle Anträge an.

Präsident: Danke. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten, dann wären wir bei den Einzelvoten.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Es überrascht mich, dass sich niemand sonst noch zu Wort meldet. Ich nehme natürlich gerne die Gelegenheit wahr für eine Replik. Es wurde gesagt, es soll ein Blick zurück sein. Das habe ich am Anfang gemacht. Ich

habe gedankt, das ist mein erstes Wort gewesen ist. Seid nicht ich überrascht. Ich habe gesagt, ich danke den beteiligten Mitarbeitern. Ich danke allen von der Stadt. Es wurde sehr gute Arbeit geleistet, aber man muss es klar erkennen, es wurde mehrfach gesagt ... Ich möchte jetzt noch einen Punkt machen: Wir haben verdammt Schwein gehabt. Wir hatten eben Glück, die Steuereinnahmen waren wesentlich höher. Aber das Geld schiessen wir einfach mit vollen Händen aus dem Fenster raus. Und jetzt komme ich eben gerade zum Punkt. Es ist noch kritisiert worden von Ursina Anderegg, und da habe ich gut aufgepasst: Es ist gesagt worden: die böse Motion Gubser. Und jetzt kommt die Theorie, welche die SVP immer vertritt: Wenn man die Steuersenkungen gemacht hätte, dann hätte man nicht Geld gehabt für neues Personal, um neue Aufgaben anzunehmen, die nicht nötig sind. Ich sage immer, das Steckenpferd des Stadtpräsidenten, dieses «Aua wir leben», bei dem man gerade die Subventionen verdoppelt hat. Man hätte damals die Gelegenheit gehabt, als der Kanton ins Paul Klee Zentrum eingestiegen ist, anders Geld machen zu können. Das hat man eben alles verpasst. Man will nicht sparen. Man zieht nicht die Konsequenzen. Und ich bin hier auch ganz klar und tue mich auch an die Adressen der Ostermundiger richten. Die Ostermundiger sollen genau wissen, was auf sie zukommt, wenn sie in die Stadt Bern kommen. Sie sollen genau sehen, wie man mit dem Geld umgeht. Ich bin überrascht gewesen. Meine Kritik von Kühlewil, vom Kinderwagen, wo man eben für 30,7 Millionen renovieren und dann für 12,7 Millionen verkaufen tut, dass es so nicht aufgehen kann. Ist ja völlig klar, wenn man eine solche Finanzpolitik macht. Oder auch beim Viererfeld ... – Aber darüber geht man locker hinweg. Das sind für mich eben die Konsequenzen einer verfehlten rot-grünen Finanzpolitik, die seit 10 Jahren dran ist. Ich werde immer als «Kassandra» bezeichnet. Ich schliesse hier auch mit diesen Worten: Ich gehe davon aus, die Steuererhöhung wird nicht 2024 sein. Die wird nicht vor den Wahlen sein. Die wird dann – aus taktischen Gründen wird man dann sagen, es sei nicht anders gegangen – irgendwie 2026/27 dann eben wahrscheinlich nicht zu vermeiden sein. Die Gebührenerhöhung habt Ihr ja schon bereits gesehen, wie sie kommt. Ihr seht, was für Sachen jetzt da lauern. Und ich sage eben: Dies ist nicht nur ein Blick zurück im Zorn. Eben genau das sind die Konsequenzen, die wir haben, mit dieser verfehlten rot-grünen Finanzpolitik. Ich bedaure, dass die Referenden abgelehnt worden sind, dass die Stimmbürger diesen Sachen zugestimmt haben. Aber man kann sich ausrechnen, dass man so – der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht – unweigerlich in eine Steuererhöhung hineinlaufen wird. Ich habe es schon vorhin gesagt, in diesem wunderbaren Papier zum HIV. - Ihr seht, ich bin nicht unbedingt der Finanzpolitiker – da heisst es, man bemühe sich, dass es keine Steuererhöhung gebe. Ich befürchte, es gibt eine. Das sind die Konsequenzen. Deshalb nimmt die SVP-Fraktion diesen Bericht mit Überzeugung negativ zur Kenntnis.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dieser Jahresbericht wurde in dem Fall mit Rekordgeschwindigkeit durchdiskutiert. Er macht offenbar von rechts bis links, positiv wie negativ sprachlos. Ich übergebe ich das Wort an Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich fühle mich dank der Digitalisierung rund 20 Jahre jünger. Ich habe jetzt auch eine freie Sicht, fast auf das Mittelmeer. Es ist, glaube ich, im 2001 das letzte Mal gewesen oder das erste Mal gewesen, als ich hier an diesem Pult gestanden bin und geredet habe. Dank der Digitalisierung machen wir das neu auch so. Ich möchte mich auch, wie sich das so ein bisschen gehört, wie das Brauch ist, zuerst dem Dank anschliessen. Die Verwaltung heute hier vertreten durch Reto Rutschi und Willi Carrel, die Köpfe der Finanzverwaltung, aber in allen Kommissionen

und entsprechenden Gremien, die sich mit dieser Rechnung auseinandergesetzt haben. Es ist schon so, als Finanzdirektor ist man schon immer eben ein bisschen gespalten. Ich spreche nicht gerade von Schizophrenie, aber man muss einerseits Freude haben, wenn man einen Grund hat, Freude zu haben, und andererseits auch den Finger aufhalten, um zu mahnen, weil das immer nötig ist. Ich werde das selbstverständlich auch heute so machen. Einleitend ist gesagt worden, wie schon bei der Rechnung 2021 seien die Good News, dass wir einen Überschuss haben von 14,81 Millionen anstatt eines Defizits von fast 52 Millionen Franken. Es ist gesagt worden: Deutlich höhere Steuererträge als bilanziert. Ich will einfach einen kurzen Exkurs machen: Die Stadt Bern ist nicht die einzige Stadt, die in diesem zweiten Lockdown halt einfach sehr vorsichtig budgetiert hat. Es ist Zürich so ergangen, dem Kanton Bern und vielen Städte so ergangen. Wir haben in der Rechnung 2022 fast 560 Millionen eingenommen und budgetiert haben wir 513 Millionen. Also das ist ein ziemlicher Unterschied. Im Budget 2023 haben wir jetzt bereits wieder 546 Millionen und im Budget 2024 568 Millionen oder 20 Millionen mehr eingestellt. Fazit: Die Stadt Bern ist solide unterwegs. Aber hier wurde auch gesagt, zu gut und zu positiv. Ich gehe davon aus, das habe ich schon gesagt, 2023 wird besser abschliessen. Ob man es dann aufholt oder nicht das budgetierte Defizit, das weiss ich wirklich nicht. Und ja, es ist wirklich so, ich bin froh, dass das auch zur Kenntnis genommen worden ist: Ohne FIT hätte man ein Defizit von 14 Millionen Franken, und das haben wir zum Glück nicht. Das zeigt, wie nötig das gewesen ist. Es hat jetzt gewisse Korrekturen gegeben: Die Feuerwehersatzabgabe ist weg. Die Parkplatzgebühren sind zum Glück in trockenen Tüchern. Die haben wir budgetiert. Das war auch richtig so, weil wir die jetzt dann auch einnehmen werden. Zum Steuerfuss möchte ich auch noch kurz etwas sagen: Dolores, du bist nach vorn gekommen, um zu sagen, dass jetzt dann überhaupt niemand mehr in die Stadt käme. Nehmen Sie doch mal zur Kenntnis, dass die Stadt Bern mit 1,54 zu den 20 Prozent der Städtegemeinden im Kanton Bern mit dem tiefsten Steuerfuss gehört. Und wenn wir ein Problem haben, wenn Firmen ein Problem haben mit einem hohen Steuersatz, dann liegt es am Kanton. Und das könnt Ihr von dieser Seite dann nicht den Linken in die Schuhe schieben, weil der Kanton bekanntlich schon lange bürgerlich regiert ist. Es hat ein kurzes Intermezzo gegeben im Grossen Rat. Wir haben eine extrem hohe Lebensqualität und wir bieten viel für einen unterdurchschnittlichen Steuersatz. Ich habe heute noch eine weitere Good News: Moody's hat unser AA 1 bestätigt. Es ist so ein bisschen in der Diskussion gewesen, was jetzt stimmt oder was nicht. Das ist natürlich sehr gut. Wir können weiterhin Geld zu besseren Konditionen aufnehmen. Das ist das zweithöchste Rating. Wir können als Stadt Bern gar nicht höher sein. Das ist vor ein paar Tagen bestätigt worden. Wer sich dafür interessiert, kann das nachlesen. Vielleicht noch einfach eine Bemerkung zu den Investitionen: Ja, die wollen wir anschauen. Jetzt muss ich das Grüne Bündnis anschauen, wegen einer Falschaussage von Ihnen. Wenn man jetzt eine gewisse Kredithöhe hat, aber die Kosten tiefer sind, hat das überhaupt null Effekt auf den Jahresabschluss. Das hat dann Auswirkungen auf die späteren Abschreibungen, wobei wir ja wissen – wir gehen von rund 330 Millionen aus –, dass es ein bisschen Wurst ist, welche Investition wann kommt. Die eine kommt ein bisschen später, die andere ein bisschen früher. Aber es hat null Auswirkungen, wie man für die Investitionen budgetiert, nachher auf den effektiven Jahresabschluss. Es ist dann nachher relevant für die Verschuldung.

So jetzt, das habe ich zu den Zahlen gesagt, aber etwas ist schon noch ein bisschen zu kurz gekommen. Also eben: Ein Rückblick ist alles, was wir machen. Und ein grosser Teil von dem, das wir machen, ist sehr grossmehrheitlich gestützt. Nicht ganz bei allen,

aber bei ganz vielen Sachen, haben wir zu 85 Prozent das Volk hinter uns. Zu folgendem sage ich auch noch etwas: Die Fusion mit Ostermündigen, die uns 2022 auch beschäftigt hat, die etwas gekostet hat. Ich hoffe, dass heute der Grosse Gemeinderat ihr zustimmt. Wir haben die Strategie «Zukunft Werkplatz Bern» verabschiedet. Auch das braucht Ressourcen. Es ist eine Reaktion auf Verdrängungsprozesse bei den Gewerbe- und Industriebetrieben. Wir haben die SwissSkills durchgeführt. Auch das hat etwas gekostet. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es extrem wichtig ist gegen den Fachkräftemangel, junge Leute auszubilden. Wir haben im September die ersten Berner Nachhaltigkeitstage durchgeführt mit rund 100 Veranstaltungen. Also so viel zum Bereich Klima, ich komme dann noch darauf zurück. Auch bei der Informatik sind wir voll dran, was sehr viel kostet. Wir haben jetzt neue Computer-Arbeitsplätze, so dass man dann viel im Homeoffice arbeiten kann. Und wir haben neue Programme für die Verwaltung der Liegenschaften. Die Weiterentwicklung der Schulinformatik und von Citysoftnet, die einen Haufen gekostet haben und jetzt erfolgreich im Betrieb sind. Wir haben die sozialen Folgen von Corona mit einer Überbrückungshilfe zu bekämpfen versucht. Wir haben Geld gesprochen für Senioren und Seniorinnen, die in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben. Wir haben ein Meldetool eingeführt, namens «Bern schaut hin», bei dem es darum geht, dass man sich, wenn man sexuelle oder queerfeindliche Belästigungen erleben musste, dort melden kann. Das braucht alles Personal und das kostet alles. Wir haben 600 Gutscheine für Deutschkurse abgegeben. Hinderisfreie Stadthaltestellen haben wir und die englischen Anlagen haben wir besser zugänglich gemacht. Wir haben diverse neue PV-Anlagen in der Stadt Bern; per Ende 2022 sind es 70 Anlagen, die wir installiert haben. Wir haben die neue Velo-Hauptroute Bern-Länggasse und Bremgartenwald. Sowohl bei den PV-Anlagen als auch bei den Velorouten ist viel Neues geplant. Wir haben eine Velostation bei der Welle 7, die wir realisieren wollen. Wir haben den Binding Preis für Biodiversität gewonnen. Der ist nicht von nichts gekommen, er hat dann auch Geld eingebracht. Wir haben zwei neue Kunst-rasenfelder und zusätzliche Garderoben. Ich glaube auch, dass ist etwas, was bis hier drüben, bis zur SVP, etwas ist, denn wir alle wissen, dass wir die Rasenfelder brauchen. Wir haben das Leichtathletikstadion saniert. Wir sind dran, den Stadtteilpark Holligen aufzumotzen. Der Kredit Vierfeld-Mittelfeld, das Isenschmidgut in Bümpliz, die Gaskessel-Sanierung, das als ein paar Muster, weil das Budget, das Geld, nicht einfach an einem Ort in einem schwarzen Loch verschwindet, sondern zum Wohl für eine hohe Lebensqualität für die Menschen, die in dieser Stadt leben und wohnen, und die hier arbeiten kommen, investiert wird. Ich habe noch schnell nachgeschaut, einfach die Abstimmungen über Investitionen. Im 2022 in vier Abstimmungen zu Schulhäusern für 140 Millionen – wir brauchen diese Schulhäuser – lag die Zustimmung bei 85 bis 89 Prozent. Also ich glaube, die Politik, die wir hier machen, die ist breit getragen, einfach auch, weil es nötig ist. Und das ist klar: Wenn dann der Wirt – in dem Fall der Finanzdirektor – kommt und die Rechnung präsentiert, ist dann die Begeisterung manchmal ein bisschen weniger auf der Höhe. Ich muss sagen, wenn ich dann gleich noch 56 Prozent Zustimmung habe, dann bin ich recht zufrieden. Diese Rechnung ist die Realität. Ich glaube, das ist zum Teil gesagt worden. Ich bin froh, wenn man das anerkennt. Es ist so, wie es ist. Budget und AFP sind in Planung. Niemand hier drin, ich auch nicht, weiss, ob es dann so kommt, ob es besser kommt oder schlechter kommt. Ich werde Sie dann auf dem Laufenden halten, wenn ich mehr weiss zum Rechnungsjahr 2023. Fakt ist halt wirklich, dieser Sanierungsrückstand und die hohen Sachzwänge. Fakt ist auch, dass wir eine Reserve und nach wie vor einen Bilanzüberschuss haben. Ich möchte Sie einfach auch daran erinnern: In den letzten 20 Jahren ist der beste Wert einmal bei 104 Millionen gewesen. Jetzt sind wir wieder bei 95 Millionen, also nicht so

weit weg und wesentlich besser dran als in den Jahren 2010/11/12/13, wo man sehr weit weg davon gewesen ist. Ich sage das, was ich auch in der Pressekonferenz gesagt habe: Es ist wirklich falsch, auf Panikmache und Schwarzmalerei zu machen. Es ist genauso schlecht, sorglos zu sein, oder zu meinen, man könne sich jetzt einfach zurücklehnen und Däumchen drehen. Beides ist falsch. Wir bleiben dran und wir werden weiterarbeiten. Und als letztes mache ich jetzt noch einen Exkurs zur Finanzstrategie, die wir in einer schwierigen Zeit gemacht haben. Sie ist ein Planungsinstrument, gerade ein bisschen wie die Klimastrategie und die Klimareglemente. Dort haben wir zum Teil auch Vorgaben und alle hier wissen, dass wir sie nicht einhalten. Müssen wir sie jetzt anpassen oder nicht? Und dann haben wir noch einen Zielkonflikt: Wenn wir nämlich die Klimastrategie anhalten und dann wieder beschleunigen wollen, investieren wir einfach wieder mehr Geld, und können darum die andere Strategie nicht einhalten. Beide sind wichtige Instrumente. Wir halten beide im Moment nicht ein oder nur mit Schwierigkeiten. Aber sie geben den Weg vor. Man muss sie in die Realpolitik einbinden. Und sie sollen, sie müssen uns, den Stadtrat, dazu zwingen, dass man den Kurs anschaut, überprüft und wo nötig anpasst, sowohl in der Finanzpolitik, wenn das nötig ist, wie auch in der Klimapolitik. Ich bitte Sie, dieser Realität, dem Ist, dieser Jahresrechnung zuzustimmen.

Präsident: Wir sind in diesem Fall beschlussfähig. Wir stimmen ab über den Antrag vom Gemeinderat im Jahresbericht Band 1 Seite 101 bis 102.

Abstimmung

2022.FPI.000077: Positive Kenntnisnahme des Jahresberichts 2022		
Annahme		
Ja	48	
Nein	14	
Enthalten	0	Namensliste 005

Präsident: Wir sind sehr schnell vorangeschritten. Wir haben eine sehr lange und intensive erste Sitzung, die bis 15 Uhr 30 geplant ist. Ich erlaube mir, schnell 10 Minuten zu unterbrechen, damit die Leute herausgehen, auf das WC gehen oder rauchen können. Und dann würden wir Punkt 15 Uhr 15 weiterfahren. Danach geht die erste Sitzung noch bis um 16 Uhr 30 Uhr weiter.

Pause von 15.00 Uhr bis 15.15 Uhr.

Präsident: Gut, wir sind wieder beschlussfähig. Wir fahren weiter beim Traktandum 5. Nein, bevor wir anfangen mit dem Traktandum 5, möchte ich noch schnell etwas zu Traktandum 4 sagen bezüglich der Abstimmung: Milena Daphinoff hat interveniert, weil sie falsch gedrückt hat. Einfach, damit es noch protokolliert und festgehalten ist: Das finale Schlussergebnis ist nicht so wie wie am Bildschirm dargestellt, sondern 48 Ja zu 14 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen. Das einfach noch der Vollständigkeit halber. Wir kommen zum Traktandum Nummer 5.

2013.SR.000100**5 Geschäftsprüfungskommission: Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2022**

Michael Burkard (GFL) für GPK: Merci, dass nach der Pause überhaupt ein paar Leute für dieses fesselnde Thema wieder hereingekommen sind. Es ist in dem Sinn wirklich interessant, weil wir sehr viele Sachen machen, die halt nicht immer grosse Wellen schlagen, aber auch sehr wichtig sind. Die Oberaufsicht hat ja nach Artikel 20 des Geschäftsreglements die Aufgabe, die Zweckmässigkeit, die Rechtmässigkeit, die Gesetzmässigkeit – häufig kein Thema –, aber auch die Wirksamkeit des Verwaltungshandelns in dieser Stadt anzuschauen. Gerade bei der Oberaufsicht über das Verwaltungshandeln kann man sagen, es gibt nur ein Thema, das in seiner Wirksamkeit ein paar Wellen aufgeworfen hat. Das war vorletztes Jahr, aber im März 2022 hat es noch die letzte Sitzung gegeben, bei der es darum gegangen ist, die Berichte des Gemeinderats zu Base4Kids zur Kenntnis zu nehmen. Und auch die eigene Untersuchung, die der Gemeinderat beim Büro Friedrich und Arn in Auftrag gegeben hat, also von Ueli Friedrich, zur Kenntnis zu nehmen. Und dort sind ja die Ergebnisse mehr oder weniger deckungsgleich gewesen. Man kann sich fragen, warum diese Untersuchung überhaupt vom Gemeinderat in Auftrag gegeben wurde. Gibt es eine Regelung? Wann hat wer Vorrang? Und warum muss man parallele Untersuchungen in Auftrag geben, wenn man zum gleichen Ergebnis kommt? Das nur so nebenbei. Das Ergebnis ist relativ einfach: Es gab vor allem Führungsprobleme, was bei IT-Projekten nicht so selten ist, weil ja dort häufig die Auftraggeber weniger Kenntnisse haben als diejenigen, die nachher den Auftrag ausführen. Da sind Führungsprobleme eigentlich fast inhärent in IT-Projekten. Man kann sagen, bei der Oberaufsicht hat es also nur ein Thema gegeben – Base4Kids – das die letzten Wellenschläge genommen hat, die noch zu reden gegeben haben. Sonst hat es im Rahmen der Oberaufsicht, bei den Themen, die nach Geschäftsreglement zu diskutieren sind – Wirksamkeit, Gesetzmässigkeit und so weiter – keine weiteren Bemerkungen gegeben. Alles andere nehme ich unter den Titel «Verwaltungsdialog»: Man hat den Dialog geführt mit dem Gemeinderat, mit der Verwaltung, mit Direktionsbesuchen und mit Delegationsbesuchen, die sehr intensiv waren. Das war eigentlich die Haupttätigkeit im ganzen Kapitel Oberaufsicht. Dort hat es auch vier Empfehlungen gegeben, die Ihr im Bericht lesen könnt, zu verschiedenen Themen, in die man sich im Dialog vertieft hat, eben im Austausch mit der Verwaltung und dem Gemeinderat. Die Empfehlungen könnt Ihr zur Kenntnis nehmen, die sind im Bericht dargelegt. Ansonsten hat auch GPK noch viele andere Aufgaben gehabt, darunter insbesondere zwei, nämlich die Vorgesetztenfunktion bei der Ombudsstelle und bei der neuen Datenaufsichtsstelle. Dort hat es ja eine Reglementsänderung gegeben. Mit der Revision vom Ombudsreglement ist neu unter anderem ein Anhörungsrecht statuiert worden bei polizeilichen Verfahren. Es wird zu prüfen sein, wie das funktionieren wird. Nachher, das andere Thema war, dass man die neue Leiterin von der Datenaufsicht, also der Fachstelle anstellen konnte. Und zwar in neun Sitzungen. Da muss ich meinem Vorgänger Thomas Glauser recht herzlich danken, und auch der ganzen Kommission. Sie haben sich unglaublich ins Zeug gelegt, um das Verfahren zusammen mit der Verwaltung sauber durchzuführen. Es ist nicht so einfach, wenn man plötzlich in einem Milizparlament eine Vorgesetztenfunktion und einen völlig anderen Blickwinkel einnehmen muss. Nicht alle machen das im Privatleben auch. Dort hat man Glück gehabt, dass man eine neue, sehr gute Leiterin – zumindest sind die Eindrücke sehr positiv von der neuen Leiterin der Datenschutzfachstelle – hat finden können. Was aber die Hauptarbeit war, die an

sich mit der Oberaufsicht, wie sie im Geschäftsreglement statuiert ist, nämlich die Rechtmässigkeit, Gesetzmässigkeit, Zweckmässig und Wirksamkeit, das alles klingt so wunderbar Wir haben uns vor allem mit Geschäftsreglementsrevisionen, mit denen uns der Stadtrat beauftragt hat, herumgeschlagen. Und das ist ein Riesen..., wenn man eigentlich fast nichts anderes macht, als Geschäftsreglementsänderungen diskutieren. Sie bekommen dann laufend nachher die Ergebnisse im Rat. Wir haben gesagt, dass ein Grossteil der Sitzungszeit eigentlich damit «verlorengeht». – Ich sage das jetzt mal in Anführungszeichen. Für das Kerngeschäft haben wir zu wenig Zeit. Das muss man objektiv feststellen. Wir haben beschlossen, wir bündeln die Anträge, die vom Rat immer noch kommen, und machen dann ein Revisionspäckchen, damit man einfach Zeit für die anderen Aufgaben freispielen kann. Das heisst aber auch, dass die Revisionen zum Teil länger warten werden. Anders geht es nicht. Sonst müsst Ihr eine Spezialkommission machen. Aber wir haben einen Auftrag durch das Reglement, eben die Rechtmässigkeit, Gesetzmässigkeit blabla zu prüfen, also die Oberaufsicht zu machen. Wir können nicht einfach noch mehr als zwei Drittel der Zeit mit Geschäftsreglementsänderungen verbringen. Darum behalten wir uns noch weitere Massnahmen vor, falls es nicht mehr geht. Das als Ausblick.

Ich möchte jetzt vor allem noch danken, nämlich meinen Freunden in der Kommission für die Superarbeit. Wir versuchen in einem Konsens – dort, wo es die Oberaufsicht betrifft – vorzugehen. Mir ist sehr wichtig, dass man eine breit abgestützte Empfehlung hat, oder was auch immer, gegenüber dem Gemeinderat und gegenüber unseren Partnern in der Verwaltung. Dass das wichtig ist, dass es eben nicht unbedingt eine konträrdiktorische Auseinandersetzung ist, sondern dass alle ihre Kenntnisse einbringen und probieren, gute Lösungen zu finden. Ich danke aber auch der Geschäftsleitung, die uns immer sehr gut begleitet und betreut, ohne sie wäre es gar nicht möglich. Wir haben dort Juristinnen, die uns sehr gut unterstützen. Deshalb wurde auch die Frage gestellt, warum es nachher noch einen Bericht vom Gemeinderat braucht in einer Angelegenheit wie Base4Kids, wenn man doch eigene Juristinnen und Juristen hat, die das auch machen können, zusammen mit der Kommission. Klammer geschlossen. Ich danke aber auch dem Gemeinderat und der Verwaltung, dass es nur einen Fall gegeben hat, der noch ein bisschen Wellen geworfen hat. Das zeigt, soweit wir es beurteilen können. Die Tiefe der Kontrolle ist fraglich, aber soweit wir es ein bisschen beurteilen können, ist da nur ein Fall gewesen, der im Rahmen der Oberaufsicht zu reden gegeben hat. Der ist nun erledigt. In diesem Sinn danken wir dem Gemeinderat und der Verwaltung für die – soweit beurteilbar – gute Leistung, die erbracht worden ist. Merci.

Präsident: Ich frage in die Runde: Ist Diskussionsbedarf vorhanden zu diesem Bericht? Scheint nicht so zu sein, dann hätte das Wort der Gemeinderat, wenn er wünscht. Er verzichtet. Dann könnten wir hier zur Abstimmung über den Bericht der Kommission. – Ah nein, Entschuldigung, das war falsch, ein Fehler. Korrigiere: Den Bericht der Kommission nehmen wir ohne Abstimmung zur Kenntnis. Danke der Kommission für die Arbeit.

Stillschweigende Kenntnisnahme

2004.SR.000166

6 Ombudsstelle und Datenschutzaufsichtsstelle: Tätigkeitsbericht 2022

Seraphine Iseli (GB) für die GPK und für die Fraktion: Heute nehmen wir zum letzten Mal den gemeinsamen Tätigkeitsbericht der Ombuds- und Datenschutzstelle zur Kenntnis. Wie Ihnen allen bekannt ist, sind die beiden Stellen per Anfang dieses Jahres getrennt worden. Darum gibt es dann für das Geschäftsjahr 2023 einen Tätigkeitsbericht für die Ombudsstelle und einen anderen für die Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz kurz: FADS. Der Prozess der Neugründung der FADS ist natürlich sehr präsent gewesen im vergangenen Geschäftsjahr. Mit der Trennung der zwei Bereiche sind auch zwei neue Reglemente oder teilerevidierte Reglemente einhergegangen; also das Datenschutzreglement ist neu ausgearbeitet worden und das bestehende Ombudsreglement ist revidiert worden. Sie sind ja beide auch im Stadtrat beraten worden. Der Tätigkeitsbericht 2022 ist noch ähnlich aufgebaut wie in den vergangenen Jahren. Im Teil der Ombudsstelle ist zuerst ein allgemeiner Rückblick über das Tätigkeitsjahr 2022 zu lesen, nachher ein kurzes Schwerpunktthema «Information über die Vernetzungsarbeit der Ombudsstelle» und ein paar statistische Daten, die uns erlauben, die Tätigkeit der Ombudsstelle 2022 mit der Tätigkeit aus den vergangenen Jahren zu vergleichen. Danach gibt es den Teil «Einblick in die Praxis», wo jeweils konkrete Fallbeispiele geschildert werden und auch, was die Ombudsstelle in diesen konkreten Fällen erreicht hat. Bei der Datenschutzstelle wird zuerst auf die Trennung der beiden Stellen eingegangen. Danach gibt es ein Interview mit der neuen Leiterin, Sophie Haas, danach statistische Daten und Einblicke in die Praxis. Gegenüber dem letzten Jahr ist ein leichter Anstieg der behandelten Fälle zu verzeichnen. Insgesamt hat es bei der Ombudsstelle 741 Dossiers und Anfragen gegeben und in 240 Fällen ist ein Dossier eröffnet worden. Bei den restlichen Anfragen hat eine einfache Antwort genügt oder die Ombudsstelle war der falsche Ort für die Anfrage. Von der Art der Dossiers her sieht man, dass die Whistleblowing-Fälle etwa gleichgeblieben sind. Die verwaltungsexternen Fälle haben etwas zugenommen und die verwaltungsinternen Fälle leicht abgenommen. Bei der Datenschutzstelle ist ebenfalls ein Anstieg der Fälle zu verzeichnen. Im Jahr 2022 hat es 183 Anfragen gegeben und 119 Dossiers sind eröffnet worden. Eine besondere Qualität der Ombudsstelle ist die Niederschwelligkeit, um sich erste Unterstützung holen zu können, wenn man sich von der Verwaltung oder von Vorgesetzten ungerecht behandelt fühlt oder einfach eine Frage hat. Die Niederschwelligkeit ist eine grosse Chance, aber gleichzeitig auch eine grosse Herausforderung. Die Ombudsstelle ist immer wieder aufs Neue herausgefordert, sich bei den neuen Mitarbeitenden bekanntzumachen sowie auch in der Öffentlichkeit. Das ist im Interesse aller, weil die Ombudsstelle helfen kann, die Akzeptanz von staatlichem Handeln zu verstärken und die Behörden, also die städtische Verwaltung, zu entlasten. Die städtische Ombudsstelle nimmt auch seit ein paar Jahren eine Vorbilderrolle ein, um für andere Gemeinden, aber auch für den Kanton, ebenfalls Ombudsstellen zu eröffnen. Die GPK dankt Mirjam Graf herzlich für die Leitung der Ombuds- und Datenschutzstelle im vergangenen Jahr und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihr. Wir freuen uns auch auf die Zusammenarbeit mit der neuen Datenschutzbeauftragten Sophie Haas, die die neue Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz seit Anfang Februar leitet. Die GPK empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Tätigkeitsbericht positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Dann würde ich gleich das Votum der GB/JA-Fraktion anhängen: Für unsere Fraktion ist die Arbeit der Ombudsstelle sehr, sehr wichtig. Wir sind überzeugt, dass solche

unabhängigen Stellen das Vertrauen in die Stadtverwaltung und in die staatlichen Stellen allgemein sehr fördern. Für das ist es sehr wichtig, dass die Unabhängigkeit wirklich sichergestellt wird und auch gegen aussen vermittelt wird. Gerade für Menschen, die allgemein keine guten Erfahrungen mit staatlichen Stellen gemacht haben, ist es wichtig, dass man sehr sensibel mit ihnen umgeht. Einen grossen Vorteil der Ombudsstelle sehen wir in der Niederschwelligkeit und der einfachen Zugänglichkeit. Und wir finden es daher super, dass man sich über die verschiedenen Kanäle und bei Bedarf auch anonym an die Ombudsstelle wenden kann und eine Antwort bekommt. Für uns ist es zentral, dass die Ombudsstelle einen maximalen Bekanntheitsgrad innerhalb der Verwaltung hat. Wir begrüssen deshalb alle Bemühungen, die gemacht werden, um die Ombudsstelle und ihre Funktion bei den neuen Mitarbeitenden der Stadt bekanntzumachen, aber auch bei den langjährigen Mitarbeitenden immer wieder in Erinnerung zu rufen. Wir finden es auch wichtig, dass dies auch gegenüber der Öffentlichkeit gemacht wird. Wir würden bitten, im nächsten Tätigkeitsbericht aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, um die Ombudsstellen auch der Bevölkerung bekannter zu machen. Wir denken hier zum Beispiel auch an Sanspapiere und Asylsuchende, für die die Unterstützung durch die Ombudsstelle auch sehr relevant sein könnte, aber denen die Stelle bisher nur wenig bekannt ist. Zum Schluss möchte ich im Namen der GB/JA-Fraktion den beiden Leiterinnen der Ombuds- und der Datenschutzfachstelle sehr herzlich für ihre tägliche Arbeit danken: Danke.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Ich möchte kurz Danke sagen, dass wir letztes Jahr, in dem ich ja das Präsidium innegehabt habe, dass wir in der Geschäftsprüfungskommission alle so gut miteinander zusammengearbeitet haben. Es ist nicht selbstverständlich, dass das ganze Parlament hier einstimmig beschliesst, dass man die Datenschutzstelle ausschreibt, und dass alle dafür sind. Das ist sehr selten hier in diesem Raum. Das freute mich sehr. Ich möchte aber auch der Aufsichtskommission danken, die hervorragende Arbeit geleistet hat. Herzlichen Dank. Dem HR, also Herrn Gimmel möchte ich hier auch noch danken, und vor allem auch Mirjam Graf mit ihrem Team. Das ist wirklich Weltklasse gewesen, was da geleistet worden ist. Herzlichen Dank. Wir von der SVP-Fraktion stimmen diesem Bericht positiv zu.

Präsident: Kurze Zwischenbemerkung: Es wurde gemeldet, dass auf der Frauentoilette ein Handy herumliegt. Wenn jemand ein Handy vermisst, wäre das dort abzuholen.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Ich will es kurz machen. Zuerst einmal: Dank an die Ombudsstelle und an die Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz für den Bericht. Ich möchte nicht allzu viel ergänzen. Vielleicht ist einfach wichtig, zu erwähnen, dass die Hälfte der Fälle aus der BSS kommen und 22 Prozent aus der SUE. Es geht dort vor allem um Anliegen von Armutsbetroffenen oder Schulkindern. Um Leute, gerade bei der SUE, die zu den Schwächeren in unserer Gesellschaft gehören. Es geht um die Bewältigung des Alltags, aber auch um Aufenthaltsbewilligungen und die damit manchmal verbundene Unsicherheit. Genau so geht es auch um die Gewerbetreibenden und um ihre berechtigten Anliegen. Es ist von Vorteil für die Stadt, hier die entsprechenden Rückmeldungen zu erhalten für ihre Arbeit, um einfach nicht im luftleeren Raum arbeiten zu müssen. Wichtig ist natürlich auch beim Datenschutz, gerade bei Themen wie «Videoüberwachung» oder bei vielen anderen Fragen, dass diese der heutigen Zeit entsprechend bearbeitet werden. Gerade bei der Videoüberwachung der Velostationen ist zweifellos zu wenig, beziehungsweise zu spät gehandelt worden. Wichtig ist und bleibt das Thema «Datenschutz», auch bei der Verwendung von Software und Apps

durch die Stadtverwaltung oder rundherum. Das beginnt bei der richtigen App für den Klassenchat an den Schulen, aber genauso wichtig ist natürlich – gerade jetzt und auch in Zukunft – die Auswahl der richtigen Software für die Stadtverwaltung, gerade wenn es um den Schutz der Daten unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen geht. Ja, die SP/Juso-Fraktion empfiehlt euch, den Bericht der Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle für 2022 positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hätte noch jemand aus dem Gemeinderat das Wort, wenn gewünscht. Das wird nicht gewünscht. Danke vielmals. Auch hier gibt es keine Abstimmung. Wir nehmen in dem Fall den Bericht der Kommission zur Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle ohne Abstimmung zur Kenntnis.

Stillschweigende Kenntnisnahme.

2023.TVS.0108

7 **Entsorgung + Recycling Monopol (PG870100): Ersatzbeschaffung Service- und Einsatzfahrzeug; Kredit**

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Ich kann es recht kurz machen. Es geht um die Ersatzbeschaffung eines Service- und Einsatzfahrzeugs, also nicht um ein Kehrrichtfahrzeug. Es geht eigentlich darum, dass das Fahrzeug jetzt sein Betriebsalter von 13 Jahren erreicht hat, und Entsorgung und Recycling Bern es gerne ersetzen würde. Das Fahrzeug kommt vor allem bei den Sammelstellen und Unterflursammelstellen zum Einsatz, wenn sie gereinigt oder herausgehoben werden müssen etc., einfach, wenn dort Arbeiten anstehen. Es hat sich zudem herausgestellt, dass das Fahrzeug, das bis jetzt im Einsatz gewesen ist, eigentlich mit den stetig steigenden Anforderungen – Ja, man kann sagen, dass es überfordert ist, und dass es darum jetzt ein Fahrzeug braucht, das ein bisschen mehr Leistung hat, welches vor allem auch grösser ist und mehr arbeiten kann oder einfach besser geeignet ist für das Ganze. Neu soll es ein Vollelektro-Lastwagen mit 19 Tonnen Gesamtgewicht sein. Das Vorgängerfahrzeug hat ein Gesamtgewicht von nur 7,5 Tonnen. Es ist also wirklich ein bisschen kleiner. Die Kommission hat das Geschäft einstimmig durchgewunken. Der Kredit beläuft sich auf 585'000 Franken. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Die Kommission empfiehlt Ihnen das Geschäft zur Annahme.

Erich Hess (SVP) für die Fraktion: Im Namen der SVP oder eines grösseren Teils der SVP-Fraktion bitte ich Sie, dieses Geschäft abzulehnen aus verschiedenen Gründen: Erstens müssen wir die angespannte finanzielle Lage der Stadt Bern anschauen. Das Fahrzeug ist sicher schon 13-jährig. Das ist aber grundsätzlich für ein Fahrzeug, das im Kommunalverkehr ist, kein Problem, da es nicht sehr viele Kilometer fährt. Zur Problematik vom zu kleinen Kran: Ich glaube, es ist jetzt schon 13 Jahre unterwegs gewesen, da lassen sich noch ein paar wenige Jahre überbrücken, bis man nachher ein neues Fahrzeug kauft. Kommt hinzu, dass geplant ist, dass man einen Elektrolastwagen kauft. Ich gehe nicht davon aus, dass diese schon genug ausgetüftelt sind, so dass sie einwandfrei funktionieren. Man hat ja gerade erst von den drei Elektro-Bundesratslimousinen lesen können. Es hiess, dass zwei von diesen drei Limousinen bereits für längere Zeit in der Garage stehen müssen, bis sie wieder geflickt sind. Ich bitte Sie, auf eine zuverlässige Technik abzustützen, die bewährt ist, und von der man weiss,

dass sie auch viel günstiger ist als ein Fahrzeug, das viel teurer in der Anschaffung ist, also ein Elektrofahrzeug. Ich bitte sie deshalb, diesen Kredit abzulehnen. Der Gemeinderat soll ein paar Jahre später dann mit einem Kredit für einen neuen Diesellastwagen kommen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein, dann hätte Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich kann es kurz machen: Das Service- und Einsatzfahrzeug mit Kran hat wirklich das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht und muss ersetzt werden. Falls kein Ersatz erfolgt, muss mit erhöhten Unterhaltskosten und allenfalls sogar mit Ausfällen gerechnet werden. Also sparen tut man dann wirklich gar nichts. Anstelle des bisherigen Dieselfahrzeugs soll wirklich ein Vollelektro-Lastwagen beschafft werden. Dies leistet natürlich auch einen Beitrag an die Reduktion des CO₂-Ausstosses der städtischen Fahrzeugflotte und natürlich auch an das Erreichen der Klimaziele. Dieser Lastwagen wird über einen etwas grösseren Kran verfügen als der Bisherige. Janosch Weyermann hat das schon erwähnt. Dadurch können die Abläufe beim Service und bei den Reparaturarbeiten einfacher, effizienter und kostengünstiger gestaltet werden. Das führt dann auch wieder zu Einsparungen. Ich denke, das ist eine gute Geschichte. Ich wäre froh, wenn sie dem Kredit zustimmen würden.

Abstimmung

2023.TVS.0108: Kredit

Annahme

Ja	58
Nein	5
Enthalten	1

[Namensliste](#) 006

Präsident: Sie haben dem Kredit zugestimmt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 8. Hier geht es um einen Nachkredit.

2014.TVS.000217

8 I5100385, Fr. 500 000.00, Einführung eines öffentlichen Veloverleihsystems für die Stadt Bern; Nachkreditbegehren

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Finanzkommission: Ich rede zu beiden Traktanden 8 und 9, zwei Nachkreditbegehren. Wir haben diese diskussionslos angenommen in der FIKO. Es ist eine reine Formalie. Wir können diese Nachkreditbegehren nicht abschliessend behandeln. In der FIKO ging es einmal um einen Nachkredit von 2000 Franken und das zweite Mal um einen Nachkredit von 6000 Franken. Diese waren völlig unbestritten. Ihr könnt diesen zwei Nachkrediten ohne Bedenken zustimmen.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Auch von meiner Seite ganz kurz. Es handelt sich um Nachkredite, die die FIKO, wie der Vorredner gesagt hat, einstimmig beschlossen hat. Es geht um sehr tiefe Prozentzahlen von 0,3 und 0,6 Prozent. In diesem Sinn, glaube ich, müssen wir nicht gross darüber diskutieren. Wir würden Ihnen vorschlagen, dass Sie das annehmen.

Präsident: Es gibt keine weiteren Voten. Marieke Kruit verzichtet. Dann würden wir trotzdem schnell darüber abstimmen.

Abstimmung

2014.TVS.000217: Nachkredit

Annahme

Ja	58
Nein	6
Enthalten	0

[Namensliste 007](#)

Präsident: Sie haben dem Nachkredit zugestimmt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 9. Das ist auch ein Nachkreditbegehren, wie wir vorher schon gehört haben für Entsorgung und Recycling, für die Beschaffung zweiter Lastwagen mit Hakenaufnahme und Kran. Das Kommissionsvotum ist schon gehalten worden. Besteht noch zusätzlicher Diskussionsbedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Frau Gemeinderätin verzichtet ebenfalls.

2019.TVS.000134

9 18700149, Fr. 931 605.00, Entsorgung + Recycling Monopol (PG870100): Beschaffung zweiter Lastwagen mit Hakenaufnahme und Kran; Nachkreditbegehren

Präsident: Ich gehe davon aus, dass das Geschäft bestritten ist, deshalb würden wir schnell darüber abstimmen.

Abstimmung

2019.TVS.000134: Nachkredit

Annahme

Ja	60
Nein	5
Enthalten	0

[Namensliste 008](#)

Präsident: Der Nachkredit ist angenommen worden.

Präsident: Es gibt einen **Ordnungsantrag** von Anna Jegher.

Anna Jegher (JA!), Antragstellende: Ich stelle den **Ordnungsantrag**, Traktandum 10 zu verschieben, weil die Mitglieder des Jugendparlaments, die gerne zuhören kommen würden, noch nicht da sind, da sie gedacht haben, es gehe ein bisschen länger.

Abstimmung

2019.TVS.000134: Ordnungsantrag Jegher (Verschieben von Traktandum 10)

Annahme

Ja	56
----	----

Nein	8	
Enthalten	0	Namensliste 009

Präsident: Dem Ordnungsantrag wurde zugestimmt. Ich würde es einfach so machen, dass wir Traktandum 10 einfach nach einem Votum einfügen, wenn die entsprechenden Besucher vor Ort sind. Wir fahren in dem Fall weiter mit Traktandum 11, das ist die zweite Lesung zur Anpassung an das kantonale Volksschulrecht.

Traktandum 10 wird verschoben.

2020.BSS.000049

11 Anpassungen an die Änderungen des kantonalen Volksschulrechts (besonderes Volksschulangebot): Reglement vom 30. März 2006 über das Schulwesen (Schulreglement; SR; SSSB 430.101); Teilrevision; 2. Lesung

Präsident: Die zweite Lesung bedeutet wie immer, dass die Fraktionsvoten, inklusive der Antragsbegründungen, bereits in der ersten Lesung diskutiert wurden. Ich bitte alle Ratsmitglieder, sich in ihren Voten auf die Änderungen oder Neuerungen zu beschränken.

Sarah Rubin (GB) für die SBK: Michael Hoekstra hat es gesagt, das Geschäft ist schon in der ersten Lesung diskutiert. Es ist einfach wegen eines Antrags der SVP in die zweite Lesung gerutscht. Deshalb werde ich es nicht noch einmal ausführlich vorstellen. Der Antrag der SVP zielt zusammengefasst darauf ab, dass Lehrpersonen, die auch in der Betreuung arbeiten, also in der Tagesbetreuung, nicht automatisch, nur weil sie an der HPS arbeiten, einen höheren Lohn erhalten als andere Lehrpersonen. Das kann man so der Begründung des Antrags entnehmen. In der SBK wurde dieser Antrag grossmehrheitlich abgelehnt. Die SBK ist der Begründung des Gemeinderats gefolgt, der auch dafür plädiert, den Antrag abzulehnen. Zusammengefasst lautet dessen Begründung so: Der Bereich Tagesbetreuung ist nicht an kantonal definierte Anstellungsbedingungen gebunden. Dieser Antrag hätte, entgegen der Absicht der SVP, zur Folge, dass Lehrpersonen der besonderen Volksschule automatisch in eine höhere Gehaltsklasse für ihre allfällige Arbeit in der Tagesbetreuung kämen als Lehrpersonen, die auch in der Tagesbetreuung arbeiten, aber eben nicht an der besonderen Volksschule. Es steht im Antrag, dass Lehrpersonen für effektiv geleistete Arbeitsstunden entschädigt werden sollen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die nicht extra in einem Artikel geregelt werden muss. Denn Artikel, die Selbstverständlichkeiten festschreiben, könnten die Frage erwecken, ob es vielleicht an einem anderen Ort eine andere Regel gebe. Der Artikel 60 Absatz 3, wie ihn der Gemeinderat vorsieht, schafft nur die Möglichkeit, dass bei Lehrpersonen der besonderen Volksschule eine höhere Gehaltsklasse eingeführt werden könnte. Lehrpersonen der besonderen Volksschule sind gemäss kantonalen Vorgaben nämlich fix in die Gehaltsklasse 10 eingeteilt. Momentan sind Lehrpersonen, die auch in der Tagesbetreuung arbeiten, fix in die Gehaltsklasse 7 eingeteilt. Für die besonderen Volksschulen besteht mit dem Artikel also dann die Möglichkeit, dass Lehrpersonen der besonderen Volksschule für ihre allfällige Tätigkeit in der Tagesbetreuung in eine höhere Gehaltsklasse eingeteilt werden können als in die Klasse 7. Aufgrund dieser Möglichkeit, die da geschaffen wird, kann dann auch sozialpartner-

schaftlich verhandelt werden. Ich würde noch kurz darauf eingehen, weshalb eine bessere Gehaltsklasse für diese Personen überhaupt wichtig ist oder als Möglichkeit definiert werden sollte: Gerade im Bereich der besonderen Volksschule ist Konstanz für die Kinder besonders wichtig. Die Gruppen sind in der Regel kleiner als in der Regelschule. Wenn man es anders regeln würde, wäre es sehr schwierig, genug Betreuungspersonal zu finden. Die Situation ist insofern nicht ganz die gleiche wie in der Regelschule. Ausserdem befindet sich das Angebot der Tagesbetreuung der PH Bern im Aufbau. Eltern von Kindern mit Behinderung nehmen ein solches neues Angebot wahrscheinlich nur dann wahr, wenn sie davon ausgehen können, dass die Tagesbetreuung den besonderen Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht wird. Das bedingt nämlich viel Spezialwissen, das bei den Lehrpersonen der besonderen Volksschule vorhanden ist, und nicht einfach durch eine neue Einstellung abgedeckt werden könnte. Dieser Artikel wird also eingeführt, damit der Aufbau und der Übergang zur Tagesbetreuung in der besonderen Volksschule überhaupt gewährleistet werden können. Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen die SBK, wie gesagt, weitgehend diskussionslos und grossmehrheitlich, den Antrag der SVP abzulehnen.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich begründe den Antrag und tue vor allem noch gewisse Ausführungen machen. Wir haben uns innerhalb der Fraktion überlegt, ob wir den Antrag zurückziehen oder nicht zurückziehen wollen. Sie haben es eben wieder gehört: Die Stadt will partnerschaftlich verhandeln und eben die Leute auch höher einstufen. Wir sind der Meinung ... Wir kennen die angespannte Finanzpolitik. Wir wissen, wir haben jetzt gerade wiederum mit dem Personalreglement schön viel Geld nachgegeben. Wir haben einfach Angst, dass man noch weiterhin mehr Geld ausgibt. Und zwar werden dann alle quasi automatisch nachher höher eingestuft. Und Ihr seht – das ist für mich eben das Wichtige –, dass gemäss Volksschulgesetz die Gemeinden im Bereich der Tagesbetreuung in der Ausgestaltung der Anstellungsbedingungen frei sind. Das haben wir auch schon abgeklärt. Und ich bin der Meinung, angesichts dieser Finanzlage ist es nicht zu rechtfertigen, dass wir hier jetzt eine Variante haben, bei der man dann praktisch eben gleich alle höher einstuft. Die Stadt Bern wird das machen, weil die Stadt Bern das Tagesangebot weiter ausbauen will. Und damit man dort Leute hat, muss man im internen Konkurrenzkampf mit den anderen Gemeinden Vorteile haben. Wir sind der Meinung, man könne das bei dieser Finanzlage nicht rechtfertigen. Deshalb halten wir unseren Antrag aufrecht. Wenn er abgelehnt wird, werden wir konsequenterweise natürlich auch das Reglement ablehnen.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: In der zweiten Lesung vom Schulreglement geht es jetzt noch um einen Antrag der SVP. Dieser betrifft den Artikel 60f Absatz 3. Wie wir gerade gehört haben, beabsichtigt die SVP mit diesem Antrag, dass Lehrpersonen der besonderen Volksschule keinen höheren Lohn für ihre Tätigkeit in der Tagesbetreuung erhalten. Im Antrag fordert sie, dass Lehrpersonen für ihre Arbeit in der Tagesbetreuung nach der kantonalen Gesetzgebung über die Lehrerinnen- und Lehreranstellung entlohnt werden sollen. Gemäss den kantonalen Vorgaben sind Lehrpersonen an der besonderen Volkshochschule der Gehaltsklasse 10 zugeteilt. Entgegen dem Anliegen der SVP bedeutet dies, dass Lehrpersonen in der Tagesbetreuung an der besonderen Volkshochschule automatisch einer höheren Gehaltsklasse zugeteilt werden als Lehrpersonen, die Tagesbetreuung an der Regelschule machen. Die revidierte Version von Absatz 3, so wie er uns vorgeschlagen wird, schafft die Möglichkeit, dass bei der besonderen Volkshochschule die Lehrpersonen für ihre Arbeit einer höheren Gehaltsklasse zugeteilt werden als Angestellte, die in der Tagesbetreuung in der Regelschule

arbeiten. Die Formulierung, so wie wir sie vorliegend haben oder wie sie vorgeschlagen wird, macht es möglich, dass eben sozialpartnerschaftlich festgelegt werden kann, welche Lohnstufe jetzt genau in der Tagesbetreuung der besonderen Volkshochschule gelten soll. Die Möglichkeit, dass die Tagesbetreuung in der besonderen Volkshochschule höher entlohnt werden kann, ist wichtig. Die Ausgangslage ist, wie Sarah Rubin auch schon gesagt hat, eben nicht die gleiche wie in der Regelschule. Die Gruppen sind kleiner, der Betreuungsaufwand pro Kind ist, so wie es auch bei den besonderen Volksschulklassen der Fall ist, wesentlich höher. Für diese Arbeit werden ein gewisses Spezialwissen und eine gewisse Erfahrung vorausgesetzt. Dieses Spezialwissen und diese Erfahrung bringen die Lehrpersonen und die weiteren Mitarbeiter*innen der besonderen Volkshochschule mit. Mit einer anderen Regelung wäre es eben schwierig, genügend und richtig qualifiziertes Personal für die Tagesbetreuung zu finden. Die SP/JUSO-Fraktion wird aus diesem Grund den SVP-Antrag ablehnen und das revidierte Schulreglement annehmen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten, denn die Fraktionen haben ja schon mal geredet. Dann kämen wir zu den Einzelvoten.

Barbara Nyffeler (SP), Einzelvotum: Ich möchte auf das Votum vom Alexander Feuz zurückkommen: Du hast den Sparhammer und die finanziellen Engpässe hervorgehoben. Ich gehe davon aus, du meinst den Kanton damit, weil die besonderen Volksschulen zu 100 Prozent vom Kanton finanziert werden. Sie kosten in dem Sinn ein bisschen Administration im Schulamt, aber wir haben einen Leistungsvertrag für das Ganze und für jedes Kind, für jede Schülerin und jeden Schüler, die oder der ein Spezialsetting braucht. Die Stadtfinanzen leiden darunter also nicht.

Präsident: Gut, ich sehe keine weiteren Voten aus dem Rat. Dann hätte das Wort Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Hier geht es um das revidierte Volksschulgesetz des Kantons, das seit dem 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt ist. Insbesondere geht es um neue Bezeichnungen. Dieselben stehen heute nicht mehr zur Diskussion, denn wir haben sie in der ersten Lesung schon behandelt. Aber ich finde, wir in der Stadt Bern können stolz sein. Wir konnten nämlich eine ganz neue besondere Volksschule in Bümpliz eröffnen. Ich lade Sie ein, diese zu besuchen. Es ist wirklich ein sehr schöner Ort geworden in Bümpliz. Es war damals in der Debatte dem Stadtrat sehr wichtig, dass man wirklich schaut, dass die besondere Volksschule mit der Volksschule, die schon vor Ort ist, gut vernetzt sein wird. Ich glaube, dort kann viel Integration in Richtung Inklusion entstehen. Kommen wir zum Antrag der SVP: Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderats, diesen abzulehnen, und somit der Mehrheit der Kommission zu folgen. Ich persönlich finde die Argumentation der SVP ein bisschen speziell, indem sie sagt, der Gemeinderat wolle dann sowieso alle in eine höhere Lohnklasse einstufen. Wir haben im Schulreglement festgelegt, in welcher Lohnstufe alle Tagesschulbetreuerinnen und -betreuer abgegolten werden: Das ist die Lohnklasse 7. Das gilt für die Volksschule. Wir haben nicht die Absicht, das zu ändern, ansonsten hätten wir es ja nicht gerade erst vorgeschlagen. Wenn die SVP jetzt alle Betreuungspersonen der besonderen Volksschulen in die Lohnklasse 10 einreihen will, macht sie eigentlich genau das Gegenteil von dem, was sie in der Begründung schreibt. Sie schreibt nämlich in der Begründung, sie wolle nicht, dass diese Lehrpersonen höher eingereiht seien als die anderen. Also ich persönlich verstehe diese Argumentation nicht. Von den besonderen

Volksschulen wurde insbesondere gewünscht, dass man sozialpartnerschaftlich miteinander verhandeln kann, wie die Anstellungen aussehen. Es ist klar, dass es zusätzliche Ressourcen braucht, um eine Tagesschule zu betreuen. Ich glaube, wenn man weiss, was dort für Kinder auch betreut werden. Von dem her lässt die Formulierung des Gemeinderats eben die Möglichkeit offen, dass man zusammen mit den Sozialpartner*innen in eine gute Lösung aushandeln kann.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den entsprechenden Antrag der SVP. Wir stimmen zuerst über diesen ab. Das ist Antrag SVP mit der Fussnote Nummer 2 auf Seite 39. Wir stimmen ab.

Antrag zur 2ten Lesung

<p>Art. 60f Anstellung ¹ (unverändert) ² (unverändert) ³ (neu) <i>Lehrerinnen und Lehrer an Schulen oder Klassen des besonderen Volksschulangebotes können für die Tagesbetreuung im Bereich dieses Angebots gehaltsmässig höher eingestuft werden als Lehrpersonen, die im Regelschulbereich tätig sind.</i></p>	<p>Antrag SVP: ³ <i>Lehrerinnen und Lehrer an Schulen oder Klassen des besonderen Volksschulangebotes werden für die von ihnen effektiv geleisteten Mehrarbeiten nach den für sie geltenden LohnEinstufung gemäss der kantonalen Gesetzgebung über die Lehreraustellung entschädigt. können für die Tagesbetreuung im Bereich dieses Angebots gehaltsmässig höher eingestuft werden als Lehrpersonen, die im Regelschulbereich tätig sind.</i></p>
--	---

Abstimmung

2020.BSS.000049: Antrag SVP zu Artikel 60f Absatz 2	
Ablehnung	
Ja	4
Nein	56
Enthalten	3
Namensliste 010	

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung

2020.BSS.000049: Teilrevision	
Annahme	
Ja	56
Nein	6
Enthalten	1
Namensliste 011	

Präsident: Die Anpassung ist angenommen worden. Wir sind früher dran, als geplant im Moment. Ihr seht, Alec von Graffenried ist noch da. Ich erlaube mir deshalb, jetzt direkt in die Sachgeschäfte einzusteigen. Wir kommen in diesem Fall zum Traktandum Nummer 16.

Traktandum 15 wird verschoben.

2022.PRD.000061

16 Provisorium Volksschule Steigerhubel; Projektierungs- und Baukredit

Ursula Stöckli (FDP) für die PVS: So ein bisschen eine Vorwarnung wäre gut gewesen. Ich mache es kurz. Ich habe meine Unterlagen gerade nicht dabei, weil wir das Geschäft dermassen kurzfristig vorgezogen haben. Aber ich habe es aus der Kommission etwa noch im Kopf. Wir haben einmal mehr die Ausgangslage, dass wir Schulraumbedarf haben im Raum Steigerhubel/Schlossmatt. Es ist ein Areal, auf dem auch die Kirchgemeinde ist. Auf der Parzelle ist auch der Kanton und eben die evangelisch-reformierte Gesamtkirche. Die Stadt hat dort ein Schulgebäude und dann hat es auch noch eine Altersresidenz von Domizil. Wir machen dort ein Provisorium, so dass nachher umgebaut werden kann, damit man danach den nötigen Schulraum hat. Der Standort ist zwischen der Gewerbeschule und den Turnhallen. Wir haben das in der Kommission besprochen. Es ist eine Modulbauweise und es sind keine Container. Das Provisorium ist in Modulbauweise. Wir reden hier von 6,93 Millionen Franken, die wir jetzt heute Abend oder heute Nachmittag bewilligen müssten. Das ist in der Kommission völlig unbestritten gewesen. Der Baubeginn wäre dann im Oktober 2023. Das Bauende wäre in einem Jahr, im Juni 2024. Die Übergabe an den Betrieb wäre im Juli 2024. Das Schulraumprovisorium ist sehr zentral. Es ist angebunden an die Volksschule Steigerhubel und schafft dort wirklich auch Platz für den provisorischen Schulbetrieb. Die Kommission empfiehlt dieses Geschäft einstimmig zur Annahme.

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst sehr, dass jetzt dem Schulraumbedarf dort entgegenkommen wird mit diesem Provisorium, und dass auch eine Zwischenlösung gefunden worden ist mit der Einmietung in das Kirchgemeindehaus. Wir hoffen aber sehr stark darauf, dass nachher für das Gesamtprojekt wirklich die kantonale Gewerbeschule übernommen werden darf, denn es gibt ja immer noch die ganze Diskussion über den Hartplatz, für den ursprünglich geplant war, überbaut zu werden. Wir sind auch froh, dass das Provisorium jetzt dort auf dem Rasenplatz zu liegen kommen kann. Deshalb werden wir dieser Kreditvorlage zustimmen.

Präsident: Es folgen keine weiteren Fraktionsvoten und anscheinend auch keine Einzelvoten. Dann hat Alec von Graffenried hier das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Es ist wunderbar, so nahe bei Ihnen zu sein. Also herzlich willkommen. Ich habe keine weiteren Bemerkungen. Ich glaube, es ist gut, wenn wir mit der Volksschule Steigerhubel weiterfahren können. Die grosse Frage, die sich an diesem Standort stellt, ist, ob wir es schaffen, mit dem Kanton das Gespräch zu suchen, damit wir eine weitere Schule an diesem Standort übernehmen können. Das wird die Planung am stärksten beeinflussen für die Zukunft. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Geschäft, das in der Kommission unbestritten war, so zustimmen können.

Abstimmung

2022.PRD.000061

Annahme

Ja	58
Nein	1

Enthalten 0

[Namensliste](#) 012

Präsident: Sie haben dem Projektierungs- und Baukredit zugestimmt.

2005.SR.000129

17 Motion Fraktion SVP/JSVP (Beat Schori, SVP) - übernommen durch Erich Hess (SVP): Keine Steuergelder für Abstimmungskämpfe; Abschreibung

Präsident: Der Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung ist bestritten. Ich erteile das Wort dem Kommissionssprecher Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die SBK: Ich bin jetzt hier gerade ein bisschen überrumpelt worden. Ich habe mich nicht gross auf das Geschäft vorbereitet. Es ist auch ein bisschen ein Missverständnis gewesen, aber unsere Fraktion ist grossmehrheitlich dafür. Die Kommission ist der Meinung, dass man das Geschäft abschreiben will, so, wie es jetzt vorliegt. Sind dazu noch Fragen? – Ist gut, alles klar. Ja, das ist jetzt ein bisschen spontan. Ich wurde da ein bisschen ins kalte Wasser geschossen. Ich hoffe, Ihr habt Verständnis, ohne es mir zu sehr anzukreiden. Ich kann sagen, was grundsätzlich eigentlich nachher bei uns beschlossen worden ist, dass wir einfach grossmehrheitlich dafür sind, dass man die Motion abschreiben tut.

Präsident: War das auch gleichzeitig das Fraktionsvotum? – Nein. Dann sind wir jetzt noch bei den Einreichenden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich halte das Votum für die SVP. Wir sind klar gegen die Abschreibung. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Kommission grossmehrheitlich die Motion abschreiben will. Es ist eine alte Motion. Sie ist von 2005. Sie ist damals unter anderen auch von Dolores Dana und Christian Wasserfallen unterschrieben worden. Es war also damals eine ganz grosse Gruppe, die das unterschrieben hat, sogar auch Anna Coninx. Ihr seht, um was es geht: Wir sagen, dass es zu heikel sei. Das war damals eine Abstimmung, bei der eben EWB und Bernmobil mit ihrem Geld selbst in den Abstimmungskampf eingriffen. Und da wollten die Motionäre, dass man die reglementarischen Voraussetzungen schafft, dass man weder mit Steuergeldern noch mit Geld aus öffentlichen Unternehmungen einen Abstimmungskampf durchführt. Jetzt sagt der Gemeinderat, es sei eigentlich nicht mehr nötig, man könnte das alles ersatzlos streichen. Es habe dies ja schon lange nicht mehr gegeben; es gebe keine solchen Fälle. Und genau das ist eben der Grund, wieso ich dem Gemeinderat nicht glaube. Wie oft habe ich schon die Lügenbüchlein, die Abstimmungsbüchlein kritisiert. Ihr habt gesehen, was uns jeweils versprochen wurde und wie es nachher ist. Ihr habt es jetzt bei x Abstimmungen gesehen, wie es uns ergangen ist. Darum bin ich ganz klar der Meinung, man darf das nicht. Ihr müsst insbesondere auf der Seite 3 folgenden Satz lesen: «Dem Gemeinderat sind in den letzten Jahren keine Fälle bekannt, in denen eine unangemessene Einflussnahme stadteigener Betriebe in Abstimmungskämpfen beanstandet worden wäre.» – Ich bin einfach der Meinung, das kann sich jederzeit wieder ändern. Je nachdem, wenn wir dann wieder etwas haben. Plötzlich gibt es dann eine Anschlusspflicht bei der Fernwärme oder was auch immer. Oder irgendwie, dass man nur ein bestimmtes Heizsystem nehmen kann. Oder irgendetwas, wo dann ganz klar EWB oder Bernmobil irgendetwas durchsetzen wollen. Und

wenn wir dann das haben, und man dann mit dem Abstimmungsgeld wieder eingreift, kommt es eben nicht gut heraus. Und für mich ist es ein Grundsatz. Mich hat gerade die die Formulierung des Gemeinderats «keine Fehler sind bekannt» aufgeschreckt. Ich habe immer das Gefühl, wenn keine bekannt ist, weiss man schon, dass es dann vielleicht wieder eine Konstellation gibt, wo man es dann wieder so machen will. Ihr habt damals die Tram-Abstimmung Bern Ostermundigen gesehen. Ich kann mir vorstellen, es könnte je nachdem wieder eine Konstellation geben, dass Bernmobil in den Abstimmungskampf eingreift oder was auch immer. Darum: Wehret den Anfängen! Wir haben damals eine breite Koalition gehabt für diesen Vorstoss, die bis in die GFL gegangen ist. Deshalb bitte ich euch nachdrücklich, dieser Abschreibung nicht zuzustimmen, denn sonst ist die Motion weg vom Tisch. Wenn man jetzt das nächste Mal wieder etwas hat, hat Cassandra gesagt: «Ich habe euch gewarnt.» Und leider hat Cassandra häufig recht. Ich appelliere an euch, diese Motion nicht abzuschreiben.

Präsident: Danke vielmals. Ich sehe Barbara Keller für das Fraktionsvotum für die SP/JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wir geben dem Gemeinderat recht: Auch uns sind in den letzten Jahren keine Fälle bekannt, in denen eine unangemessene Einflussnahme von stadteigenen Betrieben in den Abstimmungskampf beanstandet worden wäre. Die Motion ist also eigentlich kein Thema mehr. Wir werden sie dementsprechend ebenfalls abschreiben. Aber wenn wir schon über die Möglichkeiten von Kontrollen von Informationsaktivitäten bei Abstimmungskämpfen reden, sollten wir auch über die letzten städtischen Abstimmungen reden. Dem Quartierheft «Quavier» aus dem Osten von Bern vom Juni 2023 sind Werbeflyer beigelegt gewesen im Hinblick auf die städtischen Abstimmungen vom 18. Juni, und zwar spezifisch gegen das Personalreglement und gegen die Parkgebühren. Die politische Werbung ist weder mit dem Vorstand der Quartierkommission noch mit der Redaktion abgesprochen worden. «Quavier» ist laut Statuten politisch und konfessionell neutral. Die Delegiertenversammlung hat diese Position an ihrer letzten Sitzung am 6. Juni 2023 noch einmal bestätigt. Die Beilagen wurden von den Bürgerlichen in die Quartierbroschüren eingeschleust und das Nichtwissen der zuständigen Druckerei bezüglich der «Keine politische Werbung»-Regel wurde ausgenutzt. Also wenn wir über Informationen bei Abstimmungskämpfen reden, sollten wir auch über ein solches bewusstes Umgehen von Regelungen und über die Desinformationen der Bevölkerung reden und sie verurteilen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ja, von Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ja, Herr Präsident, wir wurden angesprochen. Wie gesagt, ich bin unschuldig. Die, die mich kennen, wissen, dass ich da nicht der Administrator bin, der den Inseraten nachrennen geht. Ich bedaure das, aber es ist eine Druckerei, die seit Jahren diese Quartierhefte drucken tut. Und wenn die nicht wissen, dass man nichts beilegen kann, dann weiss ich auch nicht. Aber ich habe schon andere Sachen gesehen, die ich kritisiert habe, nämlich als im «Quavier» im redaktionellen Teil damals bei der Tram-Abstimmung Bern Ostermundigen nur die Befürworter zu Wort gekommen sind und die anderen nicht. Das ist dann viel schlimmer als eine klar erkennbare politische Botschaft als Werbung und viel heikler. – Das Wort «Information» ist gefallen und das hat jetzt mich gerade provoziert: Desinformation haben wir in der Stadt häufig. Schaut, was man beim Viererfeld alles versprochen hat, und was nun

kommt. Schaut beim Tramdepot Burgernziel, was da für eine schöne Allee kommen sollte. Ich empfehle allen, heute auf dem Weg nach Hause, dort im Perimeter die wunderbare Allee beim Burgerziel anschauen zu gehen. Schaut euch die schöne Fassadengestaltung an, bei der man, trotz des Wettbewerbs, nachher selber etwas anderes gemacht hat. Das ist Fehlinformation. Beim Viererfeld auch. Genau das hat man gesagt von den günstigen Wohnungen. Man hat aber viele Sachen völlig verschwiegen, damit man die wirtschaftlichen Bedenken, die die Gegner anfügen wollten, nicht in dem Lügenbüchlein drin hat. Das ist fast wie in Nordkorea gewesen mit der Begründung, es seien ja nur acht oder sechs Leute dagegen gewesen, also sollen sie auch weniger Argumente bekommen. Das ist Desinformation! Und das ist viel schlimmer als ein Fehler, für den ich – weiss Gott – nichts dafürkann. Ich bedaure, dass ein klar erkennbares Traktätchen kritisiert wird. Bei der staatlichen Beeinflussung von Sachen, dort setzen wir den Hebel an.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Wort der Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Die Motion greift ein wichtiges Thema auf. Demokratiepolitisch ist es eine wichtige Frage. Sie wird zurecht aufgeworfen. Es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass wir uns an die Vorschriften halten. Wir haben den grossen Vorteil, dass wir eine sehr eine gewissenhafte Stadtkanzlei haben, die wenn wir ...– Ich will nicht sagen, wir seien nicht gefährdet, ab und zu mit einer Einzelaktion, mit einem Beitritt zu einem Abstimmungskomitee oder so, vielleicht auch mal vom guten Pfad abzuweichen, aber unsere Stadtkanzlei tut uns immer rechtzeitig daran erinnern: Dort gelten die und die Regelungen. Das dürft Ihr, das dürft Ihr nicht. Oder: Hier geht Ihr zu weit. Wir haben vor allem auch die nötigen reglementarischen Grundlagen. Ich glaube, wir haben auch im Bereich der Transparenz Verbesserungen geschaffen in den letzten Jahren, so dass man diese Motion aus dem Jahr 2005, die ein wichtiges Anliegen aufgreift, aber sowohl auf reglementarischer Ebene als auch in der Praxis erfüllt ist, jetzt abschreiben kann. Ich danke Ihnen, wenn Sie diese Motion abschreiben.

Präsident: Wir sind demnach beschlussfähig. Wir stimmen zu Traktandum Nummer 17 über den Antrag auf Abschreibung ab.

Abstimmung

2005.SR.000129: Abschreibung

Annahme

Ja	54
Nein	6
Enthalten	0

[Namensliste](#) 013

Präsident: Der Antrag ist angenommen worden. Ein kurzer Ausblick, wie wir weitergehen mit der Traktandenliste: Der Grund ist der, dass wir eigentlich offiziell von der Stadtkanzlei die Mitteilung erhalten haben, dass der Stadtpräsident während einer gewissen Zeit heute Abend nicht zur Verfügung steht. Wir haben versucht, das bei der Traktandierung so einzuplanen. Aber wir sind viel schneller fertig geworden mit der Jahresrechnung. Jetzt müssen wir ein bisschen hin- und herschieben. Es wird so sein, dass wir jetzt noch das Traktandum 18 anhängen, dann haben wir eine halbe Stunde

Pause. Nach der Pause würden wir zurückgehen zu den Themen von Franziska Teuscher. Das als Vorbereitung, mental und auch sitzungstechnisch, auf das, was nach der Pause stattfinden wird. Wir fahren demnach jetzt weiter mit Traktandum Nummer 18. Es geht um eine Fristverlängerung des Postulats von Tabea Rai. Ich übergebe das Wort der Kommissionsprecherin Barbara Nyffeler.

2022.SR.000046

18 Postulat Tabea Rai (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Fassadenbegrünung; Fristverlängerung

Barbara Nyffeler (SP) für die PVS: Wir haben diese Fristverlängerung in der PVS diskutiert. Das Postulat enthält verschiedene Punkte, aber nur in einem kleinen Teil kann die Stadt selbst steuern, nämlich bei den eigenen Gebäuden, ob sie eine Fassade begrünen will oder nicht. Wenn man eine stärkere Verpflichtung will, muss man dies in die laufende Bau- und Bauordnungsrevision aufnehmen. Deshalb ist grossmehrheitlich für die PVS klar, dass wir dieser Fristverlängerung zustimmen wollen, weil es nur in diesem Zeithorizont sinnvoll ist, einen Prüfungsbericht zu diesem Postulat zu erstellen.

Präsident: Jetzt hätten die Einreichenden das Wort: David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Die Alternative Linke Bern ist nicht zufrieden mit der beantragten Fristverlängerung zum Postulat für Fassadenbegrünungen von Tabea Rai, das der Stadtrat am 3. März 2022 erheblich erklärt hat. Wie im Text zum Postulat erwähnt, hat der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung vom 27. Mai 2019 geschrieben, es sei fünf vor zwölf für den Klimaschutz. Wir befürchten, dass mit einer Fristverlängerung bis März 2025 das Thema weiterhin auf die lange Bank geschoben wird. Dabei müssen wir jetzt beim Klimaschutz auf allen Ebenen zügig vorangehen. Marieke Kruit hat kurz nach ihrer Wahl in den Gemeinderat im Dezember 2020 gegenüber den Medien gesagt, die Stadt soll eine aktive Klimapolitik betreiben und unversiegelte Flächen und Fassadenbegrünungen schaffen, um im Sommer der Hitze entgegenzuwirken. Das war lange Zeit zu wenig ein Thema. Diese Aussage ist jetzt schon wieder zweieinhalb Jahre her. Die Direktorin TVS hat ihren Wahlkampf mit diesem Thema bestritten. Darum erwarten wir von ihr jetzt auch, dass etwas passiert in diesem Zusammenhang. Die AL begrüsst natürlich, wenn Begrünungsmassnahmen bei der Revision der Bauordnung verpflichtend aufgenommen werden. Wir verstehen aber das Argument nicht, dass deshalb eine Fristverlängerung gewährt werden muss. Mindestens die Punkte 2 und 3 des Postulats können bereits heute problemlos umgesetzt werden, auch ohne Änderung der Bauordnung. Das Postulat kann also auch punktweise umgesetzt werden: die Punkte 2 und 3 so bald wie möglich, die Punkte 1 und 4 dann mit einer Revision der Bauordnung. Die Stadt Wien hat es bereits vorgemacht: 1/5 der Gebäudefassaden werden in der österreichischen Hauptstadt begrünt. Wieso können wir das nicht auch in Bern machen? - Damit es nicht noch Jahrzehnte dauert, bis wir so weit sind, bitten wir Sie, die vorgeschlagene zweijährige Fristverlängerung des Gemeinderates abzulehnen. Eine Frist von einem Jahr, also bis Juni 2024 müsste genügen, um den Vorstoss zu behandeln. Dann kann Marieke Kruit nächstes Jahr in ihrem Wahlkampf verkünden, dass sie sich in ihrer ersten Amtszeit tatsächlich für die Fassadenbegrünung eingesetzt hat.

Präsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Ich mache es kurz: Die GB/JA-Fraktion freut sich, dass auch der Gemeinderat die positive Auswirkung der Fassadenbegrünung anerkennt und diese auch in der Stadt Bern als Massnahme für ein gesünderes Stadtklima sieht. Wieso uns ein gesundes Stadtklima wichtig ist und vor allem prioritär behandelt werden muss, liegt auf der Hand. Es liegt natürlich auf der Hand aufgrund der drastischen klimatischen Veränderungen. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass der Prüfungsbericht drei Jahre braucht. Es ist nicht so, dass es keine anderen europäischen oder Schweizer Städte gäbe, die bereits Fassadenbegrünungen kennen und diese auch in einen Massnahmenkatalog für die Klimaanpassung aufgenommen hätten. Auch wenn eine definitive Beantwortung des Postulats aufgrund der Überarbeitung der Bauordnung vielleicht nicht möglich ist, würden wir dennoch begrüssen, wenn es in Sachen Fassadenbegrünung zumindest bei den städtischen Liegenschaften endlich vorwärts gehen würde.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ich wäre froh, wenn Sie der Fristverlängerung zustimmen können. Selbstverständlich setzen wir bereits jetzt gewisse Massnahmen um. Das machen wir namentlich im Bereich der Teilbauordnungen. Das machen wir teilweise auch im Bereich der städtischen Bauten. Namentlich im Bereich von Bauten auf privatem Grund brauchen wir aber selbstverständlich eine reglementarische Grundlage. Und diese reglementarische Grundlage können wir nur in der Bauordnung schaffen. Sie kennen das Projekt der Bauordnungsrevision. Es ist ein umfangreiches Projekt. Wir wollen nicht weitere Punkte herausbrechen und separat bearbeiten, sondern wir möchten wirklich alle Punkte in die bereits laufende Bauordnungsrevision integrieren. Wir sind aber daran, das Anliegen umzusetzen. Beispielsweise gibt es ein Projekt auf dem Wifag-Areal. Auf dem Wifag-Areal hat sich die Grundeigentümerin bereit erklärt, gewisse Fassadenbegrünungen vorzunehmen. Das wird auch in den Überbauungsvorschriften zum Wifag-Areal stehen, die Ihnen in nächster Zeit einmal vorgelegt wird. Das werden Sie dort zur Kenntnis nehmen, und dem auch zustimmen können. Zur Frage, wie sinnvoll Fassadenbegrünungen als Klimamassnahme sind: Diese Frage ist sehr umstritten. Ich würde sagen, dass Fassadenbegrünungen den grössten Mehrwert im Bereich der Biodiversität haben. Dort können sie sehr viel leisten. Im Bereich der Klimamassnahmen sind andere Verschattungen der Fassaden fast wirkungsvoller als eine Begrünung. Die Begrünungen sind auch bautechnisch, bauphysikalisch anspruchsvoll. Also: Sie werfen fast so viele Fragen auf, wie sie Probleme lösen können. Und der Effekt – das ist fast das Wichtigste –, der Effekt auf das Stadtklima ist bei Fassadenbegrünungen kleiner als beispielsweise bei Bäumen. Und bei den Bäumen haben wir ja eine hervorragende reglementarische Grundlage mit dem Baumschutzreglement. Diese hat dazu geführt, dass die Stadt Bern eine von den grünsten Städten ist, und dass wir eben tatsächlich auch sehr viel Stadtgrün haben und sehr viele Bäume auf öffentlichem und auf privatem Grund. Und damit haben wir eigentlich auch gute Voraussetzungen für ein gutes Stadtklima. Also Merci, wenn Sie dieser Fristverlängerung zustimmen. Und dann werden wir sehr gerne diese Diskussion im Rahmen der Bauordnungsrevision führen.

Präsident: Wir kommen in dem Fall zur Abstimmung über diese Fristverlängerung.

Abstimmung

2022.SR.000046: Fristverlängerung bis 31. März 2025

Annahme

Ja	38
Nein	17
Enthalten	4

[Namensliste](#) 014

Präsident: Wir würden jetzt die Sitzung unterbrechen bis um 17 Uhr und würden dann weiterfahren mit den Traktanden. Je nachdem mit Traktandum 10, wenn die jugendlichen Besucher bei uns vor Ort sind, oder allenfalls mit Traktandum 12. Gute Pause! Das Badgen bitte nicht vergessen.

Schluss der Sitzung: 16.25 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

X

X

Redaktion: Barbara Waelti

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Valentina Achermann	Franziska Geiser	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Claude Grosjean	Barbara Nyffeler
Ruth Altmann	Lukas Gutzwiller	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Simone Richner
Mirjam Arn	Erich Hess	Claudio Righetti
Tom Berger	Thomas Hofstetter	Mirjam Roder
Diego Bigger	Matthias Humbel	Sarah Rubin
Lea Bill	Seraphine Iseli	Kurt Rüegsegger
Laura Binz	Ueli Jaisli	Mahir Sancar
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Michael Burkard	Anna Jegher	Florence Schmid
Eva Chen	Raffael Joggi	Nicole Silvestri
Francesca Chukwunyere	Nora Joos	Chandru Somasundaram
Dolores Dana	Barbara Keller	Ursula Stöckli
Milena Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Irina Straubhaar
Sibyl Eigenmann	Nora Krummen	Therese Streit-Ramseier
Vivianne Esseiva	Anna Leissing	Michael Sutter
Alexander Feuz	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Simone Machado	Janosch Weyermann
Thomas Fuchs	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Szabolcs Mihalyi	Paula Zysset
Lionel Gaudy		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Fuat Köçer	Vanessa Salamanca
Janina Aeberhard	Salome Mathys	Sara Schmid
Gabriela Blatter	Michael Ruefer	Bettina Stüssi

Gemeinderat anwesend

Franziska Teuscher BSS

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretär-Mago Flück, Ratsweibelin
Cornelia Stücker, Sekretariat

2012.GR.000481**10 Reglement vom 24. April 2003 über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (Mitwirkungsreglement; MWR; SSSB 144.1): Teilrevision; 2. Lesung**

Präsident: Ich begrüsse euch zurück zur zweiten Sitzung des heutigen Tags. Wir haben im Moment turbulente Protokollabläufe bezüglich der Traktandenbesprechung. Wir werden jetzt, weil die entsprechenden Gäste eingetroffen sind – ich heisse sie sehr herzlich willkommen zur Debatte – direkt starten mit Traktandum 10, und werden dann alle verbleibenden BSS-Traktanden durchbesprechen. Und im Nachgang bleibt es leider ein wenig kompliziert. Ich bitte die, die es interessiert wegen der entsprechenden Vorbereitung, schnell mitzuschreiben: Nach den BSS-Traktanden fahren wir weiter mit den Traktanden 20, 21, 23 und 27 und 28 und werden hoffentlich erst danach in der zweiten Sitzung mit den restlichen Traktanden anfangen. Das ist momentan der Plan; das für die Vorbereitung der entsprechenden Fraktionsvoten, damit es keine weiteren Überraschungen gibt. Es sollte bei dieser Traktandierungsreihenfolge bleiben. Wir gehen aber jetzt zurück, wie erwähnt, zum Traktandum Nummer 10. Das ist das Reglement für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. Das ist die zweite Lesung. Ich wiederhole noch einmal. Man hat die Fraktionsvoten und die Anträge schon in der ersten Lesung besprochen. Es ginge jetzt um die Besprechung von Ergänzungen und Neuerungen. Ich übergebe das Wort Kommissionssprecherin Anna Jegher.

Anna Jegher (JA!) für die SBK und die Fraktion: Wir besprechen heute die zweite Lesung der Teilrevision des Mitwirkungsreglements und auch ich möchte an dieser Stelle die Vertreter*innen des Jugendparlaments der Stadt Bern (JuPa) noch ganz herzlich bei uns auf der Tribüne begrüssen. Weil die erste Lesung im Januar stattgefunden hat und das jetzt doch schon eine Weile her ist, erlaube ich mir, nochmals ganz kurz zusammenzufassen, worum es geht. Der Ursprung dieser Teilrevision liegt in einer Jugendmotion, die gefordert hat, dass erstens das städtische JuPa auf die Agglomerationsgemeinden und so zu einem regionalen JuPa ausgeweitet wird; zweitens, dass die Altersgrenze von 21 auf 25 erhöht wird, und drittens, dass eine feste Sekretariatsstelle geschaffen werden soll. Alle 3 Punkte der Motion sind am 22. Oktober 2020 vom Stadtrat erheblich erklärt worden. Abgesehen von diesen 3 Forderungen der Motion sind auch noch ein paar andere Artikel des Reglements geändert worden. Es sind hauptsächlich Formulierungen und Begrifflichkeiten, die angepasst und aktualisiert wurden. Die SBK hat das Geschäft und vor allem die vorliegenden Anträge noch einmal besprochen, wobei sich in der ersten Lesung nichts an der grundsätzlichen Haltung geändert hat. Die Kommission ist mit dem Gemeinderat einverstanden, dass die bereits überwiesene Motion jetzt auch umgesetzt werden soll. Die Erhöhung der Altersgrenze auf 25 wird als sinnvoll erachtet, weil damit Übergänge und auch die Kontinuität im JuPa besser gewährleistet werden können. Zudem wird den Motionär*innen zugetraut, dass sie am besten Bescheid wissen, welche Altersgrenze sinnvoll ist. Auch die Ausweitung, wonach nicht mehr der Wohnsitz in der Stadt Bern allein ausschlaggebend sein soll, um im JuPa mitzumachen, sondern, dass es auch reicht, wenn die Jugendlichen in Bern zur Schule gehen oder hier ihren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben, findet die SBK nach wie vor sinnvoll. Damit wird der Umstand berücksichtigt, dass viele Jugendliche ihren Lebensmittelpunkt in Bern haben, ohne hier zu wohnen. Die Anträge 1 bis 6 sind darum in der Kommission abgelehnt worden. Der Antrag Nummer 7 der SBK wird nach

wie vor zur Annahme empfohlen. Die SBK empfiehlt das Geschäft mit 9 Ja- zu einer Nein-Stimme und einer Enthaltung dem Stadtrat zur Annahme.

Dann würde ich gleich zum Fraktionsvotum kommen. Die GB/JA!-Fraktion wird, wie schon in der ersten Lesung gesagt, dieser Teilrevision natürlich zustimmen und sämtliche Anträge ausser den der SBK ablehnen. Für uns ist klar, dass die Förderung von Jugendpartizipation auch bedeutet, den Jugendlichen nicht zusätzliche Steine in den Weg zu legen. Wenn ich die eingereichten Anträge anschau, habe ich den Eindruck, das ist nicht allen ganz klar. Wir haben hier junge Menschen, die sich fast ausschliesslich ehrenamtlich politisch beteiligen und klare Vorstellungen und Forderungen haben, in welchem Rahmen sie das machen wollen. Anstatt das Engagement wertzuschätzen und ihnen die Kompetenz zuzugestehen, dass sie wissen, welche Bedingungen es braucht, damit das JuPa gut funktionieren kann, ist es gewissen Leuten hier anscheinend wichtiger, möglichst viele Vorschriften zu machen, egal, wie diese die Funktionsfähigkeit des JuPa beeinflussen. Ich muss ehrlich gesagt sagen, ich sehe nicht ganz ein, warum die SVP-, die Mitte- oder die FDP/JF-Fraktion besser wissen sollten, was das JuPa braucht, als die Personen, die tatsächlich dort engagiert sind. Und nein, es geht mir nicht darum, dass das JuPa mit der Jugendmotion einreichen kann, was es will, und wir winken alles durch. Aber hier geht es ganz konkret darum, wie sie organisiert sein wollen, und da dünkt es mich, die Expertise sei sehr klar verteilt, zumal die Motion ja auch schon vom Stadtrat angenommen worden ist. Gerade bei jungen Leuten im Alter zwischen 14 und 25 ist das Problem in der Regel nicht, dass sie ewig irgendwo sitzen bleiben. Dadurch, dass sich in diesem Alter bei vielen die Lebensumstände immer wieder stark verändern, ist die Schwierigkeit eher, dass die Leute nicht lange genug an einem Ort engagiert bleiben. Das ist eine Herausforderung, die wir beispielsweise auch in der JA! haben, und von der ich auch schon von vielen anderen Organisationen gehört und erlebt habe, in denen hauptsächlich junge Leute engagiert sind. Durch die häufigen Wechsel ist es nicht immer gleich einfach, den Wissenstransfer auch gewährleisten zu können. Alles, was eine gewisse Kontinuität ermöglicht, ist darum meistens auch gerade für die Jüngeren sehr wertvoll, damit sie nicht jedes Mal bei null anfangen müssen. Und dann muss ich einfach auch noch kurz sagen: Das Argument, dass man sich ab 18 – vorausgesetzt man hat das Schweizer Bürger*innenrecht – zum Beispiel in den Stadtrat wählen lassen könne, und es darum ja voll easy sei, wenn 21 bis 25-Jährige nicht mehr im JuPa sein können, verkennt die Probleme, die wir gerade auch in der institutionellen politischen Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben völlig; erst recht, wenn wir das von Fraktionen hören, die gar keine Stadträt*innen unter 25 haben. Wo sind denn all die jungen Menschen genau? Es gibt nach wie vor viele Hürden für junge Menschen, als politische Akteurinnen wahr- und ernstgenommen zu werden, und genau darum sind Organisationen wie ein Jugendparlament so wichtig. Merci vielmals.

Präsident: Vielen Dank. Wir sind mitten in den Fraktionsvoten. Paula Zysset für die SP.

Paula Zysset (JUSO) für die Fraktion: Die politische Teilhabe und Mitbestimmung junger Menschen ist ein zentraler Aspekt für eine funktionierende und lebendige Demokratie. Jugendpartizipation heisst aber nicht nur, Möglichkeiten zur Mitwirkung zu schaffen, sondern vor allem auch, auf junge Menschen zu hören, welche Formen und Rahmenbedingungen sie brauchen. Die Kompetenz zu wissen, wie das Jugendparlament am besten funktioniert und möglichst viele Leute erreicht, liegt sicher bei den JuPalter*innen selbst und nicht beim Stadtrat; so bei der Ausweitung der Mitgliedschaft im

JuPa auf Jugendliche und junge Erwachsene, die ihren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in der Stadt Bern haben oder hier in die Schule gehen. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst sehr, wenn junge Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Bern haben, die Stadt auch mitgestalten können. Auch die Heraufsetzung der Altersgrenze, die das JuPa in der Jugendmotion gefordert hat, unterstützen wir. Die Alterslimite von 21 ist im Vergleich mit anderen JuPa in der Schweiz tief. Mit der Erhöhung auf 25 Jahre kann auch der Wissenstransfer zwischen den Mitgliedern besser gewährleistet werden. Die Befürchtungen, die in der Begründung geäussert werden, wonach sich eine grosse Altersspanne negativ auf jüngere Mitglieder auswirken könnte, teilen wir nicht. Eine grössere Altersspanne ermöglicht einen intergenerationellen und wertvollen Austausch zwischen den Mitgliedern, von dem alle profitieren können. Ausserdem kann das JuPa sicher selbst am besten bewerten, welche Altersspanne am besten funktioniert. Wir massen uns hier nicht an, das besser zu wissen. Das Kinder- und das Jugendparlament sind Gefässe, wo sich junge Menschen einbringen können, die sonst aufgrund ihres Alters oder auch weil sie keinen Schweizer Pass haben, diese Möglichkeit nicht haben. Für eine Stadt, die von allen Menschen, die hier leben, arbeiten oder in die Schule gehen, mitgestaltet werden kann, sind das Kinder- und das Jugendparlament wichtige Orte zur Mitwirkung. Mit der vorliegenden Teilrevision werden die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten ausgeweitet und so angepasst, wie das JuPa aufgrund seiner Erfahrung vorschlägt. Die SP/JUSO-Fraktion steht deshalb voll hinter diesem Mitwirkungsreglement und wird es auch annehmen. Die Anträge werden wir alle ablehnen – bis auf den SBK-Antrag.

Präsident: Merci vielmals, Paula. Dann käme als nächstes Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion sieht das Jugendparlament wie auch das Kinderparlament als wichtige Möglichkeiten für Jugendliche und Kinder, die Politik positiv zu erleben und Erfahrungen machen zu können, sich einbringen zu können. Und wir freuen uns über alle jungen Menschen, die sich engagieren. Es ist bei uns nicht für alle ganz klar, ob es wirklich eine Erhöhung des Höchstalters auf 25 Jahre im Jugendparlament braucht. Aber weil das der Wunsch des Jugendparlaments selbst ist, stimmen wir diesen entsprechenden Anträgen des Gemeinderates zu. Ausser den SBK-Antrag lehnen wir deshalb alle anderen Anträge ab.

Präsident: Vielen Dank, Bettina. Dann kommt Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich komme zum Votum der SVP-Fraktion. Vielleicht rasch vorab: Wir haben gar nichts gegen das Jugendparlament. Wir finden das etwas Gelungenes. Wir sind einfach der Meinung – und da haben wir den grossen Unterschied und die Differenz –, dass wenn wir ein Jugendparlament haben, man einfach vom Alter her ... Wenn Sie einerseits die 14-Jährigen haben und andererseits soll es viel ältere Leute haben, muss ich sagen, dass wir einen grossen Interessengegensatz haben. Es ist ganz unterschiedlich, ob jemand im Gymnasium ist, oder ob man schon die Ausbildung abgeschlossen hat, vielleicht sogar einen Bachelor oder einen Master hat. Da kann man doch nicht miteinander sein. Ich habe das Gefühl, dass damit jene, die in der Ausbildung viel weiter sind, nachher die Kleinen fast ein bisschen instrumentalisieren. Ich bin der Meinung, dass wir diese Altersseite differenzieren sollten. Wir sind der Meinung, dass man das nicht zusammennehmen kann. Wir sind klar für eine Abgrenzung. Wir wissen, wir haben ein Stimmrechtsalter von 18 Jahren. Wir sind der Meinung, wir sollten dort eben die Grenze machen und darum sind wir sehr, sehr unglücklich.

Denn ich habe das Gefühl, so wird eben das Kinder- und Jugendparlament mehr oder weniger von innen seiner Bedeutung enthoben und ausgehöhlt. Wir sind, das sage ich ganz klar, durchaus für die Zusammenarbeit mit der Region/Agglomeration. Aber es ist einfach heikel, auch staatspolitisch, wenn wir hier die Kreise aufgeben, wenn wir den Wohnsitzort aufgeben. Ich weiss, der Gemeinderat sieht das hier anders. Aber wir sind trotzdem der Meinung: Wenn man dann bis 25 oder was wie immer – haben wir am Schluss eine ganz andere Situation. Da haben Sie Leute, die gar nicht mehr hier sind, die zwar hier studieren oder was auch immer. Aber da haben wir das Gefühl, das ist nicht das, was wir wollen. Denn plötzlich werden einfach die ansässigen Jugendlichen und Kinder, die hier mitmachen wollen, übersteuert. Und man hat auch bei gewissen Problemen wiederum Differenzen, wie man das machen will. Wir sind der Meinung, dass man an der Wohnzeitpflicht in Bern festhalten sollte. Man kann durchaus – das ist ein Punkt, über den man reden kann –, die anderen mit beratender Stimme an der Debatte beteiligen. Da haben wir nichts dagegen. So weit gehen wir. Aber wir sind einfach der Meinung, Sie höhlen hier mehr oder weniger das ganze System aus. Wir sind der Meinung, das sollte man nicht machen. Ich weiss, die Kommission sieht es anders, aber ich habe einfach hier und heute sagen wollen, dass wenn Sie jetzt eben plötzlich bis 25 Jahre gehen wollen, das wirklich riesige Unterschiede sind. Wir sind der Meinung, das geht nicht, denn damit fördert man praktisch die Berufsjugendlichen, die Verbandsfunktionäre, die vielleicht eben teilweise schon etwas – ich bin selber auch Jurist, Fürsprecher, da habe ich überhaupt kein Problem. Aber ich bin einfach der Meinung, zwischen dem 14. und 25. Altersjahr liegt ein dermassen grosser Entwicklungsschritt. Da bin ich der Meinung, das ist ein falscher Weg. Ich weiss, es ist verlangt worden, aber Sie müssen immer daran denken, wer es verlangt hat: Die Leute, die vielleicht jetzt sehr aktiv sind. Ich begreife, dass die noch gerne weitermachen würden. Man kann auch sagen, dass es auch Jungparteien gibt, die Leute bis 45 Jahre als Ehrenmitglieder haben, aber irgendeinmal muss man doch dann klar sehen, wie es aussieht. Hier geht es um eine politische Tätigkeit. Hier ist man miteinander. Hier geht es nicht um eine Ehrenmitgliedschaft. Hier arbeitet man miteinander. Deshalb halten wir an unseren Anträgen fest. Ich weiss, es wird wahrscheinlich ein vergeblicher Kampf sein, aber ich sage es einfach hier und heute: Legen Sie sich nicht selber mehr oder weniger Zügel an, mit denen Sie nachher nicht mehr als Jugendliche und Kinder dabei sind, sondern nachher in einem Zug sind, bei dem eben die Älteren, die die Erfahrung haben, Sie überzeugen können. Weil sie reifer sind, können sie die Sache machen und das Ganze Jugendlich-Unbekümmerte wegnehmen. Deshalb halten wir an unseren Anträgen fest.

Präsident: Vielen Dank, Alexander Feuz. Wir sind bei der Einzelvoten. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Ich sehe auch keine Einzelvoten. Dann hätte das Wort Frau Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Noch einmal, ich beschränke mich hier, wie der Präsident gewünscht hat, in der zweiten Lesung darauf, nur noch auf die Anträge, die vorliegen, einzugehen, und werde nicht mehr das JuPa und das KiPa als Institutionen würdigen, die mir beide sehr am Herzen liegen. Der Gemeinderat hat sich bei der Umsetzung der Motion weitgehend an die Vorschläge des JuPa gehalten. Ich danke auch den JuPa-Mitgliedern, die mitgearbeitet haben, sich aktiv eingebracht haben, damit wir jetzt ein Reglement haben, das die Wünsche und Anforderungen des JuPa aufnimmt. Das ist das Verständnis, das der Gemeinderat in Bezug auf die vorliegenden Anträge zu der Alterslimite hat. Diese will er alle ablehnen. Das JuPa soll selbst bestimmen, wie

das JuPa arbeitet. Deshalb konnte ich auch Alex Feuz nicht folgen. Er hat gesagt, ich zitiere: «Was wir wollen» und «das sind grosse Unterschiede bis 25». Ich frage mich, kann man in unserem Alter, ich setze jetzt Alex auf meine Altersstufe, kann man in unserem Alter festlegen, was die Jungen wollen? Es geht eben nicht darum, was wir wollen, sondern es geht darum, wie das JuPa zusammenarbeiten, wer zusammenarbeiten soll. Daher bitte ich euch im Namen des Gemeinderates, diese Anträge abzulehnen, ausser den SBK-Antrag. Ich finde aber auch, dass sich das JuPa auf Beschlüssen, die der Stadtrat gefällt hat, auch verlassen können muss. Und der Stadtrat hat mit der Motion, die er klar überwiesen hat, gesagt, welches die Altersgrenze ist, und dass man eben auch Leute, die nicht in der Stadt Bern wohnen, miteinbeziehen will. Und ich finde, das ist der Grundsatz, den man eigentlich bei überwiesenen Vorstössen auch umsetzen sollte. Das ist Jugendmitwirkung, wie der Gemeinderat sich wünscht. Und das ist für mich auch Jugendmitbestimmung, bei der ich finde, dass uns nichts Besseres passieren kann, als dass wir so ein aktives und innovatives JuPa haben. Deswegen herzlichen Dank an alle im JuPa, die sich für ihre Arbeit engagieren. Und ich danke auch den Stadträtinnen und Stadträten, dass ihr dieser Teilrevision so zustimmt, wie sie der Gemeinderat zusammen mit dem JuPa erarbeitet hat.

Anträge

Mitwirkungsreglement; neu	Anträge
1. Kapitel: Gemeinsame Bestimmungen	
Art. 1 Gegenstand	
[unverändert]	
<p>² Die Mitwirkungsrechte nach diesem Reglement stehen zu allen</p> <p>a. Kindern vom 8. – 14. Geburtstag;</p> <p>b. Jugendlichen vom 14. - 24. Geburtstag;</p> <p>soweit sie in der Stadt Bern (Stadt) die Schule besuchen, ihren Ausbildungs-, Arbeitsplatz oder Wohnsitz haben.</p> <p>Gegenüberstellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Antrag FN 1 SVP vs. Antrag FDP/JF und Mitte <p>Falls Antrag FDP/JF und Mitte obsiegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Eventualantrag FN 2 SVP vs. Antrag FDP/JF und Mitte <p>Falls Antrag FDP/JF und Mitte obsiegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Eventualantrag FN 3 SVP vs. Antrag FDP/JF und Mitte <p>Falls Antrag FDP/JF und Mitte obsiegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Eventualantrag FN 4 SVP vs. Antrag FDP/JF und Mitte ▪ Abstimmung über obsiegenden Antrag 	<p>SVP¹:</p> <p>² [...]</p> <p>a. [unverändert]</p> <p>b. Jugendlichen vom 14.- 18. Geburtstag;</p> <p>soweit sie in der Stadt Bern (Stadt) die Schule besuchen, ihren Ausbildungs-, Arbeitsplatz oder Wohnsitz haben.</p> <p>Eventualantrag SVP²:</p> <p>² [...]</p> <p>a. [unverändert]</p> <p>b. Jugendlichen vom 14.- 21. Geburtstag;</p> <p>soweit sie in der Stadt Bern (Stadt) die Schule besuchen, ihren Ausbildungs-, Arbeitsplatz oder Wohnsitz haben.</p> <p>Eventualantrag SVP³:</p> <p>² [...]</p> <p>a. [unverändert]</p> <p>b. Jugendlichen vom 14.- 25. Geburtstag;</p>

	<p>soweit sie in der Stadt Bern (Stadt) die Schule besuchen, ihren Ausbildungs-, Arbeitsplatz oder Wohnsitz haben.</p> <p>Eventualantrag SVP⁴:</p> <p>² [...]</p> <p>a. [unverändert]</p> <p>b. Jugendlichen vom 14.- 21. Geburtstag;</p> <p>soweit sie in der Stadt Bern (Stadt) die Schule besuchen, ihren Ausbildungs-, Arbeitsplatz oder ihren Ausbildungsarbeitsplatz oder Wohnsitz haben.</p> <p>FDP/JF und Mitte⁵:</p> <p>² [...]</p> <p>a. [unverändert]</p> <p>b. Jugendlichen vom 14.- 21. Geburtstag;</p> <p>soweit sie in der Stadt Bern (Stadt) die Schule besuchen, ihren Ausbildungs-, Arbeitsplatz oder Wohnsitz haben.</p>
	<p>SVP⁶:</p> <p><i>(neu) ³ Personen ohne Wohnsitz in Bern können nur Anträge an das Kinderparlament stellen und sind selbst nicht stimmberechtigt. Sie können sich mit beratender Stimme an der Debatte beteiligen.</i></p>
<p>Art. 2 Mitwirkungsrechte und Veranstaltungen</p>	
<p>[unverändert]</p>	
<p>Art. 3 [aufgehoben]-Ansprechpersonen</p>	
<p>¹ [aufgehoben] In jedem Stadtteil werden Ansprechpersonen bestimmt. Sie nehmen die Anliegen der Kinder und Jugendlichen selber oder durch Vermittlung anderer Bezugspersonen auf und leiten diese an die zuständigen Stellen weiter.⁸</p>	
<p>² [aufgehoben] Die Ansprechpersonen werden soweit als möglich in bestehende Institutionen integriert und pflegen ein Beziehungsnetz unter den Einrichtungen im Umfeld von Kindern und</p>	

Jugendlichen im Stadtteil. Entsteht dadurch den Institutionen Mehraufwand, wird dieser zusätzlich abgegolten.⁹	
³ [aufgehoben] Die Kinder und Jugendlichen erhalten innerhalb von drei Monaten Rückmeldung von der Ansprechperson¹⁰ über die Abklärung und den Beratungsstand ihrer Anliegen und Eingaben.	
⁴ [aufgehoben] Die dadurch anfallenden Koordinationsarbeiten und Beratung der Ansprechpersonen übernimmt Familie & Quartier Stadt Bern.¹⁴	
2. Kapitel: Kinderparlament	
1. Abschnitt: Kinderparlament	
Art. 4 Grundsatz	
[unverändert]	
Art. 5 Zulassungsbedingungen	
[unverändert]	
Art. 6 Zusammensetzung und Beschlussfassung	
[unverändert]	
Art. 7 Sitzungen	
[unverändert]	
Art. 8 Organisation	
[unverändert]	
² Es wird von einem Co-Präsidium geführt, das durch ein Mädchen und einen Knaben besetzt ist. Das Co-Präsidium besteht nach Möglichkeit aus zwei Personen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten.	
³ Es kann Kommissionen und Arbeitsgruppen einsetzen.	
[unverändert]	
⁵ Jeweils zu Beginn der 1. Sitzung des Schuljahres wählt das Kinderparlament das Co-Präsidium, die Kommissionen und das Ratsbüro.	
⁶ Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport unterstützt und begleitet das Kinderparlament. Sie ist im Ratsbüro	

<i>vertreten und führt im Auftrag des Ratsbüros das Sekretariat.</i>	
Art. 9 Aufgaben	
[unverändert]	
Es bestimmt die Aufgaben des Ratsbüros, soweit sie nicht in Artikel 101 festgelegt sind.	
³ [aufgehoben] Das Kinderparlament unterbreitet Stadtrat und Gemeinderat jährlich einen Bericht über seine Arbeit.	
⁴ [aufgehoben] Es erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht über die Verwendung des Ratskredits.	
Art. 10 Co-Präsidium	
[unverändert]	
² Das Ratsbüro führt das Sekretariat des Kinderparlaments und entscheidet über Traktanden, unterstützt das Co-Präsidium bei der Durchführung von Abstimmungen und Wahlen und delegiert die administrativen Arbeiten an das Sekretariat.	
[unverändert]	
⁴ (neu) <i>Es pflegt einen jährlichen Austausch mit den Mitgliedern des Stadtrats.</i>	
⁵ (neu) <i>Zur Verwendung des Ratskredits findet jährlich ein Austausch zwischen dem Ratsbüro und der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik statt. Die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik prüft die rechtskonforme Verwendung der Mittel.</i>	
Art. 12 Postulat	
[unverändert]	
2. Abschnitt: Finanzen	
Art. 13 Ratskredit	
[unverändert]	
² Der Kredit dient zur Finanzierung von Projekten des Kinderparlaments. Der Ratsbetrieb wird separat abgerechnet. und des Ratsbetriebs.	
³ Für den Ratskredit wird eine Spezialfinanzierung gebildet. Ihr werden die im	

Voranschlag der laufenden Erfolgsrechnung eingestellten Mittel des Ratskredits zugewiesen. Über Entnahmen aus der Spezialfinanzierung entscheidet das Kinderparlament.	
3. Kapitel: Jugendparlament	
Art. 13a Grundsatz	
[unverändert]	
Art. 13b Zulassungsbedingungen	
¹ Im Jugendparlament können alle Jugendliche zwischen 14 und 245 Jahren Einsitz nehmen.	
² Jugendliche, die Mitglied des Jugendparlaments werden wollen, haben die Möglichkeit, sich laufend anzumelden. Die Anmeldung gilt jeweils für zwei Jahre bzw. bis zum Erreichen der Altersgrenze. Nimmt ein Mitglied während zwei Jahren nicht an den Versammlungen des Jugendparlaments teil oder ist die Altersgrenze erreicht, erlischt die Mitgliedschaft automatisch.	
Art. 13c Zusammensetzung und Beschlussfassung	
[unverändert]	
² Das Jugendparlament ist beschlussfähig, wenn mindestens 320 Mitglieder anwesend sind.	
[unverändert]	
Art. 13d Vollversammlung	
[unverändert]	
Art. 13e Organisation	
[unverändert]	
² Es wird von einem Co-Präsidium geführt, das nach Möglichkeit durch eine Frau und einen Mann besetzt ist. Das Co-Präsidium besteht nach Möglichkeit aus zwei Personen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten.	
[unverändert]	
⁵ Jeweils zu Beginn der 1. Sitzung des Schul Kalenderjahres wählt das Jugendparlament das Co-Präsidium und den Vorstand.	

[unverändert]	
Art. 13f Aufgaben	
[unverändert]	
² Das Jugendparlament unterbreitet Stadtrat und Gemeinderat alle zwei Jahre einen Bericht über seine Arbeit. pflegt einen jährlichen Austausch mit den Mitgliedern des Stadtrats.	
³ Es erstattet dem Gemeinderat alle zwei Jahre Bericht über die Verwendung des Ratskredits. Zur Verwendung des Ratskredits findet jährlich ein Austausch zwischen dem Co-Präsidium, der zuständigen Person der Sekretariatsstelle des Jugendparlaments und der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik statt. Die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik prüft die rechtskonforme Verwendung der Mittel.	
Art. 13g Co-Präsidium	
[unverändert]	
Art. 13h Vorstand	
[unverändert]	
² Der Vorstand führt die Alltagsgeschäfte des Jugendparlaments betreibt eine Geschäftsstelle und unterstützt das Co-Präsidium bei der Durchführung von Abstimmungen und Wahlen.	SBK⁷: ² Der Vorstand betreibt führt eine Geschäftsstelle und unterstützt das Co-Präsidium bei der Durchführung von Abstimmungen und Wahlen
³ Er gewährleistet den Geschäftsverkehr, und entscheidet über Traktanden und delegiert die administrativen Arbeiten (Finanzen, Sekretariat) des Jugendparlaments an die Geschäftsstelle.	
Art. 13i Vorstösse	
[unverändert]	
Art. 14 Jugendmotion	
[unverändert]	
Art. 15 Verfahren	
[unverändert]	
Art. 15a Jugendpostulat	
[unverändert]	

<i>^{1bis} (neu) Der Kredit dient zur Finanzierung von Projekten des Jugendparlaments und des Ratsbetriebs.</i>	
² Für den Ratskredit wird eine Spezialfinanzierung gebildet. Ihr werden die im Voranschlag der laufenden <i>Erfolgsrechnung</i> eingestellten Mittel des Ratskredits zugewiesen. Über Entnahmen aus der Spezialfinanzierung entscheidet das Jugendparlament.	
Art. 16	
[unverändert]	
Art. 17 Ausführungsbestimmungen	
[unverändert]	
Art. 18 Inkrafttreten	
[unverändert]	

Präsident: Wir sind beschlussfähig in diesem Geschäft. Wir kommen zur entsprechenden Antragsliste. Wir gehen zu Artikel 1 Absatz 2. Dort gibt es Gegenüberstellungen. Wir starten mit der Gegenüberstellung Antrag¹ SVP versus Antrag⁵ FDP und Mitte.

Abstimmungen

2012.GR.000481: Antrag ¹ SVP vs. Antrag ⁵ FDP/JF, Mitte	
Antrag⁵ FDP/JF, Mitte obsiegt	
Ja	6
Nein	55
Enthalten	1
	Namensliste 015

Präsident: Der Antrag der FDP ist angenommen worden. Wir machen die zweite Gegenüberstellung Das wäre – Entschuldigung: Er hat obsiegt. Er ist nicht angenommen worden. Wir machen die nächste Gegenüberstellung mit dem Eventualantrag² SVP versus den gleichen Antrag der FDP.

2012.GR.000481: Eventualantrag ² SVP vs. Antrag ⁵ FDP/JF, Mitte	
Antrag FDP/JF, Mitte⁵ obsiegt	
Ja	6
Nein	56
Enthalten	1
	Namensliste 016

Präsident: Der FDP/JF, Mitte-Antrag hat obsiegt. Wir kommen zu der Gegenüberstellung des Eventualantrags³ der SVP versus den entsprechenden FDP/JF, Mitte-Antrag.

2012.GR.000481: Eventualantrag ³ SVP vs. Antrag ⁵ FDP/JF, Mitte	
---	--

Der Eventualantrag³ SVP obsiegt

Ja	39
Nein	24
Enthalten	1

[Namensliste](#) 017

Präsident: In diesem Fall hat der Eventualantrag³ SVP obsiegt. Wir stimmen entsprechend über den Antrag ab.

2012.GR.000481: Eventualantrag³ SVP

Ablehnung

Ja	16
Nein	48
Enthalten	1

[Namensliste](#) 018

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt worden. Es bleibt dementsprechend noch der Eventualantrag⁴ SVP.

2012.GR.000481: Eventualantrag⁴ SVP

Ablehnung

Ja	16
Nein	49
Enthalten	0

[Namensliste](#) 019

Präsident: Der ist abgelehnt worden. Wir kommen zum Antrag⁶ der SVP.

2012.GR.000481: Antrag⁶ SVP

Ablehnung

Ja	6
Nein	58
Enthalten	0

[Namensliste](#) 020

Präsident: Abgelehnt. Wir kommen zum Antrag SBK⁷.

2012.GR.000481: Antrag⁷ SBK

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

[Namensliste](#) 021

Präsident: Dieser ist einstimmig angenommen worden. Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderates in der so bereinigten Form.

2012.GR.000481: Antrag des Gemeinderats in der bereinigten Form

Annahme

Ja	52	
Nein	13	
Enthalten	0	Namensliste 022

Präsident: Das ist angenommen worden.

2021.SR.000092

12 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, FDP/JF (Bettina Stüssi/Fuat Köçer, SP/Ursula Stöckli/Claudine Esseiva, FDP): Schulraumkrise nie wieder!

Präsident: Wir haben das Traktandum 11 bereits gemacht. Wir fahren weiter beim Traktandum Nummer 12. Es ist die interfraktionelle Motion «Schulraumkrise nie wieder!». Sie wurde als Richtlinie zur Annahme empfohlen. Ist das bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätten die Einreichenden eine Minute Zeit für ein Votum.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Einreichenden: In gewissen Schulkreisen ist das Wachstum der Anzahl Schüler*innen nach wie vor überdurchschnittlich; zum Beispiel in der Länggasse, im Schulkreis Schosshalde-Kirchenfeld, aber auch im Warmbächli im Schulkreis Mattenhof-Weissenbühl, wie wir heute gesehen haben. Zur Infrastruktur gehören eben nicht nur der Verkehr, sondern auch die Schulen und die dazugehörenden Infrastrukturen. Mit dem Wachstum der Stadt beziehungsweise der Schulen wird auch der Bedarf an Tagesschulplätzen zunehmen. Darum fordert unser Vorstoss die Aufnahme der Schulraumplanung als Teil des Städtischen Entwicklungskonzepts STEK. Auch fordert er, die Bewilligung für Neubauten erst zu erteilen, wenn genügend Schulraum absehbar ist.

Präsident: Du hast eine Minute Zeit. Die ist jetzt gerade abgelaufen. Noch zwei, drei Sätze ...

Szabolcs Mihalyi (SP): Fraktionsvotum?

Präsident: Nein, das musst du nicht machen, denn es ist nicht bestritten.

Szabolcs Mihalyi (SP): Da es nicht bestritten ist, verzichte ich auf ein Fraktionsvotum.

Präsident: Vielen Dank. Die Motion ist nicht bestritten. In diesem Fall gilt sie ohne Abstimmung als überwiesen oder als erheblich erklärt.

Stillschweigende Annahme.

2021.SR.000114

13 Interfraktionelle Motion GB/JAI, AL/GAP/PdA (Regula Bühlmann, GB/Eva Gammenthaler, AL/ Ruth Altmann, FDP): Nötige Infrastruktur im Schulkreis Länggasse rasch sicherstellen

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 13. Das ist eine interfraktionelle Motion. Sie ist bestritten. Die Einreichenden haben das Wort.

Sarah Rubin (GB) für die Einreichenden: Von den Einreichenden ist nur noch Ruth Altmann hier. Willst du etwas sagen oder soll ich so ein bisschen im Namen von Regula und so weiter ...? Ist das okay? Gut. Ich kann das zusammennehmen mit unserem Fraktionsvotum, weil diese Motion wie gesagt von Regula Bühlmann eingereicht wurde. Die Antwort des Gemeinderats auf die Motion stammt aus dem Jahr 2021. Es ist also bereits ein bisschen her und seither hat sich einiges getan. Im Bericht ist bezüglich Quartierküchenplanung die Rede von einer Überprüfung der sogenannten Modellvielfalt. Von dem ist die Rede, um den steigenden Schüler*innenzahlen und den Kosten gerecht zu werden. Es sind wie gesagt 2 Jahre vergangen seither, und uns würde es schon sehr wundernehmen, wo sich der Gemeinderat bezüglich der Neuausrichtung heute befindet, weil die Schüler*innenzahlen nach wie vor steigen. Wir sind deshalb sehr gespannt auf einen raschen Begründungsbericht. Das Anliegen, in der Länggasse eine Aula zu bauen – das zweite Thema dieser Motion – wird zwar vom Gemeinderat nicht per se abgelehnt. Die Umsetzung scheint aber sehr zögerlich vorangetrieben zu werden, Zeit sei Dank. Immerhin wird jetzt die Möglichkeit für einen späteren Bau im Hochfeld eingeplant. Diese Planung muss unserer Meinung nach eher früher als später zu einer neuen Aula führen und reicht nur als Möglichkeit definitiv nicht. Der erwähnte Quartierraum im Viererfeld dürfte nämlich kaum als Ersatz dafür dienen. Bei so vielen neuen Quartierbewohner*innen ist der Raum zwar sehr zu begrüßen, er wird aber sicher vielseitig beansprucht werden durch die wie gesagt wachsende Bevölkerung im Raum Länggasse. Ich bitte euch im Namen der Einreichenden und im Namen der Fraktion GB/JA! die Motion zu überweisen. Wir sind sehr gespannt auf einen hoffentlich baldigen Begründungsbericht des Gemeinderates.

Präsident: Merci vielmals, Sarah, fürs Einspringen. Wir wären bei den Fraktionsvoten Eva Chen für die AL/PdA-Fraktion.

Eva Chen (AL) für die Fraktion: Der Gemeinderat führt in seiner Antwort ja selbst aus, dass eine Aula gemäss Richtraumprogramm zum Schulraumangebot eines Schulkreises gehört. Deshalb finden wir es ganz grundsätzlich nicht wirklich nachvollziehbar, dass an so einem Ort mittels FIT-Massnahmen gespart wird, besonders weil — und das sagt ja der Gemeinderat — der Bedarf nach wie vor nicht infrage gestellt wird. Eine Aula ist nicht nur für die Schule ein sehr wichtiger Ort, sondern eben auch für das Quartier. Vor diesem Hintergrund wird die Fraktion AL/PdA dieser Motion natürlich zustimmen. Und wir hoffen, dass mit dieser Überweisung zumindest Bemühungen, einen geeigneten Ort für eine Aula zu finden, wieder aufgenommen werden, und analog den Quartierküchen auch im Bericht über den Stand informiert wird.

Präsident: Vielen Dank, Eva. Es käme Maurice Lindgren für die GLP/JGLP-Fraktion.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Die Grünliberale Fraktion bittet die Einreichenden, eine punktweise Abstimmung zu erlauben. Und wir beantragen hiermit eben punktweise Abstimmung, weil wir den ersten Punkt der Motion so nicht unterstützen können, der eine Quartierküche für die Länggasse fordert. Wo eine Quartierküche, wo eine städtische Produktionsküche und wo externes Catering eingesetzt werden, ist eine Frage des Raumangebots und eine Frage des übergeordneten städtischen Konzepts. Und eine Einzelbestellung aus einem Schulkreis können wir so nicht unterstützen. Das ist der falsche Weg und wir würden deshalb diesen Punkt ablehnen.

Präsident: Danke vielmals. Ich frage die Einreichenden, ob die punktweise Abstimmung gewährt wird. Das kann nur noch Ruth sagen. Ist gewährt. Merci vielmals, dann käme ich als nächstes zur SP/JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Wir sind mit den Motionären einig, dass sowohl die Aula wie die Quartierküche unabdingbare Bestandteile der Schulinfrastruktur sind. Wir sind froh, dass mit dem positiven und endgültigen Entscheid der Stimmbevölkerung für das Viererfeld die Realisierung der Schulprojekte jetzt ähnlich absehbar ist. Wichtig ist aber, dass auch in der Zeit bis zur Realisierung im Quartier die nötige Infrastruktur in irgendeiner Form zur Verfügung steht. Das Bekenntnis des Gemeinderates zur Tagesschule und zur Tagesbetreuung begrüssen wir. Allerdings sei hier nochmals darauf hingewiesen, dass dies auch Investitionen nach sich zieht. Die Stadtbevölkerung, der Stadtrat und selbst Parteien in dieser Stadt haben bisher Schulprojekte ohne grosse Opposition angenommen. Entsprechend wäre es zu begrüssen, wenn der Gemeinderat mit weniger Zurückhaltung die Realisierung von fehlender Schulinfrastruktur im Allgemeinen in Angriff nehmen würde. Die SP/JUSO-Fraktion empfiehlt die Motion zur Annahme.

Präsident: Vielen Dank. Als nächster Sprecher kommt Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir haben Freude, dass auch die GLP die Ziffer 1, eine Quartierküche für den Schulkreis Länggasse, ablehnt. Wir sehen das genau gleich, ich will das nicht gross wiederholen. Für mich ist es der falsche Ansatz. Wir lehnen aber auch die Ziffer 2 ab. Da bin ich jetzt ein bisschen ausführlicher. Früher hat man gesagt: Jedem Täli sein Spitäli. Jetzt habe ich den Eindruck, es muss einfach immer eine Aula haben. Aber denken Sie zurück. Die Länggasse hat nämlich in dem einen Gebäude keine Aula gewollt. Und jetzt kommt ein Punkt, der für mich ganz zentral ist: Wir haben im Perimeter verschiedenen Schulraum. Ich war selbst im Freien Gymnasium. Ich weiss, wie viel und häufig unsere Aula im Freigymer benutzt wird. Jeder Rektor möchte am Montag bei Semesterbeginn seine Kinder zwischen 10 nach 8 und Viertel vor 9 dahaben, um sie einzuschwören auf das neue Schulprogramm. Da muss man einfach jetzt ein bisschen kreativer sein. Wir müssen sehen, was wichtiger ist für die Schule und den Schulraum: ein grosser Pausenplatz oder eine Aula, damit der Schulleiter, der Rektor jederzeit Zugang hat, die aber wahrscheinlich einen hundsmiserablen Nutzungsgrad hat? Dann haben sie an der einen Schule halt von 8 bis 10 Uhr die Aula und die anderen kommen dann vielleicht von 14 bis 15 Uhr, und die andere Schule vielleicht am Dienstag. Aber ich glaube, sind wir ehrlich, es hat noch niemand grossen Schaden genommen, wenn er die Rede des Schulleiters einen Tag oder 4 Stunden später gehört hat als die anderen. Jetzt müssen wir doch mal klar sehen, was wichtig ist: Jeden Quadratmeter verbauen? Sie sagen ja immer: Entsiegelung und was auch immer. Und jetzt machen Sie genau das Gegenteil: Sie wollen möglichst viele Aulas, viele Versammlungslokale. Es gibt kreative Lösungen der Nutzung. Sie sind ja die, die immer Mobility predigen, Carsharing. Ich sage Aula-Sharing, das wäre eigentlich das Gebot der Stunde. Hier haben Sie das. Darum sage ich ganz klar, wir lehnen auch Ziffer 2 ab. Danke für die Unterstützung.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Wir sind offensichtlich durch mit der Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten zu diesem Thema? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Die Stadt Bern ist eine attraktive Wohnstadt für Familien mit Kindern. Deshalb wollen und müssen wir auch genügend Freizeiteinrichtungen, Grünflächen und moderne Schulen mit einem vielfältigen Betreuungsangebot zur Verfügung stellen. Die öffentliche Infrastruktur wird stetig weiterentwickelt, auch den gesellschaftlichen Trends angepasst und den Bedürfnissen entsprechend auch ausgebaut. Mit dem städtischen Bevölkerungswachstum steigt auch die Schülerinnen- und Schülerzahl und damit auch die Nachfrage nach Betreuung in einer Tagesstruktur. Ich komme zum ersten Punkt. Die Nachfrage nach Tagesbetreuung hat zusammen mit den Schülerinnen- und Schülerzahlen zugenommen. Die Nachfrage nach Tagesbetreuungsplätzen hat noch mehr zugenommen als die Schülerinnen-/Schülerzahl. Das heisst also, mehr Kinder gehen heute in die Tagesbetreuung als vielleicht noch vor 5 Jahren. Ein Beispiel dazu, um euch das zu illustrieren. Ihr könnt euch sicher noch erinnern. Es ist noch nicht so lange her, dass wir die Tagesschule Depotstrasse eröffnen konnten. Die Planung machte man damals auf einem durchschnittlichen Wachstum und der bestehenden Anzahl der Kinder, die dort dann betreut wurden. Mittlerweile ist die Tagesschule übervoll. Man musste eine zusätzliche Mittagsbetreuung machen im Pavillon auf der Muesmatt, damit alle Kinder auch in die Tagesbetreuung kommen können. Das zeigt euch: Die Bedürfnisse ändern in dieser Stadt. Und darum müssen wir auch immer wieder flexible Lösungen bieten können in Bezug auf Raum, Mahlzeiten, Produktion und Ressourcen. Damit ihr euch auch ein bisschen vorstellen könnt, welche Aufgaben uns im Bereich Tagesbetreuung bevorstehen: Bis 2030 brauchen wir gemäss aktuellen Hochrechnungen zusätzliche Kapazitäten an Mahlzeiten zwischen 5 000 bis 10 000 Mahlzeiten pro Woche. Der Vergleich zu heute mit ungefähr 16 500 Mahlzeiten pro Woche zeigt also, dass der Bedarf für Mahlzeiten gemäss Prognosen noch einmal um 50 Prozent ansteigen wird. Im Moment haben wir 2 grosse Standorte bei uns für die Mahlzeitenproduktion. Das ist zum einen die Quartierküche Ziegler und eben die Quartierküche in Bümpliz in der besonderen Volksschule. Andererseits haben wir an verschiedenen Orten auch noch Produktionsküchen; Küchen, die aber nur noch beschränkt ausgebaut werden können, weil die schon längstens ihre Kapazitäten erreicht haben. Wegen dieser aktuellen Entwicklung will der Gemeinderat neben den 2 bestehenden Quartierküchen einen neuen Standort für eine dritte Quartierküche suchen. Die bestehenden Quartierküchen befinden sich im Moment im südlichen und im westlichen Stadtteil der Stadt Bern und darum kommt für eine neue dritte Quartierküche eher ein Standort im Norden oder beziehungsweise im Osten der Stadt Bern in Frage. Daher ist es möglich – wenn man diesen Ort in der Länggasse finden würde –, dass man tatsächlich auch in der Länggasse eine Quartierküche platzieren könnte. Aber ich rede im Konjunktiv, weil wir den Standort noch nicht haben. In der Länggasse ist auch Raum gefragt wie an vielen Orten. Aber rein von der geografischen Verteilung her wäre so ein Standort sicher sinnvoll. Ich komme zum zweiten Punkt, zur fehlenden Aula. Im Schulkreis Länggasse-Felsenau haben wir im Moment etwa rund 1 500 Schülerinnen und Schüler und tatsächlich fehlt hier seit langem eine Aula, weil man den Standort, den man ursprünglich einmal wollte, nicht hat umsetzen können. Deshalb drängt sich jetzt ein Aula-Standort im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung Viererfeld sicher auf. Meine Direktion hat deshalb auch sofort das Anliegen aufgenommen und wir haben uns innerhalb der ersten Bauetappe dafür engagiert, dass wir gleichzeitig mit der Fertigstellung der ersten Bauetappe die Realisierung eines grossen neuen multifunktionalen Mehrzweckraums für die Nutzung der Schule und des Quartiers fertigstellen können, weil auf dem Schulgebäude, also auf dem Areal, wo das Schulgebäude vorgesehen ist – das habt ihr auch schon zur Kenntnis genommen –, ist der Platz sehr eng. Dort ist es

nicht möglich, eine Aula zu bauen. Aber auch hier – das an die SVP – sind wir eben nicht mehr dem Konzept verhaftet, nur eine Aula, die mehrheitlich leer steht, zu errichten. Vielmehr wollen wir dort einen grossen Mehrzweckraum errichten, der die verschiedensten Bedürfnisse, die das Quartier, aber auch die Schule, gleichzeitig erfüllen kann.

Präsident: Franziska, deine 3 Minuten sind um.

Franziska Teuscher: Ah, ich habe nur 3 Minuten? Okay. Dann wäre ich ja am Schluss. Es wäre schön, wenn ihr hinter dieser Motion stehen und sie als Richtlinie erheblich erklären.

Präsident: Danke vielmals. Wir sind bei der Abstimmung. Es wurde punktweise Abstimmung bewilligt. Wir stimmen demnach ab über Punkt Nummer 1 des Traktandums 13.

Abstimmungen

2021.SR.000114: Punkt 1 als Richtlinie		
Annahme		
Ja	44	
Nein	19	
Enthalten	0	Namensliste 023

Präsident: Das ist angenommen worden. Wir kommen zum Punkt Nummer 2.

2021.SR.000114: Punkt 2 als Richtlinie		
Annahme		
Ja	50	
Nein	13	
Enthalten	0	Namensliste 024

Präsident: Der ist angenommen worden.

2022.SR.000017

14 Interfraktionelles Postulat GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Jelena Filipovic, GB): Sind Kinder und ältere Menschen vor kommenden Hitzewellen geschützt?

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 14 auch wieder reduzierte Debatte. Das ist das interfraktionelle Postulat GB/JA!. Zuerst: Ist das Postulat bestritten? Es ist bestritten. Dann hätte Jelena Filipovic für die Einreichenden das Wort.

Jelena Filipovic (GB) für die Einreichenden: Es ist heiss und die Stadt Bern ist auf die Hitze nicht vorbereitet. Es ist nicht nur ausnahmsweise heute einmal in diesem Ratssaal heisst. Nein, es ist unsere neue Realität. Die Schlagzeilen überschlagen sich dauernd mit Meldungen, dass wir mit den wärmsten Temperaturen seit Messbeginn klarkommen müssen. Ja, wen wundert's? Also mich persönlich sicher nicht. Obwohl ich gehofft habe,

dass der Wandel langsamer spürbar sein wird. So sieht nämlich jetzt die Realität aus. Ein Modell der europäischen Wetterdienste berechnet jeweils Anfang Monat ein Saisonprogramm für verschiedene logische Parameter. Die Berechnungen von Anfang April zeigen, dass die erwarteten durchschnittlichen Temperaturen in den Monaten Mai bis Oktober in der Schweiz und im grossen Teil Europas deutlich über der Norm liegen. Deutlich über der Norm ist vielleicht ein bisschen untertrieben. Spanien und Portugal erleben gerade eine Dürre des Jahrzehnts. Und wenn es bei uns in Bern einmal einen kurzen Sommerregen gibt, freuen sich alle darüber, dass sie kurz durchatmen können. Die aktuelle Situation deckt sich mit diesen Klimaszenarien für die Schweiz. Uns erwarten in Zukunft intensivere und länger andauernde Hitzewellen, für die wir als Stadt Bern ganz klar nicht ausgerüstet sind. Manchmal höre ich das aberwitzige Argument, dass es doch schön sei, dass wir es so warm haben. Dann könne man doch einmal die Ferien auch in der Schweiz verbringen. Was für ein privilegiertes Argument. Logisch, ist es vielleicht punkto Hitze okay, wenn man an der Aare sitzt und ein kaltes Bier trinken kann. Der Spass hört aber definitiv auf, wenn man der Lohnarbeit nachgehen, mit dem ÖV unterwegs sein, Care-Arbeit leisten und tobenden schwitzenden Kleinkindern sagen muss, dass sie nicht draussen spielen können, weil es zu heiss ist, oder wenn man in der Altstadt, im «Breitsch» oder in der Länggasse wohnt und einmal aus dem Haus gehen muss, um einkaufen zu gehen. Und die Hitze ist nicht einfach nur ein bisschen unangenehm oder nur nicht lässig. Nein, sie hat reale Auswirkungen auf die Bewegungsfreiheit und auf die Gesundheit unserer Stadtberner*innen. Etwas höherer Puls, Schwächeanfälle, Kopfschmerzen sind nur ein paar davon. Im schlimmsten Fall kann der Hitzestress zum Tod führen. 2015 sind in der Schweiz über 800 Menschen aufgrund von Hitzestress frühzeitig verstorben. Das sind erschreckende Fakten. Und in der Tendenz wird es immer nur noch schlimmer. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt Bern vorbereitet ist und ob wir die für Hitzestress anfälligsten Personen wie Kinder und ältere Personen schützen können. Die Antwort ist klar. Aktuell ist das nicht der Fall. Vonseiten des Gemeinderats tönt es jeweils immer sehr positiv: Wir haben es im Griff. Wir denken bei allen neuen Projekten die Klimaanpassungen mit. Das ist Topp, aber die Realität sieht doch ein bisschen anders aus. Sich zum Beispiel heute auf einem Waisenhausplatz oder dem Helvetiaplatz oder auf einem betonierten Pausenhof aufhalten, macht ja wirklich keiner mehr freiwillig. Es braucht deshalb sowohl Sofortmassnahmen als auch eine langfristige Stadt- und Raumplanung, in der die Menschen und das Stadtklima im Zentrum stehen. Deshalb haben wir auch vor einem Jahr die Stadtklima-Initiative eingereicht und reichen heute einen interfraktionellen Vorstoss für eine zukunftsgerichtete Raum- und Verkehrsplanung ein. Aber all das macht tatsächlich nur dann Sinn, wenn wir die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen dafür aufwenden. Und ich bin es ehrlich gesagt recht leid. Seit ich in diesem Rat sitze, reden wir über die ach so klammen Stadtfinanzen. Aber was ein Investitionsstau bei den Klima-Mitigations- und -adaptionmassnahmen für die Bevölkerung real bedeutet, wird einfach ausgeklammert. Oder stellt ihr euch vor –

Präsident: Deine Zeit ist abgelaufen.

Jelena Filipovic: – dass die Leute in der Unteren Altstadt sich dann über einen besseren Jahresabschluss freuen und es ihnen scheissegal ist, dass sie sich im öffentlichen Raum nicht aufhalten können. Ich hoffe, dass Sie alle unserem Postulat zustimmen werden und sich über die Sommerferien genau überlegen, welche Priorisierung Sie im Herbst bei der Budgetdebatte verfolgen wollen.

Präsident: Merci vielmals. Ein bisschen viel «Scheisse» im Votum, aber sonst alles gut. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Lionel Gaudy für die Mitte.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Zuerst einmal: Merci Jelena für das sehr energetische Votum. Inhaltlich können wir dir völlig zustimmen. Auch uns ist das Stadtklima ein wichtiges Anliegen. Wir möchten hier einfach erwähnen, dass wir vor kurzem Frau Kruit einen Kredit gesprochen haben. Im Rahmen des Ausbaus des Fernwärmenetzes wird man für über 40 Millionen Franken klimatische Anpassungen im öffentlichen Raum machen können. Aus diesem Grund lehnen wir das Geschäft ab.

Präsident: Merci vielmals. Bevor wir weiterfahren mit Timur Akçasayar von der SP/JUSO, dies schon als mentale Vorbereitung: Das nachfolgende Traktandum ist das Traktandum 20; das für die Leute, die sich vorbereiten müssen.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Postulat selbstverständlich zustimmen. Wir unterstützen das Anliegen voll und ganz. Zu meinem Vorredner möchte ich einfach noch sagen: Es reicht nicht, dass wir den Strassenraum entsiegeln und Bäume pflanzen. Denn die Klimaveränderung ist stärker als gedacht. Die Stadt muss auch neu gedacht und neugestaltet werden. Ein paar Bäume oder die Realisierung einer Schwammstadt reichen nicht, um all die Hitzeinseln, die wir hier im urbanen Gebiet haben, zu vermeiden. Die schwächsten der Gesellschaft – Kinder und ältere Menschen, aber auch kranke Leute – müssen besonders geschützt werden. Das betrifft auch die Architektur. Das betrifft nicht nur die Plätze, das betrifft aber auch unseren Tagesablauf. Alle Arbeitsstellen oder Denkmalschützer müssen sich diesem Ziel unterordnen und auch Flexibilität zeigen, damit wir die Hitzeinseln vermeiden können. Auch unsere Tagesstruktur muss für gewisse Bevölkerungsgruppen neu gedacht werden, denn nicht ohne Grund wird in den Ländern im Süden eine ausgedehnte Mittagspause gemacht – nicht einfach so aus Spass, sondern weil es einfach ungesund ist, bei 40 Grad Hitze über Mittag zu arbeiten oder zu unterrichten. Deshalb unterstützen wir das Postulat und möchten gerne vom Gemeinderat erfahren, was er für Massnahmen sieht und wie er diese umsetzen möchte, um eben die Bevölkerung schützen zu können.

Präsident: Merci Timur. Also, ich habe offenbar auch schon ein bisschen zu heiss wegen des Klimas. Wir fahren nachher weiter mit dem Traktandum 15 und erst nachher mit 20. Sorry. Aber wir kriegen das hin. Als nächstes kommt Ueli Jaisli von der SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ja, es ist natürlich ein hochaktueller Punkt, den das interfraktionelle Postulat anspricht. Wir respektive unsere Fraktion ist der Meinung, dass man den Finger schon darauf hat, gerade an den neuralgischen Punkten, die eben diesen Hitzeperioden extrem stark ausgesetzt sind. Und vor allem geht es ja auch darum, diese Leute, denen es am meisten schaden kann – das sind einfach schon die Kinder und die älteren Leute –, unter Umständen eben auch entsprechend zu schützen. Das Problem ist einfach: Wie macht man das? Der Wunsch ist da. Wie macht man das am besten? Man kann nicht überall klimatisierte Räume schaffen. Das geht gar nicht. Erstens gibt es immer 2 Seiten. Und gerade die klimatisierten Räume brauchen sehr viel Strom, brauchen sehr viel Energie. Die Luft ist nicht die beste oder es ist im Prinzip abgekühlte Luft, die an und für sich nicht gesund ist für den Körper. Und eben jetzt aufgrund von Sachen, die man abklären wird, wogegen wir an und für sich nichts haben, das man sicher machen muss, wobei man einfach schon wieder plant, das jetzt zu

installieren und die nötigen Vorkehrungen zu treffen – vielleicht aufgrund von Angaben, die nicht ganz dem entsprechen, das man eigentlich angenommen hat. Darum, wir haben hier ... Wir sind da sehr vorsichtig. Wir haben auch ein bisschen Angst, dass das nachher wieder eine Bürokratie auslöst und einfach sehr viele Kosten generiert, um das alles zu machen. Und das Ganze basiert ja – man sagt jetzt, das komme sicher in 10, 20 Jahren – auf einer Temperatursteigerung von 3 bis 4 Grad beim Durchschnittsklima. Ob das wirklich so ist, ist einfach nach wie vor ein bisschen in der Luft. Darum lehnen wir das Postulat ab, weil wir einfach Angst haben, dass es nachher eine Lawine auslöst, die schlussendlich auch den Betroffenen gar nicht viel hilft.

Präsident: Danke vielmals, Ueli. Als nächstes Ursula Stöckli für die FDP/JF-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Vom Thema her ist uns dieses Postulat sehr sympathisch. Wir haben in dieser Stadt sehr viele Plätze, die nicht optimal geplant und ausgeführt sind. Eine Überprüfung würde auch bei Schulhauspausenplätzen, Spielplätzen und so weiter weiterhin Sinn machen. Aber ich muss hier schon sagen: Wer hat seit 30 Jahren in dieser Stadt das Sagen? Das sind nicht die Bürgerlichen, das ist Links-Grün. Und wie habt ihr die Plätze geplant? Wie wurden sie geplant? Wir haben einen Eigerplatz, der eine Katastrophe ist. Der Breitenrainplatz ist nicht wahnsinnig viel besser und das ist alles unter Rot-Grün passiert. Da muss man sich manchmal dann auch ein bisschen an den Kopf greifen. Es braucht von eurer Seite Postulate, um etwas zu machen, das von eurer Seite hätte anders gemacht werden können. Nachher hat man Plätze, die seit auch 30 Jahren nicht gemacht wurden, die, wie vorhin erwähnt wurde, Hitzeinseln sind, wie ein Waisenhausplatz. Man hat sich dort unsäglich lange Zeit gelassen. Wir haben hier in unserer Fraktion Stimmfreigabe beschlossen zu diesem Thema. Die einen sympathisieren damit und die anderen weniger. Und die Zustimmung zu diesem Postulat wäre sicher auch einfacher, wenn das Votum ein bisschen anständiger gehalten worden wäre. Das würde einen schon fast dazu bewegen, nein zu sagen. Aber wie gesagt, die Sympathien für dieses Postulat wären eigentlich da.

Präsident: Danke vielmals, Ursula. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte auch hier Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Vielen herzlichen Dank für die engagierte Debatte. Ich denke, die Klimaerhitzung ist ein Thema, das uns schon in der Vergangenheit je nachdem mehr oder weniger beschäftigt hat. Aber ich glaube schon, die jetzigen Tage mit dieser Wärme oder Hitze zeigen eben, dass wir gut daran tun, uns darauf vorzubereiten, dass es in Zukunft noch heisser wird, nicht nur am Tag, sondern auch in der Nacht. Andererseits finde ich, bei allen Klimaanpassungsmassnahmen dürfen wir nicht vergessen, dass wir auch die Ursache bekämpfen müssen. Die Ursache bekämpfen heisst, dass wir auch das Klimareglement, das sich die Stadt gegeben hat, beherzt und mit genügenden Ressourcen umsetzen. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat erheblich zu erklären, also, dass ihr das Postulat erheblich erklärt, damit wir nachher einen Bericht machen können, um aufzuzeigen, wo ist die Situation bei diesen verschiedenen Orten, Plätze, Schulhausplätzen, Umgebungen, innen und aussen, auf die die Stadteinfluss hat, unbefriedigend ist, und was man zusätzlich machen kann. Es ist natürlich nicht so, dass wir bis anhin in der Stadt Bern nichts gemacht haben. Und ich befürchte, dass die 3 Minuten, die ich zur Verfügung habe, nicht reichen, um euch alles

auszuführen, was wir in dem Bereich schon gemacht haben oder noch machen. Daher beschränke ich mich ein bisschen auf die Stichwörter. Bildung und Information sind sicher ein wichtiges Thema. Die Stadt informiert die Leitungen und die Verantwortlichen ganz vieler Institutionen für Kinder und alte Leute, für Sporttreibende – wirklich sehr breit – periodisch über die gesundheitlichen Gefahren und den Umgang mit der sommerlichen Hitze. Dafür werden Flyer zusammengestellt, die sich auf Informationen des Bundesamts für Gesundheit (BAG), also von Fachleuten stützen. Und diese Flyer sind so, dass sie für jeden Adressaten in einem Kreis verständlich sind. Auf der städtischen Webseite haben wir Informationen aufgeschaltet, zum Beispiel auch eine Karte, die zeigt, welche Schattenplätze es in der Stadt Bern gibt, und wo Brunnen sind, bei denen man auch gratis Trinkwasser haben kann. Wenn eine Hitzewelle im Anzug ist, informiert die Stadt Bern vermehrt. Wir machen Medienmitteilungen und orientieren noch einmal über Gefahren und den Umgang bei der Hitzewelle. Das regionale Führungsorgan der Stadt Bern steht Altersheimen und mobilen Pflegediensten zur Verfügung. Ich komme zu den längerfristigen Anpassungen. Hierzu wirklich nur ein Stichwort: Die Stadt Bern ist daran, einen Teilplan Kaltluftsystem zu erarbeiten: Dort, wo kalte Luft zurückgehalten werden kann, damit sie nachher in der Nacht in die Stadt gelangen kann, um die Wärmebelastung des Siedlungskörpers zu reduzieren. Ebenfalls ist die Stadt Bern daran, ein Teilkonzept für die Hitzeminderung auszuarbeiten, die das Ziel hat, dass man die absoluten und gefühlten Temperaturen für die Bevölkerung möglichst geringhalten kann. Die Stadt Bern ist auch daran, bauliche Strukturen zu Stadtstrukturtypen zusammenzufassen, für die man dann geeignete lokale Klimaschutzmassnahmen ergreifen kann. Aus Sicht der Gesundheit der Leute in der Stadt Bern wäre es sicher wünschenswert, wenn man mehr für die alten Leute tun könnte, die zum Teil isoliert wohnen, die vielleicht keine Unterstützung haben durch ihre Nachbarschaft oder durch ihre Familie. Hier hätten wir sehr gerne vom Gesundheitsdienst aus ein Projekt lanciert, um die Leute auch in der Hitzeperiode zu unterstützen. Für ein Badi-System, wie das in Genf umgesetzt wurde, muss ich leider sagen, fehlen bis anhin die Ressourcen. Im Zusammenhang mit diesem Postulat können wir euch auch aufzeigen, welche Ideen und Vorschläge die Stadt Bern sonst noch hätte.

Präsident: Wir wären in dem Fall abstimmungsbereit. Wir stimmen ab über Traktandum 14 als Postulat.

Abstimmung

2022.SR.000017: Postulat		
Annahme		
Ja	53	
Nein	10	
Enthalten	1	Namensliste 025

Präsident: Das Postulat ist überwiesen. Wir kommen zu Traktandum 15.

2018.SR.000118

**15 Motion Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA):
Die Stadt Bern vergibt Stipendien für die Nachholbildung des Verkaufspersonals am Bahnhof Bern und setzt sich für angemessene Arbeitsbedingungen ein**

Präsident: Die Motion von Zora Schneider ist vom Gemeinderat bestritten. Ich gebe deshalb das Wort Matteo Micieli, der diesen Vorstoss übernommen hat.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Gerade mal einführend: Wir wollen eine punktweise Abstimmung und wandeln auch alle Punkte in ein Postulat. Mit dieser Motion will meine Vorgängerin die teils prekäre Arbeits- und Lebenssituation von Angestellten am Berner Hauptbahnhof verbessern. Der Gemeinderat scheint das Anliegen mit uns zu teilen, will diese Motion aber nicht annehmen. Die vorliegenden Massnahmen reichen aber nicht. So ist beispielsweise die vom Gemeinderat erwähnte nachfolgende Berufslehre nur schwer vorstellbar. Viele Verkäufer*innen am Hauptbahnhof haben wenig bis gar keine finanzielle Hilfe und müssen zum Teil mit ihrem Lohn genug Geld verdienen, um ihre Familie durchzubringen und daher ist es sehr schwierig, eine schlecht bezahlte Berufslehre nachzuholen. Zudem verschlechtern die unregelmässigen Arbeitszeiten auch das Zeitmanagement. Selbst wenn die Angestellten also gnädigerweise gewisse Tage freibekommen, ist eine Doppelbelastung im Verkauf und eine gleichzeitige Ausbildung an den Wochenenden oder so kaum zu stemmen. Die schlechten Arbeitsbedingungen sind für Unternehmen natürlich auch attraktiv. Wie wir im «Bund» von heute lesen konnten, eröffnet Coop an der Christoffelpassage, also auf Stadtboden, ihre 4. Filiale. Leute bis um 22 Uhr in einer von 4 Filialen auf nächstem Raum arbeiten zu lassen, bringt offenbar viel Geld. Wir haben also die Pflicht zu schauen, dass das nicht ausgenutzt wird, dass die Angestellten nicht ausgenutzt werden. Zu Punkt 1: Der Verweis auf das Arbeitsinspektorat und die Gewerkschaften wirkt schon fast ein bisschen zynisch, weil die Betroffenen in einem Arbeitsumfeld arbeiten, in dem schon nur die Erwähnung von Gewerkschaften ihren Job gefährden kann. Der Gemeinderat sagt, dieser Punkt liege nicht in seinem Kompetenzbereich, aber betroffene Geschäfte liegen teilweise auf städtischem Boden. Darum fragen wir uns ein bisschen, ob nicht gewisse Vorschriften über die Arbeitszeiten und die Löhne im Mietvertrag enthalten sein könnten. Zu Punkt 2: Wir sind der Meinung, dass Angestellte, die das ganze Jahr inklusive Wochenenden und Feiertagen unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen und sehr schlechtem Lohn arbeiten, unsere Unterstützung verdient haben. Wie schon gesagt, die Arbeitssituationen sind dementsprechend noch schlimmer, als wenn wenigstens die Sonntage frei wären. Da wir in ein Postulat wandeln, könnte man diesen Punkt so anpassen, dass die Rechtsgleichheit eingehalten ist. Zu Punkt 3: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Arbeitsbedingungen auf städtischem Boden im Bahnhof schon einmal diskutiert wurden, aber sie scheinen leider nicht eingehalten zu werden. Zum Beispiel werden die Arbeitszeiten nur eine Woche und manchmal nur ein paar Tage vor Arbeitsbeginn mitgeteilt. Bei Krankheit werden zum Teil Doppelschichten geleistet. Krank zur Arbeit zu gehen ist eher die Regel als eine Ausnahme. Das ist so weit gegangen, dass in einem Fall eine Mitarbeiterin in einem Valora-Kiosk am Bahnhof kollabiert ist, weil sie Fieber hatte. Deshalb sollten wir die Arbeitsverträge der Geschäfte auf städtischem Boden überprüfen und die nötigen Konsequenzen ziehen. Wie ihr wisst, gab es seit der letzten Diskussion im Stadtrat einen Fall, bei dem der Mietvertrag nicht mehr verlängert wurde. Das wäre interessant zu wissen. Und nachher

Punkt 4: die Inkenntnissetzung der SBB begrüßen wir sehr. Nach persönlicher und jahrelanger Erfahrung der Motionärin selbst werden die arbeitsrechtlichen Standards am Hauptbahnhof nicht eingehalten, und darum ist eine genauere Überprüfung der zur Verfügung stehenden Mittel der Stadt Bern, die das verhindern könnten, dringend notwendig. Wir bitten also die Gemeinde- und die Stadträte, die einzelnen Punkte dieses Postulats zu überweisen.

Präsident: Danke vielmals. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Johannes Wartenweiler für die SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Grundsätzlich haben wir natürlich Verständnis für das Anliegen dieser Motion, die jetzt in ein Postulat gewandelt ist. Die Arbeitsbedingungen am Bahnhof sind sicher nicht einfach: komische Stunden, es ist manchmal dunkel und es hat kein Tageslicht, man arbeitet durchaus auch am Wochenende. Das haben wir alles einer Abstimmung zu verdanken, mit der man einmal beschlossen hat, dass man an Bahnhöfen am Wochenende offenhaben darf. Und ja, man hat natürlich nur die Öffnungszeiten reguliert und nicht die Arbeitsbedingungen. Trotzdem: So, wie es ein wenig dargestellt ist, ist es natürlich ein bisschen eine Verelendungstheorie. Dass es allen, die am Bahnhof arbeiten, so schlecht geht, wie hier formuliert, glaube ich nicht. Es gibt durchaus auch eine Selbstbestimmung in solchen Jobs. Und daher finden wir bei allem Verständnis für einzelne Schicksale, dass vielleicht der Arbeitsort Bahnhof nicht per se das Desaster ist, wie es hier ein wenig dargestellt wird. Aber trotzdem ist es wichtig, dass die Arbeitsbedingungen auch am Bahnhof sauber kontrolliert werden, dass geschaut wird, dass die Arbeitsgesetze eingehalten werden. Es ist aber einfach auch so, dass es an ganz vielen anderen Orten auch ganz elende Geschichten gibt. In den Pflegeheimen gibt es auch am Wochenende Arbeit und das wird hier zum Beispiel mit keinem Wort erwähnt. Wir haben hin und her diskutiert und sind sehr froh, dass die Motionäre zum Postulat gewandelt haben. Wir haben für das Ganze Stimmfreigabe beschlossen. Zum Teil können wir das inhaltlich unterstützen, zum Teil finden wir aber halt auch, dass es die falsche Flughöhe ist. Wir können in der Stadt schlicht und einfach nicht alles klären und lösen, was zum Teil auf Bundesebene, zum Teil aber auch in der Kompetenz der Sozialpartner ist. Und deswegen haben wir jetzt beschlossen, auch dank der Wandlung, dass wir hier Stimmfreigabe machen werden.

Präsident: Merci vielmals, Johannes. Als nächstes Dolores Dana von der FDP/JF-Fraktion.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion: Mein Vorredner und ich sind uns selten einig, aber jetzt bei dem Vorstoss sind wir uns sehr einig. Es war nämlich ein sehr differenziertes Votum. Und so, wie es in diesem Vorstoss ausgeführt wird, finden wir den Vorstoss wirklich grenzwertig undifferenziert und sogar zum Teil diffamierend. Er stellt einmal alle Geschäfte im Bahnhof Bern unter Generalverdacht. Und keiner der Vorwürfe ist belegt, nichts ist detailliert. Wir haben jetzt zwar so gewisse Ausführungen gehört. Ob die stimmen, kann ich nicht beurteilen, und es ist halt schon so: Bis zu einem gewissen Grad hat man die Möglichkeit, sein Leben zu wählen. Und es hat solche, die dort arbeiten, die das bewusst so wollen, weil sie Studenten sind, weil sie am Wochenende halt die Möglichkeit für einen Zusatzverdienst haben, und so weiter und so fort. Also ich kann die Zustände, wie sie hier beschrieben wurden, eigentlich nicht bestätigen. Und ich bin jemand, der jeden Tag durch den Bahnhof geht, weil das halt mein

Arbeitsweg ist. Und Einzelfälle gibt es überall. Aber wie Johannes schon gesagt hat, müsste man an anderen Orten dann auch hinschauen, weil dort, wo man hin leuchtet, findet man dann etwas. Etwas finde ich aber trotzdem noch interessant. Wir hatten es ja jetzt von den Sonntagsverkäufen und – ich kann mich erinnern – es gab hier auch eine riesige Diskussion, ob man will oder nicht. Und genau der Gegner, der heute Grossrat der SP ist, hat sich vehement gegen die Öffnungszeiten gewehrt. Ich musste einmal ausnahmsweise dort am Sonntag einkaufen gehen. Das ist sonst eigentlich nicht meine Art. Und wer ist dort? Der Kollega Grossrat der SP. Es war ihm peinlich und dann habe ich gelacht und gesagt: Gell, ist praktisch? Ja, es ist eben sehr praktisch. Und für einmal ist die Antwort des Gemeinderats klipp und klar, kein Herumdrucksen wie sonst. Und was den SBB-Teil angeht, würde ich hier auch empfehlen, dass man halt mit den Gewerkschaften redet. Die sind sehr gut vernetzt. Hier in diesem Vorstoss ist Mietrecht mit Arbeitsrecht und mit weiss-der-Teufel-was-allem vermischt worden. Definitiv die falsche Flughöhe. Wir lehnen diesen Vorstoss ab. Als Motion hätten wir ihn sowieso abgelehnt und als Postulat auch.

Präsident: Merci vielmals. Dann kommt als nächstes Franziska Geiser, für GB/JA!

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Wir sind froh, dass wir über das Postulat zu den Stipendien für das Verkaufspersonal am Bahnhof Bern punktweise abstimmen können. Es ist grundsätzlich ein Skandal, dass es überhaupt Anstellungen gibt, in denen die Menschen zu wenig zum Leben verdienen. Erwerbsarmut ist einfach Ausbeutung. Deswegen unterstützen wir die Punkte 3 und 4 des Postulats. Die Stadt Bern soll in ihrem Teil des Bahnhofs nur Geschäfte erlauben, die faire, existenzsichernde Löhne zahlen und faire Arbeitsbedingungen garantieren. Gleichzeitig soll die Stadt Druck auf die SBB ausüben, in ihrem Teil des Bahnhofs auch nur Geschäfte einzumieten, die faire Löhne und faire Arbeitsbedingungen garantieren. Zu Punkt 1 haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Wir sind nicht sicher, ob es einen Bericht braucht, der den Spielraum der Stadt Bern in Bezug auf die Arbeitsbedingungen im Bahnhof aufzeigt. Vielleicht braucht es gar keine Berichterstattung, vielleicht braucht es eher Kontrollen. Es geht darum zu kontrollieren, ob Geschäfte auf Stadtboden die arbeitsrechtlichen Standards einhalten oder nicht. Den Punkt 2 lehnen wir ab. Hier werden faire Löhne und faire Arbeitsbedingungen mit Stipendien gekoppelt. Diese Verbindung leuchtet uns nicht ein. Die Menschen sollen sich weiterbilden können. Und klar, muss der Kanton das Stipendienwesen ausbauen, sodass mehr Leute eine Ausbildung oder Weiterbildung machen können, auch wenn sie arm sind. Aber auch Menschen ohne Ausbildung oder Weiterbildung sollen für ihre Arbeit so viel verdienen, dass sie finanziell ein sorgenfreies Leben führen können. Und auch Menschen, die gar keine Lohnarbeit verrichten, sollen ein finanziell sorgenfreies Leben führen können. Genug Geld zum Leben brauchen ja schliesslich alle. Das Versprechen, dass eine gute Ausbildung zu einem guten Job führt und zu einer fairen Entlohnung, wird schon lange nicht mehr eingelöst. Aus diesem Grund ist für uns gar nicht klar, warum das Postulat diese beiden Themen anschaut. Wir lehnen also den Punkt 2 ab. 3 und 4, wie schon gesagt, nehmen wir an.

Präsident: Vielen Dank, Franziska. Als nächster kommt Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Es ist natürlich schon so: In diesem Vorstoss wird jetzt gerade der Raum Bahnhof etwas als Wildwestarbeitsort dargestellt, also ohne irgendwie rechtlichen Schutz für jene, die dort arbeiten – einfach so ein bisschen. Die

müssen angestellt werden, die werden angestellt, und das zu Löhnen, die vom Betreiber des Geschäfts bezahlt werden. Das ist natürlich ein bisschen Unfug in diesem Vorstoss und es ist total übertrieben und sicher auch nicht gerechtfertigt für die Leute, die dort arbeiten respektive auch für die Leute, die dort Geschäfte haben. Ich finde das ein bisschen unfair, wie es aufgebaut ist. Ich persönlich arbeite in einem Schichtbetrieb. Ich arbeite in der Einkaufsmeile Lyssach. Wir haben auch kein Tageslicht, aber deswegen sterbe ich nicht. Das sind einfach heute Sachen, die man, wenn man arbeiten will, vielleicht manchmal halt auch in Kauf nehmen muss, und dann eben, wie gesagt, entsprechend darauf reagieren kann. Man muss nachher halt vielleicht ein bisschen in die Natur hinaus und etwas Sport machen. Es klingt jetzt alles ein bisschen romantisch. Aber es ist etwas dran. Und wir leben zusammen. Wir wollen alle, dass es uns gut geht. Da ist es halt die Bedingung, dass, wenn ich Frühschicht habe, vielleicht um 6 oder 7 Uhr anfangen, damit die Ware bereit ist, wenn die Leute um 8.30 Uhr kommen, und dass das alles reibungslos funktioniert. Bei uns ist es so: Wir sind vertragsrechtlich ganz gut abgesichert. Man kann wählen, ob Früh- oder Spätschicht, je nachdem. Und das funktioniert eigentlich recht gut. Und man ist sich auch bewusst, was man eingeht, wenn man eine Arbeitswahl trifft. Was jetzt da einfach wieder gefordert wird, das sind einfach ein bisschen Wildwestwünsche. Jetzt soll die Stadt schauen. Die Stadt soll zu dem schauen, die Stadt soll mit jenem reden, die Stadt soll dieses veranlassen. Das ist einfach unsachgemäss verfasst. Es wird auch an der Situation nachher nichts nützen, weil die Stadt im Perimeter Bahnhof einfach auch einen beschränkten Einflussbereich hat. Und schlussendlich wird das Ganze nachher vielleicht sogar ein bisschen lächerlich gemacht und nützt eben sehr wenig. Und ich glaube, wir sind heute so weit, wir leben in einem Rechtsstaat, wo wir Gewerkschaften haben, Arbeitsverträge haben. Das ist alles hieb- und stichfest rechtlich abgesichert, so dass man nicht zusätzlich die Stadt organisieren muss, die nachher wieder Spiegelfechtereien macht, die überhaupt nichts bringen und den Betroffenen nichts nützen. Ich weiss, dass wir Situationen haben, in denen die Leute ... es ist leider so, ich muss jetzt das Wort in den Mund nehmen, zum Beispiel bei den Sanspapiers: Da gibt es dort Situationen. Die wollen ja teilweise auch arbeiten und machen nachher einfach zu Bedingungen die Arbeit, die ihnen aufdiktiert werden, sonst werden sie gespickt. Das habe ich also auch schon gesehen und dort ist das etwas ganz anderes, aber dort ist einfach teilweise einfach schon eine recht grosse Unsicherheit. Deshalb sagen wir zu diesem Vorstoss ganz klar Nein. Er ist nicht zielführend. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt sein, schlussendlich für Recht und Ordnung zu schauen.

Präsident: Danke vielmals, Ueli. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Der Gemeinderat ist sich seit jeher der Problematik prekärer Arbeitsbedingungen sehr bewusst. Er geht davon aus, dass solche Arbeitsbedingungen in der Zukunft leider noch zunehmen werden. Aufgrund der Pandemie und der fortschreitenden Digitalisierung gibt es Ansätze, die zeigen, dass wir uns in Zukunft wahrscheinlich vermehrt und gemeinsam dafür wehren müssen, dass diese Menschen nicht noch mehr ausgebeutet werden, auch in der Stadt Bern. Was macht die Stadt in diesem Bereich in ihrem Kompetenzbereich? Die Stadt engagiert sich im Zusammenhang mit der Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration mit der Förderung der Grund- und Schlüsselkompetenzen und mit niederschwelligem Qualifizierungsangeboten genau für die Menschen, die Schwierigkeiten haben, ohne zusätzliche Qualifikationen im Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden. Dadurch wird

die Ausgangslage dieser Stellensuchenden auf dem Arbeitsmarkt verbessert, so dass Anschluss im ersten Arbeitsmarkt gefunden werden kann, dort, wo das möglich ist. Gleichzeitig nutzt die Stadt auch ihren Spielraum, um gegen prekäre Arbeitsbedingungen vorzugehen, unter anderem auf dem Boden, wo sie bei der Vermietung der Verkaufsflächen im Bahnhof zuständig ist. Durch die schriftliche Zusicherung will sie die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Standards gewährleisten. Ich kann nicht im Namen des Gemeinderates dazu Stellung nehmen, ob der Gemeinderat bereit wäre, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich kann nur sagen, ich persönlich finde, man kann – oder wenn der Stadtrat will – Punkt 3 und 4 als Postulat annehmen. Die Punkte 1 und 2 bitte ich euch abzulehnen, auch als Postulat.

Präsident: Vielen Dank, Franziska Teuscher. Wir sind in diesem Fall auch hier bereits bei den Abstimmungen angelangt. Es ist punktweise Abstimmung verlangt worden inklusive Wandlung in ein Postulat in allen 4 Punkten. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 1 Traktandum 15 als Postulat.

Abstimmungen

2018.SR.000118: Punkt 1 als Postulat	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	36
Enthalten	7
Namensliste 026	

Präsident: Er ist abgelehnt worden. Wir kommen zu Punkt 2 als Postulat.

2018.SR.000118: Punkt 2 als Postulat	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	44
Enthalten	8
Namensliste 027	

Präsident: Punkt 2 ist abgelehnt worden. Wir kommen zum Punkt Nummer 3 als Postulat.

2018.SR.000118: Punkt 3 als Postulat	
Annahme	
Ja	39
Nein	21
Enthalten	2
Namensliste 028	

Präsident: Punkt 3 ist angenommen worden. Wir kommen zum Punkt Nummer 4 als Postulat.

2018.SR.000118: Punkt 4 als Postulat	
Annahme	

Ja	39	
Nein	23	
Enthalten	0	Namensliste 029

Präsident: Der ist angenommen worden.

- Die Traktanden 20, 21, 23 und 27 und 28 werden vorgezogen -

2016.SR.000238

20 Motion Fraktion GLP (Melanie Mettler, GLP) - übernommen durch Lionel Gaudy (Mitte): Baudirektion statt Präsidialdirektion

Präsident: Wir wären in dem Fall jetzt beim Traktandum Nummer 20. Das ist die Motion der Fraktion GLP/JGLP. Die Motion wurde übernommen durch Lionel Gaudy. Sie ist durch den Gemeinderat bestritten. Ich übergebe deshalb das Wort dem Einreichenden oder Übernehmenden Lionel Gaudy von der Mitte-Fraktion.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Einreichenden: Ihr seht es: Dieser Vorstoss ist 2016 eingereicht worden. Die Antwort des Gemeinderats ist aus dem Jahr 2017 und sicher nicht mehr ganz so aktuell, was aber die Forderung nicht weniger aktuell macht. Einerseits ist es nach wie vor wichtig, dass man das Stadtpräsidium rotierend macht, und andererseits sind wir immer noch der Meinung, dass man eigentlich das Planungs-, Bau- und Immobilienwesen politisch in einer Direktion zusammenfassen sollte. Eigentlich ist es schön, dass dieser Vorstoss genau jetzt und heute traktandiert wird. Im Herbst werden wir darüber abstimmen, ob die Fusion mit Ostermundigen zustande kommt. Und genau in diesem Rahmen wäre solch eine Überlegung respektive so ein Bericht des Gemeinderats sehr zu begrüssen. Darum wird die Motion gewandelt in ein Postulat, und damit ihr differenzierter abstimmen könnt, verlangen wir auch punktweise Abstimmung, und wir bitten euch, insbesondere Punkt 2 zuzustimmen, damit der Gemeinderat vorzeitig einen sauberen Bericht vorlegen kann.

Präsident: Ich notiere: Du hast punktweise Abstimmung verlangt, aber nicht gewandelt oder hast du gewandelt? Du hast gewandelt. Wir werden mit den Fraktionsvoten starten. Tom Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Herzlichen Dank für die punktweise Abstimmung. Das habe ich nämlich genau so im Namen der Fraktion FDP/JF erbeten. Es ist so, dass wir dem ersten Punkt nicht zustimmen können. In unseren Augen leuchtet das nicht ein, wieso wir so einen Paradigmenwechsel machen sollten. Es ist in unseren Augen korrekt, dass wir auch weiterhin eine Person als Stadtpräsident*in wählen, die oder der das Amt nachher auch 4 Jahre übernimmt und auch prioritär die Repräsentation gegen aussen wahrnimmt. Es ist ja schon heute so organisiert, dass nicht exklusiv der Herr Stadtpräsident die Funktion wahrnehmen kann. Punkt 2 stimmen wir ganz klar zu. Es ist auch richtig, wie es Lionel Gaudy bereits ausgeführt hat, – als hätte man 2016 schon ahnen können, in welchem Timing dieser Vorstoss im Parlament behandelt werden wird: Wir begrüssen ganz klar, dass, sobald die Fusion zustande kommen sollte, eine entsprechende Verwaltungsreform durchgeführt wird. Wir möchten aber auch ganz klar sagen, dass wir die Verwaltungsreform auch verlangen, sollte diese Fusion im Oktober scheitern. Es ist in unseren Augen klar, dass so, wie die Direktionen heute verteilt sind,

das nicht mehr aufgeht, dass es nicht mehr zeitgemäss ist, dass man ein Ungleichgewicht hat, dass man auch viel zu viele Doppelspurigkeiten hat. Namentlich zu erwähnen ist beispielsweise, dass bis heute jede Direktion einen eigenen Personaldienst hat, obwohl wir bereits zweimal im Rahmen von AFP-Debatten Planungserklärungen überwiegen haben zu dem Thema. Und das Bauwesen/das Planungswesen ist auch ein Bereich, wo man merkt, wie problematisch es sein kann, wenn 4 Direktionen gleichzeitig für das gleiche Thema verantwortlich sind und dadurch eigentlich ein riesiger organisatorischer Overhead in der Verwaltung aufgebaut wird, und am Schluss die Projekte alles andere als schneller vorwärtskommen. Mehr Ostermundigen wagen. Das sollten wir, ob wir fusionieren oder nicht, so oder so machen. Es triggert mich jedes Mal, und man kann es nicht oft genug sagen, dass die Mundiger innerhalb von 10 Jahren ein Hochhaus bauen können und wir 10 Jahre brauchen, um vielleicht mal herausfinden, was man mit einem Platz wie der Schützenmatte künftig eventuell machen könnte oder vielleicht halt trotzdem nicht, weil es noch einmal eine Partizipation braucht. Oder dann muss noch eine andere Direktion etwas dazu sagen. Darum werden wir Punkt 2 zustimmen.

Präsident: Vielen Dank, Tom. Dann käme als nächstes Michael Sutter für die SP/JUSO-Fraktion.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Darüber, wie die Direktionen richtig aufgeteilt werden könnten oder sollten, gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. Wir sind auch der Meinung, dass es hier Handlungsbedarf gibt und dass man diese Fusion auch nutzen sollte, um die Direktionen neu zusammenzustellen. Die Planungs- und Baudirektion ist eine prüfenswerte Idee, aber wohl auch nicht gerade der Weisheit letzter Schluss. Sinnvollerweise müssten dort ja auch die Verkehrsplanung und das Tiefbauamt integriert werden. Auch dort wird geplant und gebaut. Beim Bau von Schulhäusern oder einer Sportanlage sind das Schulamt und das Sportamt involviert. Die müssten dann auch noch dazukommen, für das Stadttheater auch noch gerade das Kulturamt. Am Schluss würde eine Superdirektion mit einem grossen Teil der städtischen Ämter entstehen, die im nächsten Schritt entsprechend wieder auf mehrere Direktionen aufgeteilt werden müsste. Warum die Schaffung einer Baudirektion ausschliessen sollte, dass es weiterhin ein Stadtpräsidium gibt, bleibt das Geheimnis der Motionäre. Die SP/JUSO-Fraktion sieht ganz unabhängig von der Person, die dieses Amt bekleidet und seiner Partei, durchaus sehr gute Gründe dafür, an einem Stadtpräsidium festzuhalten. Der Vortrag des Gemeinderates ist dazu sehr ausführlich. Die SP/JUSO-Fraktion befürwortet eine Vergrösserung des Gemeinderates auf 7 Mitglieder im Rahmen der Fusion mit Ostermundigen. Und genau in diesem Rahmen ist eben auch zu klären, wie die 7 Direktionen künftig am besten konstituiert werden. Die Schaffung einer Baudirektion ist dabei sicher zu prüfen. Zum jetzigen Zeitpunkt lehnen wir die Forderungen der Motion in dieser Form ab.

Präsident: Vielen Dank, Michael. Dann käme Claude Grosjean auch für die GLP/JGLP-Fraktion.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion: Zu Punkt 2 dieser Motion sagen wir nach wie vor Ja, weil wir der Meinung sind, dass das Problem nicht gelöst ist, und seit Jahren ist eigentlich der politische Wille da, Wohnraum zu schaffen. Es ist der politische Wille da, dass die Stadt sich hier auch engagiert und seit Jahren passiert nichts. Natürlich schreibt der Gemeinderat, dass es auch externe Faktoren gibt, die dies verhindern. Wir

haben aber trotzdem das Gefühl, dass eines der zentralen Probleme die sogenannte Verantwortungsdiffusion ist. Denn wir haben es gehört: Bis zu 4 Direktionen oder zumindest etwa 2 Direktionen, nämlich Stadtplanung, Hochbau bei der PRD und die strategische Führung des Finanzvermögens und die Bewirtschaftung der Liegenschaften im Finanz- und im Verwaltungsvermögen bei der FPI sind involviert. Das führt dazu, dass man sich auf die Füsse steht, statt dass alles aus einer Hand kommt. Darum würden wir es unterstützen, wenn Planung, Realisierung und Betrieb in der gleichen Direktion wären. Die Situation mit Ostermundigen, die damals noch nicht so auf dem Tisch war, führt aber zu einer anderen Ausgangslage bezüglich Punkt 1 dieser Motion oder des jetzigen Postulats. Warum wollte man damals ein Rotationssystem einführen? Die Überlegung war, dass der Gemeinderat sagen wird, jene Direktion, die alles drin hat, hat zu viel Gewicht, ist zu gross. Es hat keine dieser 5 Nasen die Kapazität, diese zu übernehmen. Um diesem Argument entgegenzuwirken, hat damals Melanie Mettler vorgeschlagen, das Stadtpräsidium zu rotieren, wie das beispielsweise in Genf bekannt ist. Jetzt mit der Situation mit Ostermundigen sieht das anders aus. Es kommen sowieso mehrere Aufgaben neu zu der Stadt. Die Diskussion über die Vergrösserung des Gemeinderats wird geführt werden, wie wir gehört haben. Und darum werden wir uns bei Punkt 1 enthalten und Punkt 2 als Postulat überweisen.

Präsident: Merci vielmals, Claude. Als nächstes kommt Raffael Joggi für die AL.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA-Fraktion wird den Eindruck nicht los, dass in dieser Antwort des Gemeinderats Empfindlichkeiten zum Ausdruck gekommen sind, insbesondere zu Punkt 1. Ich begrüsse es ausdrücklich, dass einzeln abgestimmt wird. Wir bedauern auch ausdrücklich, dass man bei Punkt 1 nicht bei einer Motion, einer echten Motion in dem Fall, geblieben ist. Wir denken, dass die Antwort des Gemeinderats tatsächlich nicht auf diesen Punkt eingeht oder irgendwie dem Ansatz der Motionärin gerecht wird. Es sieht fast ein bisschen so aus, als hätte der Gemeinderat diesbezüglich tatsächlich nicht eine zeitgemässe Vorstellung. Denn stellt euch mal vor, wir hätten ein Rotationssystem, jetzt bei Punkt 1. Dann wäre natürlich die Idee, dass die Verwaltung ein bisschen mehr übernehmen würde und nicht so viel an dieser Person hängt. Das ist ja die Idee dieser Motion. Es ist unser Anliegen, dass der Präsidialfetisch ein bisschen heruntergefahren wird. Wir glauben nicht daran, dass ein Rotationssystem, wie es heisst, die Aussenwirkung oder das Know-how schmälern würde. Wir glauben sicher mit dem Gemeinderat, dass der Bundesrat dort Probleme hat. Aber das Problem ist sicher nicht, dass die Bundesratspräsident*in jedes Jahr neu heisst. Das sind andere Faktoren. Wir können es uns sehr gut vorstellen. Wir glauben allerdings auch nicht, dass sich das Volk derartig mit dem Stadtpräsidentin, dem Stadtpräsidenten identifiziert. Dass das Interesse so gross ist an dieser Wahl, heisst nicht automatisch, dass man das Amt oder die Person derart schätzt. Ich kann mich in der Stadt für ihn interessieren und mich trotzdem über ihn ärgern. Das passt gut zusammen. Wir sind der Meinung, dass man dies tatsächlich als Motion hätte annehmen können. Wir nehmen es selbstverständlich auch als Postulat an und machen bei Punkt 2 Stimmfreigabe.

Präsident: Vielen Dank, Raffael. Als nächstes kommt Ursina Anderegg für GB/JA!

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Danke für den Vorstoss. Es gibt angeregte Diskussionen. Wir finden es grundsätzlich sehr spannend, über diese Reformen nachzudenken. Wir sind aber auch wie der Gemeinderat der Meinung, dass diese beiden

Forderungen eigentlich nichts miteinander zu tun haben. Aber das ist eigentlich mehr eine formale Sache. Da könnte man darüber hinwegsehen. Abgesehen davon finden wir es aber nicht zielführend, einfach ein Thema wie die Forderung nach einer Baudirektion herauszupicken; vor allem nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Denn vielleicht wäre zum Beispiel auch eine Klimadirektion noch recht angebracht in der heutigen Zeit. Wir finden, wenn, dann muss das in der Gesamtauslegeordnung zu den Verwaltungsstrukturen und Direktionen diskutiert werden. Und das haben wir heute jetzt schon mehrmals gehört, das ist uns ja auch angekündigt worden im Zusammenhang mit der Fusion. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst das sehr und wartet darauf, dass die Reform kommt, wieder 7 statt 5 Gemeinderät*innen. Wir finden auch, dass die Diskussion kommen muss, unabhängig vom Fusionsentscheid. In diesem Zusammenhang können wir diese Diskussionen führen, auch dazu, welche Arten, welche Direktionen es dann geben wird. Wir finden aber grundsätzlich die Idee eines rotierenden Stadtpräsidiums nicht nur uninteressant und würden darum Punkt 1 als Postulat mitüberweisen und dem Gemeinderat mit auf den Weg geben, damit er das in die Gesamtauslegeordnung, die kommen wird – 7 statt 5 –, einbezieht. Punkt 2 lehnen wir aber ab, weil wir finden, das ist jetzt einfach willkürlich auf etwas fokussiert, das wir noch nicht beurteilen können.

Präsident: Vielen Dank, Ursina. Dann kommt Thomas Fuchs für die SVP-Fraktion.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion: Der Vorstoss ist eigentlich verjährt. Es ist 7 Jahre her, seit er eingereicht wurde. Und er ist, wenn man ihn liest, etwa gleich aktuell wie die Teilnehmer, die ihn unterzeichnet haben. Wir versprechen uns von diesem Vorstoss nicht viel. Wenn wir einen rollenden Stadtpräsidenten haben, der immer wechselt, ist das nicht unbedingt besser. Es ist ein bisschen ein Experiment, von dem ich finde, dass man sich nicht darauf einlassen muss, oder sich nicht allzu viel davon versprechen sollte. Die Stadt Bern hat ganz andere Probleme, als dass der Stadtpräsident nicht alle Jahre wechselt. Wir werden Punkt 1 in dem Sinn ablehnen. Punkt 2 ist jetzt auch gewandelt in ein Postulat. Das ist in dem Sinn nicht mehr tragisch, bringt aber auch nicht viel. Es ist richtig, dass man solche Sachen immer wieder anschaut. Wenn ich jetzt gerade an die künftigen Rechnungen denke, daran, wie die Jahresrechnungen dann dargestellt werden, so überlege ich mir vor allem auch, dass man nicht zu viele Änderungen machen sollte, weil man sonst überhaupt keinen Vergleich mehr hat. Wenn man Sachen zusammenlegt oder auseinandernimmt, ist die Vergleichbarkeit der Jahresrechnungen von einem Jahr zum anderen auch immer schwieriger; auch bei der Budgetplanung. Hier haben wir in dem Sinn eine Stimmfreigabe. Ein Teil wird es annehmen, ein Teil ablehnen. Es spielt eigentlich keine Rolle. Wie gesagt, der Vorstoss ist eigentlich verjährt.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Als nächstes Lionel Gaudy für die Mitte-Fraktion.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Merci vielmals für die spannende Diskussion. Die Mitte sieht es ein bisschen anders als der Vorredner. Der Vorstoss ist immer noch hochaktuell. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass etwas wie ein rotierendes Stadtpräsidium durchaus Vorteile bringen kann. Das Festhalten an einer Person, an einer Identifikationsfigur erachten wir nicht als zeitgemäss. Der zweite Punkt ist auch sehr aktuell. Ich glaube, die Wohnungsnot ist in den letzten Jahrzehnten selten so hoch gewesen wie momentan, und gerade die Schaffung oder immerhin die Prüfung der Schaffung einer Baudirektion könnte durchaus Abhilfe schaffen. Ich erlaube mir noch eine Bemerkung an die Adresse der SP/JUSO-Fraktion. Michael, du hast gesagt, diese

Forderung wäre durchaus prüfenswert. Aus genau diesem Grund haben wir das in ein Postulat gewandelt, das heisst, mit der Zustimmung wird das geprüft. Und darum würde ich mich freuen, wenn ihr dem auch zustimmen könntet.

Präsident: Vielen Dank. Dann käme Francesca Chukwunyere für die GFL/EVP-Fraktion.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion lehnt beides auch als Postulat ab; ganz einfach, weil es a) aus der Zeit gefallen ist, und b) nächstens sowieso diskutiert werden muss; spätestens wenn Ostermundigen allenfalls auch zu uns kommt. Wir haben es gehört, es gibt bereits die Forderung, dass der Gemeinderat auf 7 vergrössert werden sollte. In diesem Zusammenhang muss man sowieso über eine schlauere Verteilung dieser Direktionen reden. Wir lehnen es deshalb ab, jetzt quasi das in Bezug auf nur eine Direktion zu fordern, sondern würden es vorziehen, dazu eine Gesamtschau zu halten. Wir sind auch nicht grundsätzlich gegen ein rotierendes Stadtpräsidium. Ich könnte mir auch zum Beispiel ein Co-Präsidium vorstellen. Warum nicht? Ich finde, hier könnte man offen sein. Aber ich finde den Zeitpunkt, um das jetzt zu verabschieden, verfehlt, weil sowieso so viele Änderungen anstehen. Darum lehnen wir das im Moment ab.

Präsident: Merci vielmals, Francesca. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann hätte im Namen des Gemeinderats Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Der Gemeinderat hat in seinen Ausführungen in der Antwort ja ziemlich genau erklärt, warum er welche Position hat. Ich halte hier einfach ein paar Punkte fest. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Stadtpräsidium die Stadt nach aussen vertritt und dass das durch eine Person passieren soll. Das Rotationsmodell ist schweizweit auf der Stufe der Gemeinde wenig bekannt und wird wenig umgesetzt. Und das Rotationsmodell ist aus Sicht des Gemeinderates auch nicht sehr effizient. Wenn man die Diskussion auf der anderen Ebene anschaut, sowohl auf Bundes- als auch Kantonsebene, geht die Diskussion eher in eine andere Richtung, weniger in Richtung «mehr» als «weniger» Rotation. Zu Punkt 2 ist zu sagen: Auch der Gemeinderat findet es legitim, dass man immer wieder über die Organisation nachdenkt, die Strukturen hinterfragt. Aber der Gemeinderat lehnt es ab, dass man einfach sagt, so sieht die Baudirektion aus und der Rest kümmert uns nicht. Und Schnittstellen wird es immer geben. Ich glaube, dessen muss man sich bewusst sein, auch wenn man jetzt die Abteilungen anders zusammensetzt. Sicher, im Zusammenhang mit der Fusion mit Ostermundigen wird man die Strukturen anpassen müssen. Aber ich denke, auch ohne Fusion macht es Sinn, dass man immer wieder überprüft, ob die Stadtverwaltung richtig zusammengesetzt ist, und wo man Schwerpunkte setzen will. Sind die Schwerpunkt, die man bei der Reduktion von 7 auf 5 hatte – das ist doch mittlerweile fast 20 Jahre her – immer noch richtig? In diesem Sinn wird sicher der Gemeinderat oder ein neuer Gemeinderat sich auch überlegen, wie die Strukturen aussehen sollen, aber sicher nicht so, wie das in dieser Motion verlangt wird.

Präsident: Danke vielmals, Franziska. Wir sind in diesem Fall auch hier beschlussfähig. Wir stimmen über die gewandelte Motion ab und stimmen punktweise ab. Wir fangen an: Punkt 1 des Traktandums 20.

Abstimmungen

2016.SR.000238: Punkt 1 als Postulat

Ablehnung

Ja	19
Nein	37
Enthalten	6

[Namensliste](#) 030

Präsident: Punkt 1 ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 2 als Postulat.

2016.SR.000238: Punkt 2 als Postulat

Ablehnung

Ja	15
Nein	44
Enthalten	4

[Namensliste](#) 031

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 21. Das ist die Motion der GLP/JGLP «Erwerbsanreiz statt Ruhestandsrente – Anpassung der Gemeinderatsrenten». Ich übergebe das Wort den Einreichenden.

2021.SR.000041

21 Motion Fraktion GLP/JGLP (Corina Liebi, JGLP/Michael Ruefer, GLP): Erwerbsanreiz statt Ruhestandsrente – Anpassung der Gemeinderatsrenten

Corina Liebi (JGLP) für die Einreichenden: Ruhestandsgehälter sind heute nicht mehr zeitgemäss. In diversen Kantonen, Städten und Gemeinden hat man sie schon abgeschafft. In der Stadt Bern bleiben sie aber weiterhin unangetastet. Das ist bis zu einem gewissen Grad logisch. Ich meine, welcher Gemeinderat will seine eigene Pfründe abschaffen. Das ursprüngliche Ziel von Ruhestandsgehältern war es zu verhindern, dass Exekutivmitglieder sich noch während ihrer Amtszeit um einen neuen Job bewerben müssen, wie das ja für den Rest der Bevölkerung noch der Fall ist. Auch wollte man Personen kurz vor der Pensionierung schützen, weil ihre Chancen auf eine Stelle im Arbeitsmarkt nicht mehr so hoch waren. Dem kann man sicher bis zu einem gewissen Grad auch heute noch Rechnung tragen. Das heisst aber nicht, dass man unverhältnismässige Privilegien für jüngere Gemeinderatsmitglieder austeilen muss. Es darf von ihnen wie auch vom Rest der Bevölkerung erwartet werden, dass sie sich beruflich noch einmal neu orientieren. Wenn der Gemeinderat sagt, dass eine Analyse aus den vergangenen Jahren zeigt, dass sich die Ruhegehälter und Abfindungen die letzten Jahre bewährt haben und keiner Revision bedürfen, ist das reiner Pfründenerhalt. Jetzt ist es an der Zeit, die Pfründen abzuschaffen. Damit der Vorstoss mehrheitsfähig wird, folgen wir zähneknirsch dem Vorschlag des Gemeinderates. Wir beantragen aus dem Grund punktweise Abstimmung und werden Punkt 1 als Motion und die Punkte 2 bis 6 als Postulat überweisen.

Präsident: Danke vielmals, Corina. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Gestartet wird mit Tom Berger von der FDP.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP/JF wird dem Vorstoss zustimmen. Wir finden aber auch gut, dass punktweise abgestimmt wird beziehungsweise, dass er teilweise gewandelt wurde. Denn ich muss schon sagen: Man ist bei den Punkten 2 bis 6 schon ein bisschen stark ins Detail gegangen. Wir hätten grundsätzlich begrüsst, wenn man es bei Punkt 1 belassen hätte, dass das Reglement angepasst werden soll. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass das Reglement in der heutigen Form Fehlanreize schafft, und dass das definitiv nicht in allen Situationen fair ist. Ich mache ein fiktives Beispiel. Stellt euch vor, ein ehemaliges Mitglied der Berner Stadtregierung tritt freiwillig von diesem Amt zurück und bezieht von der Stadt Bern ein Ruhegehalt. Diese Person weiss haargenau, dass, wenn sie eine neue Anstellung oder ein neues Einkommen erzielt, das über das Ruhegehalt hinausgeht, das Ruhegehalt entsprechend gestrichen wird. Bei gewissen Einkommen wird es entsprechend gekürzt. Jetzt übernimmt diese Person ein Amt, bei dem sie auf ihre Spesenentschädigung verzichtet, obwohl die vorherige Person in diesem Amt die Spesenentschädigung bezogen hat, und zwar, weil das Ruhegehalt um den Betrag dieser Spesenentschädigung gekürzt würde. Vielleicht können sich ältere Semester noch daran erinnern, dass das Beispiel, das ich als fiktiv bezeichnet habe, leider alles andere als fiktiv ist. Das ist Eins-zu-eins so passiert. Und es darf definitiv nicht länger möglich sein, dass jemand nach dem freiwilligen Ausscheiden, nach dem freiwilligen Rücktritt aus dem Gemeinderat einfach auf anderweitige Einkommen verzichtet, weil es halt bequemer ist, das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Bern zu beziehen.

Präsident: Merci vielmals. Dann käme Ursina.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Für die GB/JA!-Fraktion ist es ein bisschen ein Rätsel, wie genau der grosse Handlungsbedarf für die Forderungen hergeleitet wird. Es ist mir jetzt auch nicht so ganz klarer geworden nach dem Votum der Einreichenden. Wir stossen uns vor allem an der Argumentation, dass es für ehemalige Gemeinderät*innen einen Anreiz brauchen soll, damit sie wieder einer anderen Erwerbstätigkeit nachgehen. Das zeugt grundsätzlich von einem sehr seltsamen Menschenbild. Und gerade im Zusammenhang mit Personen, die sich für ein Gemeinderatsamt entscheiden, wirkt es sogar recht absurd. Und der Vorstoss setzt sich aus irgendwelchen Gründen mit einem Problem auseinander, das gar nicht existiert. Also Tom, du hast kryptisch einen Fall angedeutet. Wir haben das Gefühl, dass irgendetwas heraufbeschworen wird, was eigentlich gar kein eigentliches Problem ist. Wir lehnen darum den Vorstoss in allen Punkten ab, unabhängig davon, ob als Motion oder als Postulat. Es ist auch unmöglich zu beurteilen, was mit welchem Punkt in diesem Detailgrad wirklich bezweckt werden soll.

Präsident: Merci vielmals, Ursina. Dann käme Dominic Nellen für die Fraktion SP/JUSO.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Motion klar ab, auch wenn sie gewandelt wurde. Unsere Fraktion ist mit dem Gemeinderat der Meinung, dass in diesem Bereich kein Handlungsbedarf besteht. Wir anerkennen, dass das Ausüben eines Exekutivamts mit einer gewissen Unsicherheit in Bezug auf die berufliche Zukunft bei einer Nichtwiederwahl oder bei einem vorzeitigen Altersrücktritt verbunden ist. Die heutige gesetzliche Grundlage ist genau dafür da und erfüllt auch ihren Zweck. Die Motionär*innen zeigen in der Begründung nicht wirklich auf, weshalb eine Revision in unserer Stadt notwendig ist. So wird nicht geltend gemacht, dass es zu

Missbräuchen gekommen oder solche wahrscheinlich wären. Wir kennen auch keine ehemaligen Gemeinderät*innen, die nach ihrem Amt einfach auf der faulen Haut liegen und es sich mit der anschliessenden Abfindung gut gehen lassen. Der Gemeinderat legt in seiner Antwort auch dar, dass sämtliche ehemaligen Gemeinderäte – ich zitiere – «einer ertragsreichen Erwerbstätigkeit» nachgehen. Ich wage die Behauptung, dass Gemeinderät*innen eher arbeitssame Menschen sind und das auch nach ihrem Amt bleiben. Bezüglich der Beiträge an die berufliche Vorsorge wird der Gemeinderat selbstständig eine Überarbeitung des Reglements vorlegen, wie er selbst ausführt. Hier braucht es die Motion oder das Postulat nicht. In diesem Sinn lehnt unsere Fraktion die Motion respektive das Postulat ab.

Präsident: Vielen Dank, Dominic. Dann käme Thomas Fuchs für die SVP.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion: Man muss ehrlich sein. Bei dem Vorstoss ist nicht viel Fleisch am Knochen. Es liegt finanziell nicht viel drin, denn in diesem Bereich wurde auch schon viel getan, etwa die Anpassung der Gemeinderatsrente. Trotzdem sind wir der Meinung – und wir werden das unterstützen –, dass man das nochmals anschaut, weil die Tendenz bei Politikern natürlich schon so ist, dass man letztendlich probiert, sich möglichst gut abzusichern. Und meine Vorrednerin hat gesagt, die Unsicherheit, die man in die Privatwirtschaft hat, hat man natürlich auch, wenn man für einen Gemeinderat kandidiert und irgendwann das Risiko hat, dass man nicht mehr wiedergewählt wird, und dass man dann eine möglichst gute Lösung will für den einzelnen Betroffenen. Aber wenn man es vom Steuerzahler aus anschaut oder vom Bürger, der irgendwo arbeitet und dessen Firma übernommen wird oder zugeht oder was immer, dann ist wahrscheinlich das Risiko, dass dieser auf der Sozialhilfe landet, grösser als bei einem Gemeinderat. Aus unserer Fraktion kam ja auch der Vorstoss bezüglich den Gemeinderatslöhnen, die man auf 200 000 Franken beschränkt. Damals gab es auch so ein Gejammer. Man hat gesagt, wir finden keine guten Leute mehr. Fakt ist ja, dass alle, die Gemeinderat wurden, vorher weniger verdient haben. Und es nicht umgekehrt so, dass die sich einschränken müssten. Wenn man heute schaut, wie hoch die Löhne der Gemeinderäte sind, stellt man fest, mit der Teuerung und allem liegen sie schon wieder weit über den 200 000, die die Bevölkerung als richtig erachtet hat. Die ganze Lohndiskussion ist immer wieder ein grosses Thema, nicht nur beim Gemeinderat, sondern auch bei anderen Unternehmungen. Wenn ich jetzt die BKW oder was immer nehmen würde, wo die Löhne doch recht hoch sind, mit einem, sagen wir mal, beschränkten Risiko, dass man den Job verliert ... In diesem Sinn finden wir es gut, dass man dies einmal anschaut. Aber wie gesagt: Sehr viel ist wahrscheinlich hier nicht herauszuholen. Und für diejenigen, die jetzt schon im Gemeinderat sind, ist es dann ohnehin nicht mehr massgebend, weil der Besitzstand gilt.

Präsident: Danke vielmals, Thomas. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Dann hätte Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Das Altersvorsorgereglement und das Entschädigungsreglement sind die Basis für die Entschädigung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für ihre politische Führungsarbeit, wenn sie aus dem Gemeinderat ausscheiden. Dem Gemeinderat scheint es wichtig, dass Gemeinderatsmitglieder, die ihr Mandat nicht mehr weiterführen, auch einen gewissen Schutz haben, nicht nur für die Phase nachher, sondern auch für die Phase, während der sie Gemeinderätinnen oder Gemeinderäte sind. Sie sollen sich nämlich während ihrer Amtszeit ohne Rücksicht auf

andere Interessen und unabhängig auf die Führung ihres Amtes konzentrieren. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es für seine Mitglieder selbstverständlich ist, dass Mandatserträge zum Beispiel aus Verwaltungsratsmandaten bereits an die Staatskasse übergeben werden. Das ist heute schon längstens der Fall. Die Analyse der vergangenen Jahre hat aber gezeigt, dass die Regelung, die Ausrichtung der Ruhegehälter und die Abfindungen der ehemaligen Mitglieder des Gemeinderates sich bewährt hat, dass kein Missbrauch gemacht wird, wie wahrscheinlich einige unter Ihnen ein bisschen vermuten. Es ist nämlich nicht so, dass die Gemeinderatsmitglieder, die im jüngeren Alter nicht mehr Gemeinderät*in sind, von dieser Entschädigung, die sie zugute haben, im vollen Umfang Gebrauch gemacht haben. Einfach im Übergang, nachdem sie vielleicht nicht mehr gewählt worden waren oder sich entschieden hatten, zurücktreten, war das nötig. Und ich glaube, diese Absicherung haben die Gemeinderatsmitglieder auch zugute. Es ist auch nicht so, dass man einfach zu dem Ruhegehalt kommt. Es muss nämlich kumulativ erfüllt sein: die Nichtwiederwahl, das Alter und die Amtsdauer. Es ist also vorgesorgt, dass man nicht einfach Gelder ausgibt oder, wie Thomas Fuchs gesagt hat, dass man da grosse Einsparungen machen könnte. Es ist nicht so, dass Gemeinderatsentschädigungen exzessiv gebraucht werden. Wo der Gemeinderat auch Handlungsbedarf sieht, ist die Regelung der betreffenden Beiträge an die berufliche Vorsorge, die wirklich hohe Kostenfolgen hat. Und das entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Diesen Auftrag hat der Gemeinderat aber bereits erteilt und dazu werden Grundlagen erarbeitet, damit man nachher die Änderung auch vornehmen kann.

Präsident: Wir sind auch hier beschlussfähig und stimmen punktweise ab. Punkt 1 als Motion.

Abstimmungen

2021.SR.000041: Punkt 1 als Motion		
Annahme		
Ja	32	
Nein	29	
Enthalten	0	Namensliste 032

Präsident: Das ist angenommen worden. Wir kommen zu den restlichen Punkten 2 bis 6 jeweils als Postulat. Wir kommen zu Punkt 2.

2021.SR.000041: Punkt 2 als Postulat		
Ablehnung		
Ja	29	
Nein	32	
Enthalten	1	Namensliste 033

Präsident: Das ist abgelehnt. Wir kommen zu Punkt 3.

2021.SR.000041: Punkt 3 als Postulat		
Ablehnung		
Ja	29	
Nein	32	

Enthalten	1	Namensliste 034
-----------	---	---------------------------------

Präsident: Das ist abgelehnt. Wir kommen zum Punkt 4.

2021.SR.000041: Punkt 4 als Postulat		
Ablehnung		
Ja	29	
Nein	32	
Enthalten	1	Namensliste 035

Präsident: Abgelehnt. Wir kommen zu Punkt 5.

2021.SR.000041: Punkt 5 als Postulat		
Ablehnung		
Ja	29	
Nein	32	
Enthalten	1	Namensliste 036

Präsident: Abgelehnt. Wir kommen zu Punkt 6.

2021.SR.000041: Punkt 6 als Postulat		
Ablehnung		
Ja	29	
Nein	32	
Enthalten	1	Namensliste 037

Präsident: Das ist abgelehnt worden. Wir hören hier auf, gehen ein bisschen früher in die Pause und sind dafür hoffentlich ultrarechzeitig um 20.30 Uhr zurück für die letzte Sitzung. Ich wünsche allen einen guten Appetit.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

X

X

Michael Hoekstra

Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 21.50 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Valentina Achermann	Thomas Glauser	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Claude Grosjean	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Lukas Gutzwiller	Barbara Nyffeler
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Halua Pinto de Magalhães
Tom Berger	Erich Hess	Simone Richner
Diego Bigger	Thomas Hofstetter	Claudio Righetti
Lea Bill	Matthias Humbel	Mirjam Roder
Laura Binz	Seraphine Iseli	Sarah Rubin
David Böhner	Ueli Jaisli	Mahir Sancar
Michael Burkard	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Eva Chen	Anna Jegher	Florence Schmid
Francesca Chukwunyere	Raffael Joggi	Nicole Silvestri
Dolores Dana	Nora Joos	Chandru Somasundaram
Milena Daphinoff	Barbara Keller	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Ingrid Kissling-Näf	Irina Straubhaar
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Therese Streit-Ramseier
Alexander Feuz	Anna Leissing	Michael Sutter
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Sofia Fisch	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Thomas Fuchs	Simone Machado	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Szabolcs Mihalyi	Paula Zysset
Franziska Geiser		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Gabriela Blatter	Kurt Rüegsegger
Janina Aeberhard	Fuat Köçer	Vanessa Salamanca
Ruth Altmann	Salome Mathys	Sara Schmid
Mirjam Arn	Michael Ruefer	Bettina Stüssi

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretä- rin	-Franck Brönnimann, stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
-------------------------------------	--	-------------------------------

2019.SR.000041**19 Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): PEQ: die Energie-Strategie für die zukünftigen Areale in Bern**

Präsident: Ich heisse alle willkommen zurück aus dieser verregneten Pause. In der Zwischenzeit haben wir auch aus Ostermundigen das Ergebnis bekommen. Es ist mit grosser Mehrheit durchgekommen, das heisst, es wird effektiv zur Abstimmung zur Fusion Ostermundigen mit der Stadt Bern kommen. Ich gratuliere dem Grossen Gemeinderat von Ostermundigen zu dieser mutigen Entscheidung und wir sind gespannt auf die Abstimmungen im Herbst – oh Alex, du bist verregnet worden. Wir starten ins Traktandum Nummer 19. Wir führen nach wie vor eine reduzierte Debatte. Das Traktandum, die Motion von GB/JA!, ist teilweise vom Gemeinderat bestritten. Ich übergebe darum das Wort den Einreichenden. Das ist Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Unsere Motion fordert vom Gemeinderat zu prüfen, welche Areale in der Stadt Bern geeignet wären, um darauf ein Plusenergie-Quartier (PEQ) zu realisieren. Das ist der erste Punkt und diesen Punkt will der Gemeinderat auch annehmen, was wir natürlich gut finden. Der zweite Punkt fordert den Gemeinderat auf, die planerischen Voraussetzungen zu schaffen, damit ein solches Quartier entstehen kann. Der Gemeinderat lehnt diesen Punkt ab, weil er sagt, es sei im kantonalen Energiegesetz nicht erwähnt, dass PEQ vorgeschrieben werden können. Hier hätten wir uns schon ein bisschen mehr Fantasie gewünscht. Dieser Vorstoss fordert nämlich nicht, dass planerisch ein PEQ vorgeschrieben werden muss, sondern lediglich, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, sodass ein solches Quartier entstehen kann. Es geht also um das Ermöglichen und nicht um das Vorschreiben. In einer Überbauungsordnung hat unter dem Energiegesetz, welches bei der Beantwortung des Vorstosses noch gegolten hat, einiges geregelt werden können, welches das Entstehen von so einem PEQ begünstigen würde. Seit der Beantwortung von diesem Vorstoss ist aber einiges passiert, und es ist unter anderem das neue kantonale Energiegesetz in Kraft getreten. Das neue Gesetz geht weiter als sein Vorgänger und erlaubt beispielsweise die Festsetzung der Gesamtenergieeffizienz einer Überbauung. Auch wenn das jetzt immer noch nicht ausreicht, um ein PEQ planerisch vorzuschreiben, kann man mit entsprechenden Verhandlungen mit Miteigentümer*innen oder Mitbauherren und Baudamen durchaus daraufhin gewirkt werden, dass auch in Bern ein PEQ entstehen könnte. Mit diesen neuen Voraussetzungen sind die Argumente des Gemeinderates gegen den Punkt 2 also nicht mehr wirklich haltbar und wir bitten euch darum, auch den zweiten Punkt als Motion zu überweisen.

Präsident: Danke vielmals, Katharina. Wir kommen den Fraktionsvoten. Ich sehe keine Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ich sehe auch keine Einzelvoten. Dann hat hier bereits Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ich komme gerade von einer hochkarätigen und spannenden Debatte in Ostermundigen und lasse mich jetzt wieder einfach hier auf ein. Also Punkt 1 betrifft die Kompetenz des Gemeinderates. Wir empfehlen Ihnen, diesen Punkt als Richtlinie anzunehmen. Wenn man solche Festlegungen für die Grundeigentümer verbindlich treffen möchte, dann haben wir auch unter dem neuen Energiegesetz

gewisse Schwierigkeiten. Aber wir haben das in die Energie- und Klimastrategie aufgenommen, dass wir solche Fälle auch prüfen wollen. Und wir werden die Energie- und Klimastrategie bis Ende dieses Jahres oder Anfang des nächsten Jahres als Neuauflage beschliessen und dann werden wir das dort auch integrieren können. Wir sind dort sehr offen. Insgesamt gibt es einfach zum PEQ zu sagen, dass die natürlich einfacher sind, wenn man nicht sehr dicht baut. Wenn man sehr dicht baut, je nach Voraussetzungen, sind dann die Ziele eines PEQ sehr anspruchsvoll zu erreichen. Wichtig ist, dass man möglichst energieeffizient ist und dass man vor allem den richtigen Energieträger hat. Aber wir sind grundsätzlich sehr offen für diesen Punkt. Ich danke euch, wenn ihr Punkt 1 als Richtlinie überweist. Der Punkt 2 ist ein bisschen schwieriger, den grundeigentümerverbindlich festlegen zu können, aber dafür muss ich den gerade noch einmal kurz lesen. Zum Thema «die planerischen Voraussetzungen schaffen»: Wir werden sicher in diese Richtung arbeiten, aber verbindlich umsetzen, das wird sehr schwierig sein. Das können wir dort machen, wo wir Anschlusspflichten oder wo wir Fernwärmeanschlüsse machen. Aber je nachdem haben wir nicht die Möglichkeit, alle Festlegungen zu machen, dass es dann wirklich in einem privaten Quartier zu einem PEQ kommt. Ich möchte ihnen aber vielleicht noch ein Beispiel geben, dass es eben möglichst wichtig ist, in Richtung Energieeffizienz zu gehen und Gewinne dann je nachdem erst am Schluss zu erzielen. Wir haben ja schon lange das Ziel, dass wir ein Plusenergie-Schulhaus bauen können und wir haben, ohne es zu wollen im Bethlehem-Ackerschulhaus einen Haufen Sonnenkollektoren, das heisst, eine Fotovoltaikanlage hinaufgetan und haben das Bethlehem-Ackerschulhaus auch gut isoliert. Es ist möglich, dass wir am Schluss unter dem Strich beim Bethlehem-Ackerschulhaus, das natürlich gute Voraussetzungen hat, weil es eben nicht so dicht ist, das Plus Energie erreicht haben. Wir haben auch für das Viererfeld-Schulhaus den Anspruch, dass wir ein Plus-Energieschulhaus machen. Dort werden wir sehr gezielt darauf hinarbeiten. Also Plusenergie ist möglich. Es hängt sehr stark von den Voraussetzungen ab. In einem sehr dichten Quartier und je nach Exposition nicht so in einem begünstigten Quartier ist es auch heute nach wie vor sehr anspruchsvoll. Wir sind offen gegenüber diesem Vorstoss. Wir sind vor allem sehr offen gegenüber der Idee. Bei der Umsetzung müssen wir ein bisschen Spielraum haben, dass wir das dort umsetzen können, wo es möglich ist und dort, wo es nicht möglich ist, dass wir dort eben den nötigen Spielraum haben. Herzlichen Dank.

Präsident: Danke vielmals Alec. Wir kommen zu der Abstimmung über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2019.SR.000041: Punkt 1 als Richtlinie, Punkt 2 als Motion	
Annahme	
Ja	40
Nein	20
Enthalten	0
	Namensliste 038

Präsident: Die Motion ist angenommen worden. Traktandum 20 haben wir bereits gemacht. Wir kommen jetzt zum Traktandum 22.

2020.SR.000257

22 Postulat Fraktion GLP/JGLP (Marianne Schild, GLP) - übernommen durch Claude Grosjean (GLP): Chancen und Risiken gesenkter oder erhöhter Unternehmenssteuern

Präsident: Ist das Postulat bestritten?. Es ist bestritten. Dann gebe ich das Wort den Einreichenden. Das wäre Claude Grosjean.

Claude Grosjean (GLP) für die Einreichenden: Ich möchte dem Gemeinderat ganz herzlich für die Bearbeitung und Beantwortung dieses Postulats danken. Wir sind einverstanden mit den Ausführungen, die der Gemeinderat dazu macht und würden darum gerne das Postulat so überweisen und gleichzeitig auch den Prüfungsbericht annehmen. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Claude. Wir wären bei den Fraktionsvoten, dann käme für GB/JA! Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: So, da bin ich wieder. Ich habe das GLP-Päckchen bekommen, was wirklich unterhaltsam ist. Das Postulat, das ich gemacht habe, weist grundsätzlich auf eine interessante Ausgangslage hin. Deshalb haben wir auch den Bericht des Gemeinderates sehr interessiert gelesen. Es geht einfach darum, dass die Stadt neu die Möglichkeit hat, die Unternehmenssteuern unabhängig von der Steueranlage der natürlichen Personen zu erhöhen oder zu senken. Das Postulat stellt aber aus unserer Sicht die falsche Frage, nämlich die der volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Senkung oder Erhöhung der Unternehmenssteuern. Die Fragestellung offenbart das vorherrschende neoliberale Dogma, welches im Moment in der Mehrheitssteuerpolitik in dem Land gemacht wird. Der ursprüngliche Sinn von Steuern wäre eigentlich, dass sich natürliche und juristische Personen am Gemeinwohl finanziell beteiligt. Es hat sich aber seit ein paar Jahrzehnten eine Ideologie durchgesetzt, die vor allem betreffend der Unternehmenssteuer propagiert, dass es bei der Festlegung der Steuersätze um eine Wettbewerbsfrage geht. Steuerpolitik sei eine Frage von volkswirtschaftlichen Entwicklungen in dieser Wettbewerbslogik, das sagen sie, das sagt auch Ihr. Genau das Dogma ist schädlich für das Gemeinwohl, weil die Ideologie vom Steuerwettbewerb dazu führt, dass Gemeinden, Kantone, Staaten Unternehmenssteuern gegenseitig runterbieten in der Hoffnung, dass sie möglichst viele zahlungskräftige Unternehmen bei sich ansiedeln. Die Unternehmenssteuer, vor allem für die ganz grossen Konzerne, wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf eine perverse Art heruntergeschraubt auf den verschiedensten politischen Ebenen und das auf dem Buckel der Allgemeinheit. Das vorhandene Geld ist falsch verteilt. Der allergrösste Teil ist in den Händen von sehr, sehr wenigen. Es ist eine Umverteilung nach oben im Gang und sie hört nicht mehr auf. Die Wettbewerbslogik ist auch eine asoziale Haltung gegenüber allen anderen Standorten, in denen man Unternehmen wegnehmen will, damit sie zu uns kommen und uns das Geld geben. Das heisst, es fehlt dann an anderen Standorten. Und zweitens werden die ganze Zeit Steuergeschenke gemacht. Der Staat wird gleichzeitig abgebaut, immer unter den bürgerlichen Drohhauptungen, dass irgendwelche Unternehmen eben wegziehen würden an andere Orte, wenn jetzt nicht sofort die Steuern gesenkt werden. Sparpaket um Sparpaket bei der Bildung, im Gesundheitswesen und im Sozialwesen. Wir haben uns leider langsam daran gewöhnt. Der Gemeinderat ist zum Glück nicht nur auf die falsche volkswirtschaftliche Frage eingegangen bei der

Beantwortung des Postulats und hat sich auch zur eigentlichen interessanten Frage geäußert, nämlich wie viel eine Unternehmenssteuererhöhung auf städtischer Ebene für den städtischen Haushalt ausmachen würde. Er zeigt also eine finanzpolitische Schraubstelle auf, die wir dann einmal in Zeiten haben, in denen der städtische Haushalt eben nicht mehr stabil wäre, sondern in Schieflage geraten, könnten wir darauf zurückgreifen. Das ist aber zum Glück aktuell nicht der Fall. Die GB/JA!-Fraktion wird das Postulat ablehnen.

Präsident: Merci vielmals, dann hätte das Wort Lena Allenspach von der SP/JUSO-Fraktion.

Lena Allenspach (SP) für die Einreichenden: Wir müssen aufhören, den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen oder Gemeinden unter dem Deckmäntelchen der sogenannten Standortattraktivität weiter anzuhetzen oder noch mehr kleine Schlupflöcher auf Kosten der Bevölkerung zu schaffen. In der Schweiz bestimmen nach wie vor grosse Konzerne, wie viele Steuern sie bezahlen, welche Löhne oder welche Umweltstandards sie erfüllen wollen. Das zeigt sich exemplarisch an der Umsetzung der OECD-Mindeststeuer, von der vor allem Baselstadt und Zug und damit die grossen Firmen in diesen Kantonen wie Glencore profitieren und das, obschon das Ziel dieser Mindeststeuer ein ganz anderes gewesen ist. Die Drohkulisse des Wegzuges hat offenbar nach wie vor Gewicht. Für die SP/JUSO-Fraktion ist eine Senkung der Steuern für juristische Personen und Unternehmen nicht tragbar. Stattdessen sollten wir darüber reden, wie die Unternehmenssteuern schweizweit harmonisiert, der Finanzausgleich reformiert und der interkantonale Wettbewerb eingedämmt werden kann, weil die Eindämmung des Steuerwettbewerbs ein erster Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit ist. Schlussendlich entscheidet die Steuerpolitik über die Verteilung von Reichtum und Macht in unserer Gesellschaft. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt das Postulat klar ab.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat hier noch Alec von Graffenried das Wort. Er verzichtet. Dann kommen wir hier bereits zur Abstimmung. Wir stimmen ab über Traktandum Nummer 22: Erheblichkeitserklärung des Postulates.

Abstimmung

2020.SR.000257	
Ablehnung	
Ja	27
Nein	34
Enthalten	0
	Namensliste 039

Präsident: Das Postulat ist abgelehnt. Der entsprechende Prüfungsbericht erübrigt sich in diesem Stil auch gerade. Wir kommen zum Traktandum Nummer 23: interfraktionelle Motion GFL/EVP, Mitte, FDP/JF.

2022.SR.000050

23 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, Mitte, FDP/JF (Marcel Wüthrich, GFL/Therese Streit, EVP/Sibyl Eigenmann, Mitte/Tom Berger, FDP): Eindämmung der Propaganda-Flut im Wahl- und Abstimmungscover

Präsident: Der Antrag ist vom Gemeinderat bestritten. Ich übergebe deshalb das Wort den Einreichenden. Das wäre Marcel Wüthrich von der GFL/EVP-Fraktion.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Einreichenden: Es scheint, dass wir mit unserem Anliegen die Propagandaflut im Wahlcouvert zu reduzieren, in der Verwaltung zumindest halboffene Türen aufstossen. Weil im Vorstoss die erste Zeile irgendwie untergegangen ist, hier zuhanden des Protokolls den vollständigen ersten Satz: «Die Stimmbevölkerung der Stadt Bern hat für die Gemeindewahlen vom 29. November 2020 ein 630 Gramm schweres Couvert mit umfangreichem Propagandamaterial erhalten.» In der Stadt Bern mit 85'000 Wahlberechtigten ergibt das einen Papierberg von stolzen 54 Tonnen und das ist ein bisschen schade vom Ressourcenverschleiss her, weil das meiste des Papiers wahrscheinlich ungelesen relativ schnell im Altpapier verschwinden wird. Für viele Stimmberechtigte ist es auch ein Ärgernis, wenn pro Haushalt das gleiche Informations- und Propagandamaterial noch mehrfach zugestellt wird. Und dann kommt noch dazu, dass sowohl der Kanton wie auch die Stadt den staatlich bezahlten Werbematerialversand kennen, was sicher einmal gut gemeint gewesen ist, aber in der heutigen Zeit irgendeinen falschen Anreiz setzt. Weil auch nicht damit zu rechnen ist, dass in absehbarer Zeit das E-Voting-System verfügbar sein wird, welches das Papier bei Wahlen und Abstimmungen gänzlich überflüssig macht, fordern wir mit dieser Motion eine Übergangslösung. Wir sind dem Gemeinderat deshalb dankbar, dass der Punkt 1 als erfüllt angeschaut werden kann. Wir erwarten, dass die Parteien in den nächsten Wahlen eingeladen werden, ihre Wahlprospekte per PDF einzureichen und diese auf der städtischen Webseite auf übersichtliche Weise aufgeschaltet werden können. In Punkt 2 fordern wir die Möglichkeit für die Stimmberechtigten zu einem Opting Out des Papierversands des Propagandamaterials. Das heisst, dass auf einer geeigneten elektronischen Plattform der Stadt man wählen kann, ob man auf die Zustellung vom Propaganda- und Informationsmaterial in Papierform verzichten will. Und um klar zu sein, dass bedingt einen aktiven Schritt der Stimmberechtigten. Wenn jemand den Schritt nicht macht, was ziemlich oft passieren wird, dann bleibt nämlich alles beim Alten und den Stimmberechtigten wird weiterhin das gesamte Stimmmaterial inklusive das Propagandamaterial im Wahlcouvert zugestellt. Die Forderung ist also eine relativ geringfügige Anpassung, bei der die Stimmberechtigten ihren Entscheid selber treffen können. Jetzt ist es noch so, dass auf kantonaler Ebene eine ähnlich lautende Motion hängig ist. Die eingereicht worden ist durch den GLP-Grossrat Casimir Von Arx und von der Mitte und der SP unterstützt wird.

Präsident: Marcel deine Zeit ist durch.

Marcel Wüthrich (GFL) setzt sein Votum fort: Es ist deshalb sinnvoll, dass man mit dem Kanton ein abgestimmtes Verfahren zur Reduktion der Papierflut anstrebt und im Idealfall sogar der Bund dabei wäre. Wir folgen deshalb der Argumentation des Gemeinderates, wonach ein koordiniertes Vorgehen mit dem Kanton Sinn macht und es eben nicht sinnvoll ist, wenn man als Staat ein isoliertes Vorgehen wählen würde. Dabei

könnte ein Durcheinander entstehen, wenn zum Beispiel bei demselben Abstimmungs-termin kein städtisches Material, aber dafür das kantonale und das eidgenössische Material zugestellt wird. Wir finden im Weiteren auch, dass dort, wo es relevant ist, nämlich bei den Gemeindewahlen, die alle 4 Jahre und üblicherweise losgelöst von weiteren Wahlen und Abstimmungen stattfinden, dass dort die Stadt in eigener Kompetenz aktiv werden könnte und das auch sollte. Wir regen an, im Sinne eines Pilotprojektes das Opting Out als Pilotversuch anzubieten. Die Stimmberechtigten, die das Opting Out dann wählen, die wissen dann haargenau, was sie machen und auf was sie verzichten, weil das eben ein bewusster Akt ist und sie das aktiv machen müssen. Wir gehen davon aus, dass ein erheblicher Teil der Wahlberechtigten bereit ist, mindestens das Propagandamaterial bei Wahlen auf einer elektronischen Plattform zu konsultieren, und auf die Papierform verzichten werden. Und das ist dann sicher auch eine Frage, wie das Ganze kommuniziert wird. Die Einreichenden folgen aus diesen Gründen den Argumenten des Gemeinderates und wandeln den Punkt 2 in ein Postulat um. Und dieser Haltung schliesst sich auch die GFL/EVP-Fraktion an und dankt gleichzeitig der Stadtverwaltung für die wohlwollende Weiterentwicklung des Vorstosses. Besten Dank.

Präsident: Vielen Dank Marcel! Wir wären in diesem Fall bei den Fraktionsvoten. Da käme Michael Sutter für die SP/JUSO-Fraktion.

Michael Sutter (SP) für die SP-JUSO-Fraktion: Gerade bei Wahlen ist es zugegebenermassen sehr viel Material, welches an alle Stimmberechtigten verschickt wird. Auch für die Abstimmungen vom 18. Juni haben wir alle ein ziemlich dickes Couvert aus dem Briefkasten genommen. Eine Reduktion des Umfangs des verschickten Materials ist deshalb sicher prüfenswert. Denkbar wäre zum Beispiel, dass man die Abstimmungsbotschaften etwas schlanker macht, dass nicht mehr zwingend alles mehrfach darin stehen muss, vielleicht mit zusätzlichen Informationen im Internet oder auch eine Reduktion des Gewichts der Wahlbroschüren. Ein Opting Out kann aber sicher nicht die Lösung sein. Neben den Argumenten in der Antwort des Gemeinderates geht es hier vor allem auch um gleich lange Spiesse für alle, die zum Beispiel zu den Wahlen antreten. Nicht abbestellen, kann man nämlich die ganze bezahlte Werbung auf Plakaten, Inseraten und im Briefkasten. Es ist deshalb wichtig, dass im offiziellen Abstimmungs- und Wahlmaterial alle die gleiche Möglichkeit haben, ihre Positionen darzulegen und ihre Kandidierenden zu präsentieren. Sonst entscheidet am Schluss alleine das Portemonnaie der jeweiligen Parteien und Abstimmungskomitees, welche Argumente die Stimmberechtigten überhaupt noch erreichen. Das Beschaffen der Entscheidungsgrundlagen für demokratische Wahl- und Abstimmungsprozesse wird zu einer Holschuld der Stimmberechtigten degradiert. Ein Opting Out aus dem demokratischen Meinungsbildungsprozess darf es nicht geben und es wäre vor allem eines hochgradig schädlich für die Demokratie. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt Punkt 2 des Vorstosses trotz Sympathien für das Anliegen auch in Form eines Postulats klar ab.

Präsident: Merci vielmals Michael. Dann käme Thomas Fuchs für die SVP.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion: Es ist ein bisschen ein lustiger Vorstoss auf eine Art, vielleicht auch fast ein bisschen heuchlerisch. Man versucht hier zu sagen, dass man für die Umwelt schauen will. Es wird zu viel Papier bedruckt. Wenn man dann schaut, wer es eingereicht hat und ich nehme jetzt bewusst die EVP. Dort hat die erste Kandidatin schon Werbung für die Nationalratswahlen gemacht und schon Flyer in alle Haushalte verschickt. Die EVP tritt mit 96 Kandidaten an, auf 4 Listen. Dann fangt doch

einmal bei euch an, damit, den Leuten ein bisschen weniger Papier zuzustellen, und es ginge ja auch mit einer Liste. Wenn man einmal ausrechnet, wie viel Papier es braucht für den ganzen Kanton, welches man schon nur braucht für die zusätzlichen Listen und die werden dann noch mit einem Wahlprospekt gedruckt, da sind wir wohl hier relativ harmlos unterwegs. Es ist halt so in der Demokratie, es kostet Geld. Es kostet jetzt halt hier auch ein bisschen Ressourcen und Marcel Wüthrich hat gesagt, dass man es im gleichen Haushalt mehrfach zuschickt. Es ist nicht so, dass in jedem Haushalt alle gleich stimmen. Es gibt Haushalte, in dem fünf bis sechs stimmberechtigte Personen sind und die wählen alle etwas anderes. Vielleicht ist es in der EVP so, dass halt wirklich EVP gewählt werden muss. Das kann sein. Das ist bei uns leider nicht so. Wir haben manchmal Leute, die in einer Familie anders stimmen und da kann man doch nicht sagen, wer es bekommt. Dann bekommt es der Ältere, der Jüngste, die Frau oder der Mann oder wer auch immer. Für uns ist es wirklich ein Propagandawahlvorstoss, den wir ablehnen werden, egal in welcher Form. Wir wollen, dass die Leute entsprechend informiert werden. Wenn man es ein bisschen weniger machen und ein bisschen weniger ausführlich schreiben kann, ist das durchaus möglich. Aber das geht in eine ganz andere Richtung und da kann man wirklich sagen, wehret den Anfängen.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Dann käme Sibylle Eigenmann von der Mitte-Fraktion.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Ich muss jetzt da doch noch eine Lanze für den Vorstoss brechen sozusagen. Ihr habt es mitunterzeichnet und die Fraktion Mitte wird es so mittragen. Es ist so, dass es wahrscheinlich in absehbarer Zukunft wirklich nicht mehr tragbar sein wird, so viel Wahlmaterial zu verschicken. Man kann darüber diskutieren, ob es ein Opt-out braucht. Es ist natürlich auch ein administrativer Zusatzaufwand, so eine Wahlmöglichkeit. Aber ich denke, im Zeitalter der Digitalisierung und im Zeitalter, in dem man das Klima schützen will, geht es nicht nur um den Papierdruck oder um den Papierverschleiss, es geht auch einfach darum, dass zum Beispiel ein Postbote um einiges mehr herumfahren muss, je schwerer das Couvert ist und er mehr beladen muss. Es hat diverse Faktoren, die einfach nicht nachhaltig sind und dazu kommt, dass es auch vom Kanton wahrscheinlich je länger je mehr einschränkende Vorschriften geben wird. Also sperren Sie sich doch nicht, schliessen Sie doch nicht die Augen. Ich möchte auch hier noch das Wort an die zwei grossen Parteien zumindest im Kanton richten, die sich jetzt negativ für das ausgesprochen haben. Sie sind ja die mit den grossen Finanzen, mit dem grossen Portemonnaie. Sie können ja sowieso so viele Flyer und Unterlagen verschicken, wie Sie wollen. Es geht vor allem auch um Rücksichtnahme auf die kleinen Parteien. Denn für kleine Parteien ist so eine Auflage zu drucken finanziell desaströs. Das ist nun wieder ein Argument für ein bisschen mehr Demokratie. Und sogar ein Argument, um so einen Vorstoss wirklich einmal zu hinterfragen, nachzudenken und vielleicht dann finden ja doch das ist eigentlich die Zukunft, ein bisschen weniger Papier, ein bisschen weniger Verschleiss, ein bisschen mehr Nachhaltigkeit. Besten Dank, dass Sie das unterstützen.

Präsident: Merci vielmals, Sibylle. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das wäre Alexander Feuz von der SVP.

Alexander Feuz (SVP): Denken Sie daran, es wird immer von Effizienz von Umwelt, von politischer Arbeit gesprochen. Wenn wir plötzlich das Opting Out haben oder was auch immer, ist das sehr heikel. Es gibt andere Organisationen, die den Zugang zu

dieser Sache haben. Ich bin der Meinung, wir dürfen uns nicht vorschreiben lassen, was man noch zustellen und was man nicht zustellen darf. Ich habe einfach hier eine grosse Angst, dass es dann unter Umständen der Schuss hinten rausgehen könnte. Schauen Sie andere Länder an, in denen die Leute froh sind, wenn man sich informieren kann. Ich bin wirklich der Meinung, das ist staatspolitisch etwas ganz Heikles. Wenn man dies allenfalls auf Bund- und Kantonsebene macht, kann man darüber diskutieren, aber hier habe ich ganz grosse Vorbehalte, denn ich bin der Meinung, dass man dies offenlassen muss. Man soll hier nicht restriktiv mit Sachen kommen wie Umweltschutz und so weiter. Ich glaube, das müssen wir jetzt realistisch sehen, denn da gibt es Sachen, bei denen man mehr sparen kann, als dass man sagt, das Wahlcouvert ist jetzt 30 Gramm leichter oder was auch immer. Und wie gesagt, das hat Thomas Fuchs schon vorhin gesagt, gerade auch die Parteien, die hier teilweise 4 oder 5 Listen haben und X Versande machen oder was auch immer, die haben es eben teilweise selber in der Hand. Man kann ein leichteres Papier nehmen, da gibt es viele Möglichkeiten, aber schüttet hier nicht das Kind mit dem Bad aus.

Präsident: Danke. Erich Hess, von der SVP.

Erich Hess (SVP): Ich will schnell auf das Votum der Stadträtin Eigenmann eingehen. Gerade die kleinen Parteien profitieren vom heutigen System. Die Bürgerinnen und Bürger draussen wissen sehr genau für was die SVP oder die SP oder eben umgekehrt einstehen. Ich gehe davon aus, dass ich in der Stadt Bern, nicht gross Werbung zu machen bräuchte, damit man mich noch kennen würde, sprich die man schon kennt, kennt man besser. Gerade eben in den Wahlcouverts und in der Werbung können sich kleine und weniger bekannte Gruppierungen und Personen bekanntmachen, was dem politischen System hilft. Darum bitte ich sie doch auch in Zukunft, die Möglichkeit für neue Gruppierungen, Parteien und kleinere Parteien und Gruppierungen, die es heute schon gibt, auch die gleichen Chancen zu geben, dass wir eben ein direktdemokratisches System weiter aufrechterhalten können. Ich bitte sie doch, diesen Vorstoss abzulehnen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals Erich. Dann käme Marcel Wüthrich von der GFL-EVP-Fraktion.

Marcel Wüthrich (GFL): Es ist gesagt worden, es sei ein lustiger Vorstoss. Ja, ich nehme einfach zur Kenntnis, dass es in dieser Stadt diverse Leute hat, die das Wahlmaterial tatsächlich als Ärger empfinden und dann nützt es nichts, wenn man zum Beispiel sagt ja, es gebe halt in Haushalte verschiedene politische Meinungen und wegen dem müsse man das Material doppelt und dreifach haben. Das darf man ja behalten. Es ist eben darum ein Opting Out. Es gibt niemand, der in einem Mehrfachhaushalt sagen muss: «Wir wollen das jetzt nur noch einfach». Und im Weiteren gehe ich auch davon aus, dass die Leute, die das Opting Out wirklich wählen, dass das mündige Stimmberechtigte sind, die nicht so leicht von bezahlter Werbung zu überzeugen sind. Ich denke auch, dass es andere Informationsquellen gibt, wie zum Beispiel Smartvote oder sonst die Medien. Und in dem Sinn denke ich auch, dass die Wahlfreiheit bei Stimmberechtigten weiterhin aufrechterhalten bleibt und der Kanton geht in eine ähnliche Richtung, will ich auch noch sagen Merci, dass ihr das annehmt.

Präsident: Danke, Marcel. Keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Wort noch Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci vielmals. Wir haben schriftlich alles gesagt. Ich bitte Sie, gemäss dem schriftlichen Antrag des Gemeinderates abzustimmen.

Präsident: Merci vielmals Alec. Ich habe nicht mitbekommen, ob eine Wandlung verlangt wurde. Punkt 2 ist gewandelt worden. In dem Fall stimmen wir punktweise ab, also wir Stimmen ab Punkt 1 als Richtlinienmotion.

Abstimmungen

2022.SR.000050: Punkt 1 als Richtlinie	
Annahme	
Ja	41
Nein	22
Enthalten	1
Namensliste 040	

Präsident: Punkt 1 ist angenommen worden. Wir stimmen darüber über die Abschreibung von Punkt 1 ab.

2022.SR.000050: Abschreibung Punkt 1	
Annahme	
Ja	64
Nein	0
Enthalten	0
Namensliste 041	

Präsident: Die Abschreibung ist einstimmig angenommen worden. Wir kommen zum Punkt Nummer 2 gewandelt als Postulat.

2022.SR.000050: Punkt 2 als Postulat	
Ablehnung	
Ja	24
Nein	41
Enthalten	0
Namensliste 042	

Präsident: Das ist abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum 24 Motionen von der SVP-Fraktion bezüglich Millionen Defizite in der Stadt Bern in übergebe das Wort.

2020.SR.000016

24 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauer, SVP): Millionendefizit in der Stadt Bern: Auf den teuren Ausbau des Kirchfeldschulhauses für 46 Millionen mit zwei unterirdischen Turnhallen und den Abriss der bestehenden Turnhalle ist zu verzichten, stattdessen

ist die ursprüngliche unbestrittene Sanierungsvorlage (ca. 26 Millionen) als neue Vorlage dem Stimmbürger zu unterbreiten.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe schon gehofft, es werde nicht bestritten, aber natürlich gewusst, dass das wahrscheinlich nicht der Fall sein wird. Wir haben jetzt lange geredet über die finanzielle Situation. Wir haben immer gesagt, man sollte Aufgaben priorisieren. Hier hätten wir einen Fall, bei dem man ein Bauvorhaben abspecken und zurückstellen und den Teil, den man wirklich machen muss und unbestritten ist, realisieren könnte. Dass das Schulhaus saniert werden muss, davon kann ich mich fast jeden Tag überzeugen, wenn ich in der Gegend bin. Aber wir müssen klar sehen und es ist ein Fakt, dass wir im unteren Kirchenfeldquartier sogar Klassenschliessungen hatten. Es ist dann offenbar auch Fakt, dass auf dem Gaswerkareal eine neue Turnhalle entstehen soll. Ich bin der Meinung, dass wir jetzt die Situation anschauen sollten, nämlich dass wir wegen ganz wenig zusätzlichem Schulraum eine bestehende Turnhalle abreißen und durch eine Lärmschutzwand ersetzen sowie zwei unterirdische Turnhallen bauen will. Wenn man das jetzt strategisch anschaut, unter dem Aspekt der nachhaltigen Finanzpolitik, aber auch unter dem Aspekt des nachhaltigen Umgangs mit Baugrundstücken und denen von der Stadt anvertrauten Kindern und Bauten, dann bin ich doch ganz klar der Meinung, dass man dieser Motion zustimmen sollte. Auch wenn der Absender euch vielleicht nicht passen mag. Aber ich bin wirklich der Meinung, dass dies etwas ganz Zentrales ist, und man sich hier einsetzt, um das Kirchenfeld-Schulhaus so wie wir es haben, redimensioniert und saniert. Aber jetzt haben wir die Chance. Sie haben immer davon gesprochen bei der nächsten Budgetdebatte, bei der dann alle die Anträge wieder kommen, zu priorisieren und zu sparen. Hier könnten wir das machen. Der Fall ist immer noch streitig. Es sind ja bereits 5 Jahre oder 6 Jahre in das Land gezogen, wegen Einsprachen und Beschwerden. Und da lege ich auch Wert darauf zu sagen, dass ich nicht irgendwie daran beteiligt bin. Ich bin weder Einsprecher noch Beschwerdeführer, aber ich bin Mitglied der Quartierkommission und auch dort ist einhellig der Tenor, dass man hier vernünftig sein soll. Und deshalb appelliere ich an euch, Ihr könnt etwas machen, um im Kirchenfeld rasch Schulraum zu sichern. Sie können etwas machen, damit das Geld sinnvoll eingesetzt wird. Das Geld, das Ihr eingespart habt mit dem Bau, könnt ihr für ein anderes Schulhaus einsetzen, aber doch nicht am teuersten Ort. Sie wissen, dass man im Bärengraben auch am Hang gebaut hat. Ein solches Projekt durchzwängen zu wollen, das ist falsch. Ich habe jetzt den letzten Versuch gemacht und häufig versucht hier zu einem Umdenken zu führen. Hier habt ihr die Chance ein, das Projekt für 26 Millionen zu sanieren. Sie verzichten auf zwei unterirdische Turnhallen, denn Ihr habt noch eine bestehende Turnhalle. Das wäre jetzt der vernünftige, nachhaltige Weg im Sinn der Finanzpolitik und nachhaltig im Sinn des Umgangs mit den Baugrundstücken. Danke!

Präsident: Danke vielmals, Alex. Wir wären bei der Fraktionsvoten. Ich sehe keine Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ich sehe auch keine Einzelvoten. Dann hätte hier auch Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Herzlichen Dank. Zum Kirchenfeld-Schulhaus. kann ich euch über den Stand des Verfahrens informieren. Die Planungsvorlage ging ja bis vor das Bundesgericht, und gemäss Planung könnten wir es jetzt bauen. Das Baubewilligungsverfahren ist an sich auch rechtskräftig, aber Sie haben die Beschwerdefrist verpasst und gegen das Verpassen der Beschwerdefrist ist jetzt noch eine Be-

schwerde hängig, auch wieder vor Bundesgericht. Wir gehen davon aus, dass die Beschwerde abgewiesen wird, sodass der Bauentscheid tatsächlich rechtskräftig ist und wir nachher an die Umsetzung gehen können. Die Bestellung ist immer noch gültig. Das was in der Motion vorgeschlagen wird, das wäre ein anderes Projekt, denn ohne die unterirdischen Bauten könnte man den Schulraumbedarf nicht erfüllen. Man müsste also komplett ein neues Projekt ausarbeiten, das würde heissen zurück auf Feld 1. Die bisherigen Planungskosten wären verloren, und jetzt natürlich auch die Kosten von dem recht aufwändigen Rechtsmittelverfahren. Man kann es machen. Man ist einfach auf Feld 1 zurück und dann haben wir wohl dann je nachdem wie viele Rechtsmittel gegen ein neues Projekt ergriffen würden, könnten wir dann wohl rund in 10 Jahren nach allgemeiner Lebenserfahrung anfangen zu bauen. Wir würden vorschlagen, dass wir eher beim bisherigen Projekt bleiben und deshalb die Motion abweisen.

Präsident: Merci vielmal anziehen. Wir sind ja hier bereits zur Abstimmung. Wir stimmen ab über Traktandum 24 als Richtlinienmotion.

Abstimmung

2020.SR.000016		
Ablehnung		
Ja	7	
Nein	57	
Enthalten	0	Namensliste 043

Präsident: Abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum 25. Das ist die Motion von Stefan Hofer, welche von Thomas Fuchs übernommen wurde.

2017.SR.000266

**25 Motion Stefan Hofer (SVP) - übernommen durch Thomas Fuchs (SVP):
Transitplatz Schützenmatte**

Präsident: Ich übergebe Thomas Fuchs von der SVP-Fraktion das Wort. Ist die Motion bestritten? Ja. Dann müsste ihn noch schnell jemand anmelden.

Thomas Fuchs (SVP) für die Einreichenden: Ich habe gedacht, es sei nicht bestritten. Es wäre ja ein Leuchtturmprojekt für die Stadt Bern, ein Pionierprojekt, das die Stadt Bern auf der Schützenmatte machen könnte, für die Fahrenden, die Jenischen, Sinti und Roma – ein Platz, der dort zur Verfügung steht, der schlecht genutzt ist. Und es wäre auch ein Zeichen der Nächstenliebe, dem die EVP sogar zustimmen könnte, wenn die Leute doch einen Platz haben mitten in der Stadt. Sie wären schnell in den Einkaufsläden, sie würden einmal ein bisschen andere Leute sehen, und ich verstehe nicht, dass der Gemeinderat sagt, es sei aus verkehrspolitischen Bestrebungen kein guter Platz. Er ist wirklich nahe der Autobahn. Von der Autobahn ist man in 2 bis 3 Minuten auf dem Platz und auch wieder weg. Ich denke, eine bessere Lage gibt es fast nicht. Deshalb bitte ich Sie wirklich und vielleicht als Schlusswunsch von mir hier im Rat, machen Sie mir wenigstens hier noch ein Geschenk, indem Sie den Antrag von Stefan Hofer überweisen, damit wir einen Transitplatz auf der Schützenmatte erhalten. Das gäbe mit Garantie schweizweit positive Schlagzeilen.

Präsident: Merci vielmals Thomas: Wir wären auch hier bei der Fraktionsvoten.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Motion ab. Das können wir leider nicht machen, Thomas. Und ich möchte auch noch daran erinnern, dass wir vor einem Monat über den Gedenkort für die Verfolgten der fürsorglichen Zwangsmassnahmen diskutiert haben und die SVP die Opfer staatlicher Repression mit den Opfern von Verkehrsunfällen verglichen hat, eine Verharmlosung staatlicher Verfolgung einer Minderheit, für welche sich die SVP jetzt plötzlich einsetzen will. Das ist schon etwas erstaunlich. Es geht dort um das Haus der anderen Schweiz. Im Kern geht es eben doch um den Dorn im Auge der Motionäre, und zwar um die Schützenmatte und um die Reitschule. Aber selbst, wenn ihnen ihr Anliegen ernst wäre, muss ich sagen, dass die Lage auf der Schützenmatte zum Wohnen äusserst ungünstig ist. Die Lage an einer stark befahrenen Strasse unter einer Eisenbahnbrücke ist für einen Transitplatz ungeeignet. Trotzdem erkennen auch wir an, dass es im Kanton Bern an Transitplätzen mangelt. Zwar ist der Platz in Buech ein gutes Beispiel und stellt mit 36 Plätzen den grössten Transitplatz im Kanton Bern dar. Trotzdem besteht Handlungsbedarf. Der Kanton hat inzwischen neue Halteplätze in Herzogenbuchsee, Muri und Wileroltigen projektiert. Neu hinzugekommen ist auch der Winterplatz in Erlach. Die Planung eines neuen Transitplatzes kann nicht rasch mit einer Motion im Stadtrat umgesetzt werden. Die Suche nach einem Transitplatz muss in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen, mit der Gemeinde und den Anwohner*innen erfolgen. Dass in der vorliegenden Motion ein Austausch mit den Jenischen, Sinti und Roma fehlt, steht auch für sich. Vielen Dank.

Präsident: Merci vielmals, gibt es weitere Fraktionsvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Einzelvoten? Es kommen noch Einzelvoten. Alec, du musst dich noch schnell gedulden. Das wäre Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Es tut mir leid. Ich kann es nicht lassen, aber das war jetzt ein schöner Fuchs im Schafspelz.

Präsident: Erich, du hast dich noch angemeldet, ist es gut für dich? Danke. Dann hat jetzt das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Chandru Somasundaram hat darauf hingewiesen, dass es Bemühungen gibt für neue Lösungen. Wileroltigen ist genannt worden, der Winterplatz in Erlach. Bis alle diese Lösungen bereitstehen, wird die Stadt Bern weiterhin das Gelände auf der Wölflistrasse zur Verfügung stellen. Wir stellen es Jahr für Jahr zur Verfügung als provisorischen Platz. Wir sind der Meinung, dass wir innerhalb des Kantons bis jetzt aber einen guten Beitrag zur Verbesserung der Situation der Fahrenden geleistet haben, so dass jetzt andere Gegenden, andere Standplätze an der Reihe sind, so wie es der Kanton auch eingeleitet hat. Er ist daran, die Suche mehr oder weniger erfolgreich fortzusetzen und abzuschliessen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Vorstoss abzulehnen.

Präsident: Danke vielmals, Alec. Ich habe nicht mitbekommen, dass sie gewandelt wurde. In diesem Fall wären wir abstimmungsbereit für diesen Vorstoss als Richtlinienmotion. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2017.SR.000266: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	9
Nein	55
Enthalten	0

[Namensliste](#) 044

Präsident: Sie ist abgelehnt worden.

2018.SR.000116

26 Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) – übernommen durch Lionel Gaudy (Mitte): Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofes

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 26. Das ist ursprünglich eine Motion der Freien Fraktion. Sie wird durch Lionel Gaudy von der Mitte-Fraktion übernommen.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Einreichenden: Luzius Theiler hatte eine grossartige Idee, eine fast schon visionäre Idee, die an anderer Stelle aber auch bereits umgesetzt wurde. Sie kennen alle die Bundesterrasse. Sie ist seit Jahrzehnten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Das ist sogar vertraglich abgemacht mit der Eidgenossenschaft, also zwischen der Stadt Bern und der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Der Erlacherhof, gerade da hinten, der Arbeitsplatz Alec von Graffenrieds und seiner diversen Vorgänger ist ein wunderschönes Gebäude mit einer wunderschönen und einmaligen Gartenanlage. Ich weiss nicht, wer von den Anwesenden bereits einmal das Vergnügen hatte, im Erlacherhof respektive im Garten des Erlacherhofs zu sein. Es ist wirklich sehr empfehlenswert. Dass nicht alle schon die Möglichkeit hatten, dafür gibt es einen ganz offensichtlichen Grund, denn dieser Garten ist aktuell der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Die Motion fordert, dass der Garten für die Öffentlichkeit geöffnet werden soll, weil sich der Garten sehr gut dafür eignet. Die Stadt Bern braucht mehr öffentlichen Raum, braucht mehr Raum, der für die Bevölkerung zugänglich ist. Es gibt ein grosses Bedürfnis nach Erholung, nach Naherholung. Einerseits geht es darum, dass man die Gartenanlage für die Öffentlichkeit öffnet, und andererseits geht es natürlich auch darum – und dort ist man ganz praktisch, denn die Leute können nicht einfach durch den Erlacherhof spazieren, um in die Gartenanlage zu kommen –, dass man einen neuen Zugang erstellen müsste. Der Gemeinderat sagt in seiner Antwort, dass der Erlacherhof schon heute der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, und zwar etwa zweimal im Jahr, während ein paar Stunden. Ausserdem gibt es regelmässig Anlässe mit bis zu 50 Personen oder sogar noch mehr, die natürlich auch in dem Garten verweilen können. Das widerspricht unserem Verständnis einer breiten Öffentlichkeit. Des Weiteren sagt der Gemeinderat auch, dass es fast nicht möglich sei, die 3 bis 4 Meter Höhenunterschied mit einer Treppe zu überwinden. Ehrlich gesagt musste ich fast ein bisschen lachen, als ich das gelesen habe. Ich glaube, es gibt diverse Bauwerke in dieser Stadt, die beweisen, dass das durchaus möglich ist. Wir fordern den Gemeinderat daher dazu auf, dafür zu sorgen, dass die Gartenanlage des Erlacherhofs für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird und die Erschliessung via

Bubenbergrain erfolgt. Das sollte durchaus möglich sein, und wir erwarten vom Gemeinderat einen Baukredit. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diesem Vorstoss zustimmen könnten.

Präsident: Danke vielmals, Lionel. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Es gibt keine Fraktionsvoten, sondern Einzelvoten. Ueli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Das Anliegen ist sicher prüfenswert und entspricht sicher auch einem Teil der Bevölkerung und einem Bedürfnis, dort ein bisschen hinter die Kulissen zu schauen, in den Garten zu gehen, die Aussicht zu geniessen. Das ist verständlich und das Anliegen ist an und für sich eigentlich auch berechtigt, wie es geäussert wird. Aus meiner Sicht oder aus unserer Sicht ist es einfach so, dass wir annehmen, dass vom Bedürfnis her bei den Leuten, bei der Bevölkerung doch ein zu wenig grosses Interesse daran bestehen wird im Verhältnis zu den baulichen Massnahmen, die wir ergreifen müssten, um das überhaupt zugänglich zu machen. Vom Bubenbergrain her ist es fast nicht möglich, dass man das machen kann. Gut, es ist alles möglich, aber eben einfach mit einem erheblichen finanziellen Aufwand. Und dafür, wofür es nachher gebraucht wird, ist es aus unserer Sicht und gerade im Sinne von diesen Sparübungen, die wir machen müssen, ein eigentliches Luxusprojekt dort über den Bubenbergrain. Bleibt also noch der Zugang durch den Erlacherhof, was als einzige Variante in Frage kommt oder eben durch den Keller und die Treppe hinauf. Das ist auch nicht gerade ein sehr ansprechender Zugang. Und das ganze Projekt ist eigentlich ein wenig unverhältnismässig in Bezug darauf, was es der Bevölkerung bringt, damit es wirklich ein Nutzen für den Steuerzahler ist. Es ist noch gesagt worden: Naherholungsgebiet. Ja, ich weiss ja nicht: Das wird zwar sicher nicht der Fall sein. Man wird dort einfach spazieren, man wird nicht zelten oder irgendetwas anderes machen auf dem Areal, aber trotzdem. Es ist ja an und für sich jetzt bereits sehr transparent das Ganze und von uns aus gesehen kann man das gut so lassen. Danke.

Präsident: Gibt es weitere Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Das Anliegen ist sympathisch. Es ist die Frage der Umsetzung, die ein bisschen kompliziert ist. Was wir probieren, ist einfach wirklich, den Garten des Erlacherhofs so viel wie möglich zu öffnen. Er ist ein bisschen mehr offen als Lionel das wahrgenommen hat. Der Erlacherhof ist immer Donnerstag und Freitag vor den Abstimmungen als Abstimmungslokal offen, dann kann man durch das Abstimmungslokal in den Garten und darin verweilen. Er ist nächsten Samstag/Sonntag offen zum Jubiläum der Bundesverfassung. Er ist am 1. August offen. Er ist in der Museumsnacht offen. Und der Stadtrat war natürlich früher vielmehr im Garten des Erlacherhofs, als auch das Ratssekretariat noch im Erlacherhof war und die Kommissionssitzungen im Festsaal stattfanden. Das ist leider Geschichte, aber der Stadtrat ist jederzeit herzlich eingeladen, allein oder mit Gästen Anlässe durchzuführen im Erlacherhof. Auch wir sind gegenüber Führungen oder anderen Anlässen eigentlich sehr offen. Wir laden Quartierkommissionen regelmässig in den Garten des Erlacherhofs ein. Also wir probieren wirklich, die sehr schönen Gartenanlagen auch zu zeigen, auch zu brauchen, den Leuten auch zur Verfügung zu stellen. Und wenn Sie bessere und neue Ideen haben, wie man den Garten noch mehr öffnen könnte, dann ist das möglich. Eine unkontrollierte und unbeaufsichtigte Öffnung ist sicher bei einer solchen hochwertigen Gartenanlage mit gewissen Risiken und auch zusätzlichen Kosten verbunden.

Das hat der Gemeinderat für den Moment abgelehnt, aber wir sind jetzt gespannt, was Sie mit Ihrem Vorstoss machen.

Präsident: Danke vielmals, Alec. Wir wären in dem Fall auch hier abstimmungsbereit. Wir stimmen ab über Traktandum 26: Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2018.SR.000116: als Richtlinie

Annahme

Ja	34
Nein	28
Enthalten	4

[Namensliste](#) 045

Präsident: Sie ist angenommen worden. Wir kommen zu Traktandum 27.

2018.SR.000031

27 Motion Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) – übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Stopp der einseitigen Gemeinderats-Propaganda mit Steuergeldern im «Anzeiger Region Bern»

Präsident: Die Motion von AL/PdA wurde von Alexander Feuz übernommen. Es geht um den Stopp der einseitigen Gemeinderatspropaganda. Ich übergebe das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe sehr gerne die Motion von Luzius Theiler übernommen. Ich habe sie noch unterzeichnet am 15. Februar 2018 zusammen mit Zora Schneider, Tabea Rai, Christa Ammann und Vertretern der SVP. Für mich verlangt eigentlich die Motion etwas ganz Zentrales. Und der Gemeinderat versucht es dann hinter dem Rücken bei der Begründung ein bisschen zu verwedeln. Wir sind der Meinung, man sollte Artikel 106 GO mit folgender Ziffer 2 ergänzen: Die Informationen sind dazu bestimmt, die Grundlagen für eine freie Meldungsbildung zu schaffen (Artikel 14 Informationsgesetz). Der Gemeinderat stellt sicher, dass bei kontroversen Themen, insbesondere auch vor Abstimmungen, die ganze Meinungsvielfalt zum Ausdruck kommt. Und genau das ist jetzt der Punkt. Wir wissen, dass der Gemeinderat gerne ein bisschen lenken will. Er hat teilweise sogar Werbebüros, die die nötige Information vermitteln sollen, damit man richtig abstimmt. Und das ist eben für mich gerade das Heikle. Das sollte man eben nicht machen. Ihr seht, wie man damals im Anzeiger bei der Tram-Vorlage geworben hat. Es gibt viele andere Medien, z.B. Quartierzeitungen. Ich habe vorhin eben von Beispielen gesprochen, bei denen im redaktionellen Teil nur eine Meinung zu Wort gekommen ist. Ich bin immer der Meinung, es sei interessant, auch für den Leser, wenn die Meinungen kontrovers abgebildet werden. Und ich appelliere an euch. Es wurde gesagt: «Ja, den Anzeiger gibt es ja jetzt dann nicht mehr.» Aber ihr habt ja jetzt gehört: Jetzt wollen wir ja eine neue Wahlseite machen, auf der man die Informationen elektronisch abrufen kann. Gilt dann dort die Neutralität oder versucht man dann dort ein bisschen corriger la fortune, indem zuerst der Gemeinderat, vielleicht zuerst RGM ein bisschen sagen kann, wo es langgeht? Oder hängt es ab vom Geschick oder der politischen Verordnung oder vom zuständigen Informatikmitarbeiter

oder Betreuer dieser Seite? Ich bin wirklich der Meinung: back to the roots. Man sollte die Ergänzung machen, die Luzius Teiler vorgeschlagen hat, genau mit dieser Änderung. Ich sehe jetzt weniger auf den Titel. Ihr müsst genau schauen und nicht fokussieren darauf, wie es im Titel geschrieben ist, sondern darauf, wie der Antrag der Motion lautet: Sicherstellen, dass bei kontroversen Themen insbesondere auch vor Abstimmungen die ganze Meinungsvielfalt zum Ausdruck kommt. Das ist das Entscheidende. Und ich bitte euch, genau darauf zu fokussieren und dieser Motion zum Durchbruch zu verhelfen. Wir wollen hier nicht, dass sich die SVP oder die GaP oder die AL durchsetzen können. Es geht einfach darum, dass die ganze Meinungsvielfalt abgebildet wird. Bei uns in der Quartierkommission steht es drin. Da werden die Minderheitsmeinungen abgedeckt und es gab noch nie Probleme, aber -

Präsident: Alex, deine Zeit ist um.

Alexander Feuz (SVP) führt das Votum fort: Aber hier überspannt eben der Gemeinderat einzelne Sachen. Darum bitte ich euch, der Motion zuzustimmen.

Präsident: Danke vielmals. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Dominic Nellen für die SP/JUSO-Fraktion.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Motion klar ab. Die Geschichte hat hier bei den Vorzeichen bereits eine Veränderung erfahren. Alex Feuz hat selbst erwähnt: Der Anzeiger in der Region Bern ist per Ende 2022 aufgelöst worden und der inhaltliche Teil dieser Motion somit eigentlich überholt. Wir folgen der Begründung des Gemeinderates und sehen nicht ein, dass die Gemeindeordnung auf aufwändige Art und Weise abgeändert werden sollte und das ohne Mehrwert. Der Gemeinderat darf und soll seine Position bei einem unmittelbaren und besonderen Interesse auch zu Abstimmungsvorlagen äussern können. Beim konkreten Anlass, um den es in dieser Motion geht, sieht unsere Fraktion kein Problem. Es war korrekt, dass der Gemeinderat sich öffentlich für das Tram Bern-Ostermundigen ausgesprochen hat. Das Projekt ist absolut wichtig für unsere Stadt. In diesem Sinn lehnt unsere Fraktion die Motion ab.

Präsident: Vielen Dank. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Der Präsident hat das richtig gemacht. Ich hätte als Fraktionssprecher sprechen können, aber ich habe das bewusst nicht gemacht. Ich habe gesagt, ich versuche allenfalls hier doch noch reinzukommen, im Sinn einer Replik, denn es bringt nichts, wenn man allzu lange redet. Aber ich komme jetzt eben gerne noch auf den Vorwurf zurück, den Anzeiger gebe es gar nicht mehr. Ich habe vorhin klar und deutlich gesagt, dass wir eine andere Form haben, Man will eine Homepage machen oder was auch immer. Ihr seht. Im Vorstoss von Luzius Theiler steht nichts über den Anzeiger. Es steht hier, diese Informationen seien dazu bestimmt, die Grundlagen für eine freie Meinungsbildung zu schaffen. Der Gemeinderat stellt sicher, dass bei kontroversen Themen, insbesondere auch bei Abstimmungen, die ganze Meinungsvielfalt zum Ausdruck kommt. Das ist entscheidend, darum geht es. Der Vorstoss ist zum Glück nicht auf den Anzeiger bezogen. Er geht viel weiter meiner Auffassung nach, und deshalb, bin ich auch der Meinung, ist die Motion nicht im Geringsten überholt. Es ist mir klar, dass der Gemeinderat natürlich nicht mag, dass auch die kontroversen

Meinungen abgebildet sind. Man beauftragt lieber ein teures PR-Büro, das uns nachher richtig lenkt und zum Ziel führt. Darum stimmt der Motion zu. Ich danke euch.

Präsident: Danke vielmals, Alex. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Das ist sicher ein anspruchsvolles Thema, weil es halt auch immer eine Gratwanderung ist. Wir wollen auf der einen Seite natürlich über all das, was läuft in der Stadt, informieren, auch über all das, was politisch läuft, Geschäfte, die aufkommen. Und auf der anderen Seite dürfen wir nicht beeinflussen. Und den Grat zwischen eben auf der einen Seite informieren und auf der anderen Seite nicht beeinflussen ist ein schmaler Grat. Wir bemühen uns dort immer darum, auf dem Grat zu bleiben und nicht auf die eine oder auf die andere Seite abzurutschen, aber ich gebe es zu: Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Zum konkreten Fall des Anzeigers ist zu sagen, dass der Anzeiger Ende Jahr Geschichte ist. Wir können jetzt noch eine lange Debatte führen darüber, wie wir das im Anzeiger gelöst haben. Aber ich glaube, wir können uns die Debatte sparen. Der Anzeiger und die Informationen im Anzeiger, die im Jahr 2018 kritisiert wurden, sind Geschichte. Das hat sich erledigt. Das grundlegende Problem bleibt aber, dass wir natürlich weiterhin informieren wollen, wir machen das natürlich zunehmend auch im Internet und auf Social Media und wir müssen uns dort natürlich immer darum bemühen, dass wir eben nicht auf die eine oder andere Seite abgleiten. Wir werden dort eng begleitet durch die Stadtkanzlei, die uns eigentlich die Leitlinie immer wieder aufzeigt. Aber um euch zu zeigen, wie schwierig es ist: Wir müssen die Geschäfte im Stadtrat vertreten, dem Stadtrat erklären, warum wir die Geschäfte so wollen, warum wir die und die Schule bauen möchten, warum wir die und die Verkehrslösung wollen. Und nachher, wenn die Abstimmung kommt, müssen wir uns zurückhalten. Also wir sind eigentlich in den gleichen Geschäften in der gleichen Rolle einmal dazu verpflichtet, aktiv zu informieren, aktiv das Geschäft zu vertreten, und auf der anderen Seite ist es dann so, dass, sobald das Geschäft vom Stadtrat übernommen wurde, wir uns sofort wieder zurückziehen und zurückhalten müssen. Ich kann Ihnen einfach sagen, wir geben uns Mühe. Machen Sie uns darauf aufmerksam, wenn wir dort nicht korrekt sind, wenn wir Fehler machen. Das ist immer ein Annähern an den korrekten Weg. Was sicher keine Alternative ist, ist, dass wir einfach weniger informieren, dass wir ungenügend informieren. Die Informationen sind natürlich nötig, sie sind die Grundlage und der Sauerstoff, die unsere Demokratie braucht, damit wir die nötigen Informationen haben, damit sich eben die Leute auch eine Meinung bilden. Wie gesagt, wir bemühen uns. Wir bitten Sie, die Motion abzulehnen.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Wir sind bereit für die Abstimmung: Traktandum 27 als Richtlinienmotion.

Abstimmung

2018.SR.000031: als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	54
Enthalten	1
Namensliste 046	

Präsident: Die Motion ist abgelehnt worden.

2020.SR.000139

28 Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, SVP (Tabea Rai, AL/Luzius Theiler, GaP/Alexander Feuz, SVP): Transparente Qualitätskriterien bei der Beantwortung von Interpellationen und kleinen Anfragen

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 28. Das ist eine interfraktionelle Motion von AL/PdA und SVP. Ich übergebe David Böhner das Wort für die Einreichenden.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Es freut mich, dass ich das letzte Traktandum des heutigen Abends – oder? – schon jetzt vorstellen darf. Das passiert mir zum ersten Mal. Die Fraktion AL/PdA ist oft unzufrieden mit der Qualität der Antworten des Gemeinderates auf Interpellationen und kleine Anfragen, und zwar nicht nur bei den Vorstössen, die unsere Fraktion eingereicht hat, sondern allgemein. Darum haben wir vor dem Einreichen dieser interfraktionellen Motion 14 verschiedene Gemeinderatsantworten auf ganz unterschiedliche Vorstösse von unterschiedlichen Absendern untersucht. Und bei den meisten Antworten mussten wir feststellen, dass sie mangelhaft sind, und zwar objektiv mangelhaft, weil die Fragen nicht richtig beantwortet wurden. Es wurde nicht konkret auf die Fragestellung eingegangen. Darum verlangen wir mit dieser Motion vom Gemeinderat und den Direktionen, dass sie ihre Antworten sorgfältiger formulieren und begründen, wenn sie eine Antwort nicht besser konkretisieren können. Wir wünschen uns transparente Qualitätskriterien des Gemeinderates bei der Beantwortung von Interpellationen und kleinen Anfragen. Damit komme ich jetzt auf die Antwort des Gemeinderates auf diese Motion zu sprechen, weil sie gerade ein gutes Anschauungsbeispiel für den Grund dieser Motion ist. Der Gemeinderat vermischt in seiner Antwort die beschreibende und normative Ebene, indem er uns unterstellt, der Grund unserer Unzufriedenheit seien die politischen Aussagen seiner Antworten. Um das geht es uns aber eben gerade nicht. Darum haben wir auch die Qualität der Antworten von Vorstössen verschiedener politischer Lager untersucht. Es mag zwar stimmen, dass nicht alle Antworten den Erwartungen der Stadträte und Stadträtinnen entsprechen. Daraus kann man aber nicht schliessen, dass keine objektiven Qualitätskontrollen für die Antworten möglich sein könnten, auch wenn es halt ein bisschen Mehraufwand ist. Vielleicht würde es helfen, die Antwort von einer anderen Person gegenlesen zu lassen und kritisch zu schauen, ob die gestellten Fragen tatsächlich beantwortet wurden. Das könnte schon viel bringen. Wir danken Ihnen, wenn Sie diese Motion annehmen und damit der Wert der parlamentarischen Arbeit im Stadtrat erhöht werden kann.

Präsident: Danke vielmals, David. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Marcel Wüthrich für die GFL/EVP.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Irgendwie fühle ich mich fast ein bisschen geehrt, dass in diesem Vorstoss eine interfraktionelle Interpellation von mir mehrmals erwähnt wird. 4 von 6 Kriterien erfüllt diese angeblich, um irgendwie ein Vorbild dafür zu sein, dass eben Qualitätskriterien gefordert wären. Es ist in dieser Interpellation darum gegangen, dass ich gefragt habe, welches die Kompetenzen des Stadtrats gegenüber der Personalvorsorgekasse (PVK) sind. Die Antwort der PVK hat vor lauter Floskeln und Konjunktionen gestrotzt und war auch unvollständig. Damit habt ihr auch ganz recht, dass das so war. Und ich bin auch nicht nur unzufrieden, sondern sehr

unzufrieden. Trotzdem haben wir in der GFL/EVP-Fraktion den Eindruck, dass Interpellationen und kleine Anfragen im Generellen gut beantwortet werden und dass es nicht eine generelle Art eines Problems ist und dass es eben darum keine Qualitätskriterien braucht, die der Gemeinderat erarbeiten müsste. Die GFL/EVP-Fraktion wird diese Motion mehrheitlich ablehnen.

Präsident: Gibt es weitere Fraktionsvoten? Alexander Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP gehört zu den Miteinreichenden dieser Motion. Sie haben gesehen, am Anfang haben wir verschiedene Beispiele aufgeführt, und ich bin froh, dass wir das miteinander gemacht haben. Ich habe nämlich Beispiele von allen Parteien aus allen Lagern aufgeführt, bei denen man einfach objektiv sagen muss: Das ist schlecht. Und ich bin der Meinung, man sollte sich als Parlament nicht immer alles bieten lassen. Sie sehen, wie man teilweise abqualifiziert wird. Und mit der Motion haben wir eine Chance, Gegensteuer zu geben, damit man doch gewisse Qualitätskriterien machen kann. Was passiert, wenn die Vorstösse nicht korrekt beantwortet werden? Dann wird wieder ein zweiter und ein dritter Anlauf unternommen und dann haben Sie eben eine Verstopfung mit Vorstössen. Sie sehen, wir kommen heute trotz einer grossen Traktandenliste rasch voran. Wenn eben dann die Vorstösse teilweise unklar, zweifelhaft oder gar nicht beantwortet werden, dann gibt das nur Mehraufwand und führt völlig in eine falsche Richtung. Sie müssen jetzt einmal nicht den Mann sehen, die böse SVP, die böse AL, die böse PdA oder GLP. Sie müssen hier das Gesamte sehen. Sie als Parlamentarier sollten ein gewisses Selbstwertgefühl haben und sagen: Das lassen wir uns jetzt nicht gefallen. Wir wollen doch hier gewisse Qualitätskriterien. Solche gibt es zu Recht überall. Bei der Kita, bei den Restaurants wollen Sie Qualitätskriterien, und ich bin einfach der Meinung, man sollte hier auch gewisse Standards haben. Man sollte diese auch haben, wenn Fragen gar nicht beantwortet werden oder wenn offensichtlich versucht wird, etwas zu minggmängglen (Anm. der Red.: durcheinandermachen, vermischen, durch Durcheinanderbringen vertuschen), damit man eine Sicherung hat und sagen kann: So, das kommt jetzt nicht in den Stadtrat, das geht zurück an den Start im Sinn einer Verbesserung, einer Strafaufgabe für den Gemeinderat. Man sollte irgendwie solche Kriterien haben, es sei denn es ist ganz klar: Hier hat der Gemeinderat die Sache nicht richtig beantwortet im Sinn dieses Vorstosses. Ich bitte Sie, diesem Vorstoss zuzustimmen. Danke für die Unterstützung.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein, dann hätte Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Das wäre ja eine interessante Diskussion. Die Frage geht ja an sich dahin, wie wir in einen vertieften Diskurs kommen. Wie können wir die Parlamentsarbeit etwas diskursiver gestalten? Dort hätte ich durchaus Ideen. Ich frage mich jetzt, ob das der richtige Ansatz ist. Es sind die parlamentarischen Mittel, die parlamentarischen Vorstösse, die der Stadtrat hat, die sich der Stadtrat so gegeben hat, die der Stadtrat vielleicht teilweise auch sehr stark genutzt hat und dadurch ein bisschen auch abgenutzt hat. Es werden viele kleine Anfragen gestellt. Der Vorteil einer kleinen Anfrage ist, dass sie durch den Gesamtgemeinderat beantwortet wird. David hat gesagt, es gebe keine Qualitätskontrolle. Also, natürlich wird jede kleine Anfrage als erstes von einer Mitarbeiterin, einem Mitarbeiter in der Verwaltung geschrieben. Sie geht dann natürlich durch die Hierarchie, in der Regel zur Abteilungsvorsteherin oder

zum Vorsteher, geht nachher zum Generalsekretariat, wird nachher traktandiert, kommt in die Gemeinderatsakten. Die Gemeinderatsakten werden von etwa 20 Leuten gelesen. Nachher wird im Gemeinderat darüber entschieden. Es ist sehr wohl der Fall, dass wir eigentlich an allen Vorstossantworten, aber vermutlich fast am meisten an den kleinen Anfragen oder Interpellationen im Gemeinderat sehr oft auch redaktionell noch arbeiten und versuchen, dem Mehraugenprinzip gerecht zu werden. Der Witz der kleinen Anfragen ist, dass sie sehr kurzfristig erfolgen sollen und dass sie auch kurzfristig beantwortet werden sollen. Wir probieren dem durch pünktliche Beantwortung nachzuleben, aber dadurch bleibt natürlich der Gehalt dann immer auch ein bisschen kleiner. Darum empfehlen wir auch sehr, Interpellationen einzureichen, die wir dann ausführlicher beantworten können. Aber es gibt ja immer auch die Möglichkeit, sofern man nicht eine Antwort vom gesamten Gemeinderat will, das Gespräch zu suchen. Und ich staune ein bisschen, wie wenig ich eigentlich angefangen werde und aus dem Stadtrat gefragt werde. Ich werde eigentlich ausserhalb des Stadtrates vielmehr über politische Fragen gefragt, als dass mir innerhalb des Stadtrates Stadträtinnen und Stadträte Fragen stellen. Aber so kann man das Gespräch natürlich auch führen. Sie können sich auch überlegen, dass Sie mehr diskursive Gefässe einführen. Das war natürlich für uns als Gemeinderat sehr unbefriedigend, dass über die kleinen Anfragen, die wir beantwortet haben, geschimpft wurde. Aber wir konnten die Antwort nicht weiter begründen. Es gäbe natürlich auch die Möglichkeit, zum Beispiel das Instrument einer Nachfrage einzuführen, so dass wir nachher auch spontan auf eine Nachfrage antworten könnten. Das gibt es in anderen Parlamenten. Das ist etwas, was ich zum Beispiel auch begrüssen würde. Dann könnten vielleicht solche Fragen auch geklärt werden. Also seid doch etwas kreativ in diesem Rat.

Präsident: Alec, deine Zeit ist um.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident, führt sein Votum fort: Leider ist meine Zeit um. Ich hätte es gerne noch länger ausgeführt, aber ich bitte Sie, die Motion abzulehnen. Aber ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Gehen Sie nach Ostermundigen und diskutieren Sie mit dem Ostermundiger Parlament. Diese Fragen können wir sonst abschliessend noch bei einem Bier weiterdiskutieren. Einen schönen Abend, danke.

Präsident: Bitte bleiben Sie noch hier. Wir sind noch nicht fertig. Wir kommen zur Abstimmung über Traktandum 28, die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2020.SR.000139: als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	39
Enthalten	8
Namensliste 047	

Präsident: Die ist abgelehnt worden. Ich bitte noch ganz schnell um Aufmerksamkeit. Wir sind viel früher fertig als geplant. Punkt Nummer 1 betrifft mich persönlich. Ich habe dummerweise eine blöde Wette abgeschlossen mit Nadja Bischoff. Ich habe gesagt: Wir schaffen es nicht. Sie hat gesagt: Wir schaffen es. Ich schulde dem ganzen Stadtrat ein Bier im Volver.

(Applaus im Saal)

Präsident: Ich habe das noch nicht abgesprochen mit dem Volver. Ich bitte Sie daher, das Volver noch nicht zu stürmen. Ich muss das noch absprechen. Also es gibt eigentlich für jeden ein Glas Bier oder irgendein Soft-Getränk oder was auch immer, um den Rest der Zeit noch gemütlich zu nutzen. Und ganz am Schluss noch schnell Ueli Jaisli für eine Ankündigung

Ueli Jaisli (SVP): Das Stadtratsschwimmen findet nach den Sommerferien in der Pause der zweiten Sitzung vom 24. August statt. Wir fahren mit dem Velo ins Marzili. Badehosen nicht vergessen! Wir gehen in die Aare und machen ein paar Stägli. Anschliessend gibt einen kleinen Imbiss. Danach fahren wir zurück. In der ersten Sitzung am 17. August besuchen wir als Gesamtstadtrat die Genossenschaft Das Band. Vielen Dank und einen schönen Abend.

Präsident: Danke vielmals. Ich wünsche allen einen schönen Abend. Kommt gut nach Hause oder bis später im Volver.

Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingänge

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller / Lena Allenspach, SP): Folgen der Erhöhung des Referenzzinssatzes und Massnahmen zum Schutz der Mieter:innen
2. Interfraktionelle Kleine Anfrage GB/JA, JUSO (Anna Jegher, JA! / Vanessa Salamanca, GB / Paula Zysset, JUSO): Keine Bühne für Täter*innen
3. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA (Franziska Geiser/Seraphine Iseli, GB): Wie gedenkt die Stadt Bern der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen?
4. Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA (Mirjam Roder, GFL / Sarah Rubin, GB / Bettina Jans-Troxler, EVP): Brachliegende Bildungsräume nutzbar machen und in Zukunft verhindern
5. Interfraktionelle Interpellation GFL/EVP, GB/JA (Sarah Rubin, GB / Mirjam Roder, GFL): Auflagen verhindern optimale Nutzung von Schulraum
6. Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach / Timur Akçasayar, SP): Mehrweggeschirr auch für Gastrobetriebe und Grossveranstaltungen auf Privatgrund in Bern
7. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz / Kurt Rügsegger / Thomas Glauser, SVP): Bademeister: gibt es jetzt genug oder waren die in der Kleinen Anfrage vom 19.08.2022 geäusserten Bedenken doch begründet?
8. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz / Thomas Glauser, SVP): Abbau einer Verkehrsspur auf der Monbijoubücke – wie stellt sich der Gemeinderat zum Rückstau? Wird der Abbau der Spuren stadtauswärts wieder rückgängig gemacht? Werden andere Lösungen geprüft?
9. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP): Spannungen bei der Antonierkapelle zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und den Lutheranern – die Stadt muss hier zwischen den Parteien vermitteln!
10. Interfraktionelle Motion GB/JA, SP/JUSO, GFL/EVP (Katharina Gallizzi, GB / Jelena Filipovic, GB / Laura Binz, SP / Michael Ruefer, GLP / Tanja Miljanovic, GFL): Superblocks für ein neues Lebensgefühl in Bern
11. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz / Thomas Fuchs, SVP): Ärger nach dem Frauenstreik – wie politisch dürfen Kitas sein?

Schluss der Sitzung: 21.50 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

X

X

Michael Hoekstra

Anita Flessenkämper
Redaktion der Traktanden 19 bis 24:
Clara Rüsi